

## Zu diesem Heft

„Wohnen darf nicht länger Ware sein“ – wer erinnert sich noch an diesen programmatischen, 1974 erschienenen Titel in der Sammlung Luchterhand? (Lienhard Wawrzyn/D. Kramer) Offensichtlich existierte schon damals eine politische Debatte darüber, was der Markt kann, wie der Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger per Gesetz eingreifen und staatliche Wohnungsbestände schaffen oder erhalten sollte. Wohnungspolitik war und ist Teil der Sozialpolitik, schlicht deshalb, weil alle Menschen Raum zum Wohnen brauchen, ob sie arm oder reich, einheimisch oder zugewandert sind, ob sie jung oder alt, benachteiligt oder privilegiert sind. Staatliche Wohnungsbaupolitik war in den rasant wachsenden Städten des 19. Jahrhunderts zunächst Hygiene- und Gesundheitspolitik. Erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich Rechtssysteme, mit denen Mieter vor der Willkür der Hausbesitzer geschützt wurden. Wohnungsbau in kommunaler Verantwortung und als Teil sozialstaatlicher Vorsorge begann nach dem ersten Weltkrieg und fand im sozialen Wohnungsbau Deutschlands im Wiederaufbau der 1950er und 60er Jahre seinen Höhepunkt. Während in anderen Ländern, v.a. in Großbritannien, das Wohneigentum auch für „kleine“ Leute im Vordergrund stand, förderte die Bundesrepublik die Objekte, die Wohnungen.

Eine Wohnung zu haben, in der man anständig und gesund leben kann, einer Familie Heimat zu sein und es nicht weit zur Arbeit zu haben oder als ältere Menschen sicher und versorgt bleiben zu können, ist ein Essential sozialer Daseinsvorsorge und damit staatliche Aufgabe, die nur bedingt dem Markt überlassen werden kann und darf. Mit Wohnungen Geld zu verdienen ist ein Teil kapitalistischer Wirtschaftsweise, die, wie andere Wirtschaftszweige auch, durch Regeln und Gesetze eingehegt wird. Dort aber, wo Menschen mit geringem Einkommen günstige Wohnungen benötigen, muss der Staat selbst auf dem Markt präsent sein und Wohnungen bereitstellen oder über Subventionen niedrige Mieten ermöglichen. Dafür schafft er sich Wohnungsbaugesellschaften in verschiedenen Rechtsformen. Heute ist der staatliche soziale Wohnungsbau fast zum Erliegen gekommen. Der Skandal um die 'Neue Heimat' ist fast vergessen. Die Mieterbewegung hat sich enorm professionalisiert. Häuser werden heute weniger besetzt, dafür aber mehr

besessen. Die Objektförderung ist auf Subjektförderung umgestellt worden, die die Mieten qua staatlicher Transferleistungen subventioniert.

Die Geschichte des sozialen Wohnungsbaus und der Auseinandersetzungen um den Besitz von Wohnungen begleitet die Geschichte der Bundesrepublik. Insofern verwundert es, dass die WIDERSPRÜCHE als Zeitschrift für den Reproduktionsbereich in ihrer 30 jährigen Geschichte bisher kein Heft über das Wohnen herausgebracht haben. Selbst die Hausbesetzungen der 1980er, die neuen Mieterbewegungen und die aufkommenden neuen Wohnungsgenossenschaften der 1990er konnten uns nicht animieren, uns mit diesem wichtigen Segment des Sozialstaates zu beschäftigen. Die komplizierten Fragen des „unvollkommenen“ Wohnungsmarktes wurden meist unter Stadtentwicklungsfragen subsumiert (z.B.: Die Stadt als Beute, Frankfurt, 1999). Und natürlich spielte die Wohnraumversorgung für besondere Zielgruppen, z.B. Alte, Arme, Obdachlose, Jugendliche, Flüchtlinge, immer mal wieder eine Rolle in der sozialpolitischen Debatte. Aber die grundlegenden Auseinandersetzungen mit den vielfältigen Aspekten des Wohnens liefen eher in den Fachabteilungen der Ökonomie, der Architektur, des Städtebaus und der Stadtplanung.

Erst als im Zuge der durch die Steuerpolitik des Bundes herbeigeführten Verarmung der Kommunen etliche Stadtkämmerer daran gingen, den kommunalen Wohnungsbestand an Privatinvestoren zu verhöckern, entwickelte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern im Kampf dagegen wieder ein Bewusstsein davon, warum es sinnvoll und nötig ist, dass der Staat selbst auf dem Wohnungsmarkt aktiv ist, eigene Bestände vorhält, durch gezielte Förderung den Markt steuert und über Mietgesetze und Rahmenpläne der Profitmaximierung Grenzen setzt. Etliche dieser Kämpfe konnten gewonnen werden (z.B. Freiburg), in anderen Regionen wurden große Bestände privatisiert (Dresden, Ruhrgebiet). Viele Städte haben ihre Wohnungsunternehmen in Aktiengesellschaften umfunktioniert, in denen die Stadt dann die Mehrheit hält – solange sie es kann oder will. Und in etlichen Städten gibt es wieder einen deutlichen Wohnungsmangel, während, v.a. im Osten, große Bestände leer stehen oder sogar abgerissen werden müssen.

Gleichwohl dreht sich die Debatte heute eher um die Veränderung städtischer Räume durch Privatisierung, Aufwertung und Verdrängung, um ökologische Fragen, um Flächenverbrauch und Zersiedelung der Landschaften und um ein 'Recht auf Stadt', als dass das Wohnen an sich qualifiziert betrachtet würde. Dem wollen die WIDERSPRÜCHE mit dem vorliegenden Heft, im bescheidenen Maße, abhelfen. Um die stadtpolitischen Debatten qualifiziert führen zu können, braucht es politisch-ökonomische Grundlagen und eine historische Einordnung der aktuellen Entwicklung. Und es geht schließlich auch um die politischen Pers-

pektiven: wie kann eine Dekommodifizierung gelingen, die dem Markt möglichst viele Wohnungen entzieht, über staatliche Aktivitäten, über private Projekte, Eigentumserwerb, Genossenschaften?

In einem der nächsten Hefte wenden wir uns dann den sozialpolitischen Implikationen der Veränderungen des Wohnungsmarktes für spezielle Zielgruppen zu und gehen der Frage nach, ob und entsprechend wie der Wohlfahrtsstaat mit seinen Instrumenten auf dem Wohnungsmarkt agieren kann.

## Zu den Beiträgen im Einzelnen

Andrej Holm bietet einen Grundkurs in der politischen Ökonomie der Wohnungsversorgung. Im Anschluss an die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie stellt er die besondere Ware Wohnung und die Besonderheiten des Wohnungsmarktes vor. Die Unterschiede zur gesellschaftlichen Verfasstheit der Ökonomie anderer Waren und Märkte werden betont, da, neben den Produktionskosten, Faktoren wie Lage, Angebotssegment, Knappheit und die Rolle von Wohnungen als zinstragendem Kapital wesentlich sind. Wohnungsmärkte werden von Andrej Holm als unvollkommene bzw. systematisch versagende Märkte beschrieben, deren Funktionieren politisch von lokalen Immobilien-Verwertungscoalitionen beeinflusst wird. Politische Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sieht Holm in Schritten der Dekommodifizierung und Vergesellschaftung der Wohnungsversorgung.

Dirk Schubert betrachtet vor diesem Hintergrund die Verschiedenheit der Wohnungsmärkte in Deutschland zwischen Leerstand in schrumpfenden Regionen und Städten einerseits und Wohnungsnot in ökonomisch wachsenden Regionen und Städten andererseits. Er beschreibt die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt ausgehend von den staatlichen Wohnungspolitikern in der ehemaligen BRD und DDR. Die Konflikte eines von Leerstand beeinflussten Wohnungsmarktes analysiert er beispielhaft an Halle, die eines von Knappheit geprägten Wohnungsmarktes am Beispiel von Hamburg. In beiden Konflikten fragt er nach den politischen Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer sozialen Wohnungspolitik, die Disparitäten der Wohnungsversorgung auszugleichen bestrebt ist.

Volker Busch-Geertsema wendet sich in seinem Text einer konkreten und in den so genannten entwickelten kapitalistischen Ländern verbreiteten Zuspitzung der Wohnungsfrage zu, der Wohnungslosigkeit. Als Alternative zur Tradition einer sozialpädagogischen Individualisierung und Personalisierung der Wohnungslosigkeit, stellt er den politischen Ansatz des „housing first“ vor. Er berichtet über die Forschungsergebnisse zu klassischen Angeboten des Wohnungslosenhilfesystems,

in dem in unterschiedlichen Varianten abgestufter Hilfen der Übergang zur Normalsituation des Wohnens als Mieter vorgegeben wird. Den damit verbundenen negativen sozialen und bürger- und zivilrechtlichen Nebenwirkungen gegenüber plädiert er, ebenfalls auf Basis reichhaltiger Forschungen für eine Kombination aus unmittelbarem Zugang in normale Wohnungen und Mietverhältnisse und einer abgestimmten Begleitung der Wohnungssuchenden.

Den in den bisherigen Texten schon angesprochenen sozialen Gruppen, denen der Zugang zu Wohnraum vom Markt erschwert wird, widmet sich auch das Interview mit Leo Penta. Am Beispiel der Geschichte der Arbeitersiedlung Nehemia im New Yorker Stadtteil Brooklyn wird nachvollziehbar, wie es Initiativen von Community Organizing geschafft haben, aus einer weitgehend von der herrschenden Ökonomie zerstörten Gegend ein Viertel zu machen, das seine BewohnerInnen als lebenswert betrachten. Thematisiert werden dabei Fragen der Rolle gemeinschaftlichen Eigentums und radikal-demokratischer Einmischung genauso wie die Frage, wie „house“ und „home“ als zusammenhängende Aspekte der Aneignung von Wohn- und Lebensverhältnissen begriffen werden können.

Der Bedeutung verschiedener sozialer Akteure im Feld von Konflikten um die Qualität des Lebens in der Stadt widmet sich Peter Birke in seinem Beitrag. Er fragt nach den Dimensionen solcher Konflikte am Beispiel Hamburg. Dabei untersucht er die Ursachen der inzwischen nicht allein in Hamburg existenten Netzwerke, die sich „Recht auf Stadt“ nennen. Er betrachtet die Bezüge dieser von vielfältigen Akteuren geprägten Konfliktartikulationen auf den sozialen Raum Stadt, fragt nach der Rolle von Wohnen und Mieten in diesem Konflikt und plädiert für eine Reflexion des gängigen Begriffs der Gentrifizierung und für ein auf politisch begründeter Solidarität erweitertes Rechts auf Stadt, das auch diejenigen Positionen einbezieht, die sich bisher nicht in der Sprache und den Formen der „Bewegungs-Aktiven“ ausdrücken.

*Die Redaktion*

## Mitteilung der Redaktion

WIDERSPRÜCHE – Zeitschrift für sozialistische Politik  
im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Liebe Abonentinnen und Abonnenten,  
Liebe Leserinnen und Leser,

im Rahmen des Verkaufs des Kleine-Verlags an USP-Publishing wechselte auch unser Zeitschriftenprojekt den Verlag. Interessiert die Widersprüche als ein Forum für kritisches Denken weiter zu führen und überzeugt von dessen Bedeutung für die Profession Soziale Arbeit entschied die Redaktion zum damaligen Zeitpunkt trotz vieler Zweifel an der Passung des neuen Verlags die Zusammenarbeit mit USP-Publishing zu versuchen.

Die Zweifel an der Passung von Verlag und dem Projekt Widersprüche waren leider begründet. Die Zusammenarbeit mit USP-Publishing wird mit dem vorliegenden Heft 118, dem letzten des Jahrgangs 2010, enden. Die Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich – werden ab dem Heft 119/120, einer gehaltvollen Doppelausgabe mit dem Titel: „Hinten Anstellen! Zur Regulation der Armut in der aktivierten Bürgergesellschaft“, durch den Verlag Westfälisches Dampfboot verlegt werden. Die Redaktion lädt alle Leserinnen und Leser der Widersprüche herzlich ein, der Zeitschrift und ihrer Redaktion zum Verlag Westfälisches Dampfboot zu folgen.

Die Redaktion freut sich sehr, wenn alle AbonnentInnen, LeserInnen und FreundInnen die Augen für die Widersprüche weiterhin offen halten und verbinden die der Zeitschrift entgegen gebrachte Aufmerksamkeit mit der Bitte, bestehende Abonnements zu erneuern, neue Abonnements abzuschließen und/oder uns veränderte Bezugsadressen von Abonnements mitzuteilen unter: [widersprueche@gmx.de](mailto:widersprueche@gmx.de)

Wir freuen uns von Ihnen & euch zu hören – die Widersprüche im Verlag Westfälisches Dampfboot werden von sich hören lassen!

Mit freundlichen Grüßen, *die Redaktion*

**WICHTIG:** Bestehende Abonnements beim alten Verlag USP-publishing können umgehend per E-Mail ([kv@kleine-verlag.de](mailto:kv@kleine-verlag.de)) oder schriftlich gekündigt werden, da sich bei USP-publishing bestehende Abos NICHT ÜBERTRAGEN LASSEN: Kleine Verlag/ USP Publishing Europa, z.Hd. Dr. Uwe Seebacher, Bomhardstraße 6b, D-82031 Grünwald bei München.

*Die neue Verlagsadresse lautet:*

Verlag Westfälisches Dampfboot (Thien/Wienold GbR), Hafengeweg 26a, 48155 Münster, Telefon: 0251/39 00 48 0, Telefax: 0251/39 00 48 50; EMail: [info@dampfbootverlag.de](mailto:info@dampfbootverlag.de)

*Postalische Anschrift der Widersprüche weiterhin:*

Widersprüche, c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: 069 67 99 84; EMail: [widersprueche@gmx.de](mailto:widersprueche@gmx.de)

Andrej Holm

## Wohnung als Ware

### Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung

Steigende Mietpreise in vielen Städten, der Ausverkauf von bisher öffentlichen Wohnungsbeständen, die Verdrängung von ärmeren Einkommensgruppen aus den Innenstädten sowie die damit einhergehenden Segregationsprozesse beschäftigen nicht nur die Stadtforschung, sondern werden aktuell auch von städtischen Protestbewegungen auf die Tagesordnung der Stadtpolitik gesetzt. So hat sich der lange Zeit ausschließlich in den Fachdebatten verhandelte Begriff der Gentrification in die Überschriften der überregionalen Zeitungen emporgearbeitet. Die Vorstellungen von fast schon natürlichen Abfolgen einer kulturellen Aufwertung durch Studierende, Kreative und Subkulturen und die anschließende Inwertsetzung durch die Immobilienwirtschaft nehmen einen festen Platz in den aktuellen Stadtdebatten ein. Doch diese Ausweitung der Diskussion geht vielfach zu Lasten der konzeptionellen Klarheit des Modells. Insbesondere polit-ökonomische Erklärungen von Wohnungsnot und Stadtentwicklung drohen im breiten Diskurs um Wohnbedürfnisse der kreativen Klassen, Standortwettbewerbe und Festivalisierungsstrategien der Stadtpolitik unterzugehen.

Doch schon der verbreitete Begriff des Wohnungsmarktes deutet auf eine Organisation der Wohnungsversorgung unter den Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie hin. Wie andere Waren unterliegen der Wohnungsbau und die Wohnungsbewirtschaftung dabei vor allem makro- und mikroökonomischen Rationalitäten. Daraus können einige grundsätzliche Überlegungen abgeleitet werden, die für die Einschätzung der aktuellen Entwicklungen in den Städten, aber auch für die Formulierung von Alternativen einer sozialen Wohnungsversorgung von zentraler Bedeutung sind.

## Wohnungen haben einen Doppelcharakter als Gebrauchs- und Tauschwerte

Der Doppelcharakter von Waren, zugleich Träger von Gebrauchs- und Tauschwerten zu sein, trifft auch für die Wohnungsversorgung zu. Während der Gebrauchswert (die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert) Aspekte wie die Größe, Qualität und Ausstattung einer Wohnung umfasst – drückt sich der Tauschwert in den Verkaufspreisen bzw. den Gewinnspannen der Wohnungsvermietung aus. Damit ist ein zentrales Konfliktfeld in marktformig organisierten Wohnungsversorgungssystemen benannt.

Steigende Mietkosten ohne Ausstattungsverbesserungen etwa werden von vielen Bewohner/innen als auseinanderklaffende Schere zwischen Gebrauchswert und Tauschwert empfunden. Während Mieter/innen vor allem an einer Verbesserung der Gebrauchsqualitäten ihrer Wohnungen interessiert sind, orientieren sich ökonomisch rational handelnde Eigentümer/innen an der Maximierung der Mieteinnahmen bzw. Verkaufspreise.

Anders als in den Annahmen zur Warenproduktion bestimmt sich der Wert einer Immobilie jedoch nicht nur über den Produktionspreis, also die zu ihrer Erstellung gesellschaftlich notwendige Arbeit (MEW 23: 53), sondern wesentlich über externe Bewertungsfaktoren wie der Lage, dem Wohnungsmarktsegment oder der Knappheit des Angebots. In der Perspektive der klassischen Politikökonomie wird auch die Wertform der gebauten Umwelt wie beispielsweise von Wohnungen nach ihrer Stellung im Produktionsprozess als fixes Kapital, allgemeine Produktionsbedingungen oder als Teil des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds bestimmt (siehe Belina 2010: 10). Das Geschäft des Wohnungshandels und der Wohnungsvermietung wird in dieser Konzeption selbst bei beträchtlichen Gewinnen nicht als Generierung von Mehrwert verstanden, da es mit Ausnahme der Erstellung von Gebäuden außerhalb der Produktionsprozesse steht. „Zirkulation schafft keinen Wert“ (MEW 25: 209) und auch keinen Mehrwert. Wohnungen werden daher als spezifische Form des Geldkapitals angesehen:

„Gewisse Waren können der Natur ihres Gebrauchswertes nach immer nur als fixes Kapital verliehen werden, wie Häuser, Schiffe, Maschinen usw. Aber alles verliehene Kapital, welches immer seine Form und wie die Rückzahlung durch die Natur des Gebrauchswertes modifiziert sein mag, ist immer nur die besondere Form des Geldkapitals. Denn was hier verliehen wird, ist immer eine bestimmte Geldsumme, und auf diese Summe wird dann auch der Zins berechnet“ (MEW 25: 356).

Die Profite der Wohnungswirtschaft entstammen also nicht unmittelbar der Mehrwertproduktion, sondern aus dessen Abzug im Zins (Belina 2010: 16).

Doch auch ohne eine gegensätzliche Stellung in den Produktionsprozessen muss die Konstellation von Mieter/innen und Eigentümer/innen als grundlegendes Widerspruchsverhältnis interpretiert werden, dass in der ungleichen Verteilung von Eigentumstiteln und der Entkoppelung von Tausch- und Gebrauchswerten von Häusern und Wohnungen begründet liegt. Die Geschichte der Wohnungspolitik lässt sich als dauerhafter Versuch beschreiben, diesen Antagonismus durch eine Reihe von gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen (Mietrecht, Baurecht, Wohngeld etc.) zu regulieren (Heinelt u.a. 2004) – aufgehoben werden kann er nicht. Für die aktuellen Diskussionen zur Stadtentwicklung ist das in sofern von Bedeutung, weil sich Wohnungspolitik in dieser Perspektive nicht als moderierbares Politikfeld mit Vorteilsoptionen für alle Seiten verstehen lässt. Mieter/innen werden sich immer auch noch bessere und also gebrauchswertere Wohnungen vorstellen können und Eigentümer/innen werden sich – eine ökonomische Rationalität ihres Handels unterstellt – immer an einer Steigerung der Einnahmen orientieren. Eingriffe in den Wohnungsmarkt sind also immer eine Balance von widersprüchlichen Interessen und damit Ausdruck von Machtverhältnissen in den Städten.

## Wohnungen sind zinstragende Kapitalanlage

Aus einer ökonomischen Perspektive stellen sich Immobilien wie beschrieben als zinstragendes Kapital – vergleichbar mit einer Finanzanlage – dar (Brede/Kohaupt/Kujath 1975: 24 ff.). Wegen der hohen Erstellungskosten von Wohnungen oder auch Bürogebäuden zirkuliert der Wert von Immobilien in „eigentümlicher Weise“ (MEW 24: 160). Anders als beim Verkauf eines Autos oder einer Waschmaschine wird der Wert nicht auf einmal und vollständig, sondern allmählich und bruchweise übertragen. Dadurch bleibt das investierte Kapital über lange Zeit in den gebauten Strukturen fixiert – und kann dadurch eben nicht sofort wieder investiert werden. Diese zeitliche Verzögerung des Kapitalschlags wird durch Zinsen ausgeglichen, die sich letztendlich in der Logik von Mietzahlungen widerspiegeln.

„Die Verzinsung ist es, die sich der Hauseigentümer von der Wohnungsvermietung erhofft und die ihn deshalb zum Bau oder Kauf des Hauses veranlasst hat. Die Höhe dieses Zinses ist von zwei Faktoren abhängig: von der Größe des vorgeschossenen Kapitals und von dem Zinssatz, der auf dem Wohnungsmarkt erzielt werden kann“ (Brede/Kohaupt/Kujath 1975: 25).

Diese Zinsökonomie des Wohnungsmarktes hat enorme Folgen, denn in einem solcherart organisierten Wohnungsbau konkurrieren Investitionen in den Neubau

und den Erhalt von Wohnungen immer mit anderen Anlageoptionen (Sparbuch, Aktien, Schiffscontainer) und erst wenn die durchschnittliche Verzinsung höher als in anderen Bereichen ist, lohnt sich eine Investition in den Wohnungsmarkt. Aber auch innerhalb des Wohnungsmarktes weisen verschiedene Teilmärkte unterschiedliche Gewinnaussichten auf, so dass in der Tendenz v.a. in die profitablen Bereiche der Wohnungsversorgung investiert wird. Preiswerte Mietwohnungsbestände gehören in der Regel nicht dazu. Aus der ökonomischen Struktur der Grundrenten heraus kann erklärt werden, warum es einen systematischen Mangel an preiswerten Wohnungsgelegenheiten gibt.

Die Struktur der Immobilienökonomie als zinstragendes Kapital führt aktuell zu dem (nur) scheinbaren Paradox, dass auf dem Höhepunkt der Finanzkrise verstärkt in den Immobilienmarkt investiert wurde, weil die Anlagen ins sogenannte „Beton-Gold“ als relativ sicher gelten (Raggamby 2010).

Auch das wohnungswirtschaftliche Geheimnis der Gentrification lässt sich mit dem Zinscharakter der Wohnungswirtschaft erklären: Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen versprechen eben dort die höchsten Gewinne, wo die Ertragslücken am höchsten sind (Smith 1979). In der Regel sind das Wohngebiete, die aus wohnungswirtschaftlicher Sicht die geringsten Restnutzwerte aufweisen, über die schlechteste Bausubstanz verfügen und die niedrigsten Mieteinnahmen erbringen. Gerade weil die Ertragslücken in solchen heruntergewirtschafteten Nachbarschaften regelmäßig am höchsten ausfallen, ist die Verdrängung kein ungewollter Nebeneffekt der Erneuerung, sondern notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Investitionsstrategie (Marcuse 1992).

### Finanzialisierung der Immobilienwirtschaft

Unter den Bedingungen der Globalisierung verstärken sich solche Prozesse der ungleichen Raumentwicklung (Smith 2007). Statt der kreditfinanzierten Projekte traditioneller Immobilienentwickler und Wohnungsbauunternehmen werden Wohnungsmärkte zunehmend direkt von Finanzmarktakteure bestimmt, die auf die Wohnungs- und Immobilienmärkte drängen. Banken wie UBS und globale Finanzdienstleister wie Morgan Stanley erwarben 1a-Immobilien wie das Atlantic-Haus oder den Astra-Turm in Hamburg, Investmentgesellschaften wie Cerberus, Blackstone und Fortress kauften deutschlandweit Wohnungen und der Bestand institutioneller Anleger/innen wird mittlerweile auf etwa 850.000 Wohnungen geschätzt (BBR 2006). Insbesondere der Verkauf von Wohnungen aus der öffentlichen Hand und die Privatisierungen ganzer Wohnungsbaugesellschaften haben eine öffentliche Debatte um die Verwer-

tungsstrategien und Investitionsmotive der neuen Eigentümer/innen ausgelöst, die regelmäßig unmittelbar mit dem Finanzmarktsektor verbunden sind. Dieser Übergang zur Finanzialisierung der Immobilienwirtschaft lässt sich als Umkehr der bisherigen Funktionsbeziehungen zwischen dem Finanzmarktbereich und dem Immobiliensektor beschreiben. Finanzmärkte stehen nicht mehr länger im Dienst der Realökonomie sondern zielen direkt auf eine Renditesteigerung von Finanzanlagen (Huffschmidt 2007). Das frühere Mittel zur Umsetzung von Bauprojekten verwandelte sich so in den Selbstzweck des anlagesuchenden Kapitals (Heeg 2011: 181 f.).

Kritiker/innen der massiven Privatisierungsprozesse in der letzten Dekade haben die Verkäufe als Teil einer „globalen Enteignungsökonomie“ (Zeller 2004) interpretiert und in den Kontext internationaler Kapitalkreisläufe gestellt. Angeregt von Debatten kritischer Geographen (Harvey 2009) und Ökonomen (Chesnais 2004) lassen sich die verstärkten Investitionen in deutsche und internationale Immobilien- und Wohnungsmärkten als Ausdruck eines 'finanzdominierten Akkumulationsregimes' verstehen. Dahinter verbirgt sich die Beobachtung der zunehmenden Disparität zwischen der globalen Wertschöpfung und den, um ein vielfaches höheren Umsätzen der Finanzmärkte. Das Volumen der Devisentransaktionen entspricht dem 70fachen des weltweiten Handels mit Gütern und Dienstleistungen, der Handel mit Zinsderivaten ist sogar 100mal höher (Klein 2008: 94). Die nun in die Krise geratene Finanzwirtschaft der vergangenen 20 Jahre kann als eine *Ökonomie der ungedeckten Schecks* bezeichnet werden. Auf der einen Seite wurden immer neue Anlagemodelle in Fonds, Versicherungen und Derivat Handel aufgelegt, auf der anderen Seite gab es immer weniger gewinnträchtige Produktionssphären, die diesen Handel tatsächlich hätten decken können. Die den Anleger/innen versprochenen Gewinne gerieten so in Gefahr. Als Ausweg solcher Verwertungskrisen wurden in der Geschichte der kapitalistischen Ökonomie regelmäßig Investitionen in den sogenannten 'zweiten Kapitalkreislauf', also in große Bauprojekte, Immobilienmärkte und Infrastrukturen getätigt. David Harvey beschreibt diesen Vorgang als Absorption der Gewinne, um deren Reinvestition in Bereichen der Warenproduktion („erster Kapitalkreislauf“) einzuschränken. Auch der Einstieg in vormals öffentliche Unternehmen ist Teil einer Strategie, die Verwertungslogik auch auf bisher marktferne Gesellschaftsbereiche auszuweiten. Das überschüssige und damit nicht mehr renditefähige Kapital soll so von den Kapitalmärkten abgezogen werden, um die Verwertungsaussichten in den gewerblichen und produzierenden Sektoren der Wirtschaft zu stabilisieren. Doch diese Strategie hat zumindest im

Bereich des Immobilienmarktes einen kleinen Haken: auch die kurzfristig in den Immobilienmarkt abgeführten Investitionssummen müssen sich langfristig amortisieren und Gewinne erwirtschaften. Die längeren Umschlagszeiten des Kapitalkreislaufes im Immobilienbereich stellen somit nur eine vorübergehende Entlastung für die Verwertungskrisen dar. So wundert es nicht, dass die aktuelle Krise der Finanzmärkte ihren Ausgangspunkt in den Hauskauf-Krediten der amerikanischen Arbeiterklasse genommen hat (Popelard/Vannier 2010). Die aktuelle Krise ist daher nicht nur die Krise des Finanzmarktes, sondern vielmehr die Krise der Krisenbewältigungsstrategien des Kapitals.

### Wohnungsmärkte sind 'unvollkommene Märkte'

Wohnungsmärkte weisen neben den langen Reinvestitionszyklen einige weitere Besonderheiten auf, die zu eingeschränkten Allokationseffekten führen: Insbesondere die Immobilität des Wirtschaftsgutes Wohnung, die beschränkte Reproduzierbarkeit (Wohnung als knappes Gut) und die externen Preisbildungsfaktoren (z.B. werden die Preise weniger von den wohnungsbezogenen Qualitätskriterien, als von Lagemerkmalen bestimmt) weisen den Wohnungsmarkt als unvollkommenen Markt aus. Im Vergleich zu idealtypischen Marktmodellen sind Wohnungsmärkte durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet (Krätke 1995: 194 ff.):

- eine mangelnde Transparenz des Marktes, da insbesondere die Aufspaltung in Teilmärkte eine vollständige Marktübersicht erschwert und die Herausbildung von Monopolstellungen begünstigt,
- eine geringe Anpassungselastizität, da langwierige Produktionsprozesse und eine ökonomisch zu berücksichtigende Restnutzungsdauer die kurzfristige Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen verzögert und behindert,
- das Vorhandensein persönlicher Präferenzen, etwa wenn bei der Vergabe von Wohnungen außerökonomischer Kriterien der Benachteiligung und Bevorzugung eine Entscheidung beeinflussen,
- die fehlende sachliche Gleichartigkeit der Güter, da Wohnungen sich in Hinsicht ihrer regionalen, sachlichen, mietrechtlichen Situation deutlich voneinander unterscheiden und nicht als einheitlicher Markt angesehen werden können.

Die oft betonten Verteilungsfunktionen des Marktes können sich im Bereich der Wohnungsversorgung nur sehr eingeschränkt entfalten – deshalb die Rede vom unvollkommenen Markt bzw. vom systematischen Marktversagen. Darüber hinaus würden aber auch funktionstüchtige Verteilungsfunktionen des Woh-

nungsmarktes das Problem der sozialen Blindheit nicht überwinden. Denn auf Märkten zählen nicht Bedürfnisse und Bedarf, sondern die Nachfrage. Obdachlosigkeit wäre dann keine Versorgungslücke im ökonomischen Sinn, weil sie ja keine zahlungskräftige Nachfrage konstituiert.

### Die Wohnungsversorgung ist in der Hand von Immobilien-Verwertungs-Koalitionen

Doch der Wohnungsmarkt wirkt nicht einfach aus seiner ökonomischen Logik heraus, sondern wird auch gemacht. Das Wohnungswesen ist ein hochkomplexes System, das nur im Zusammenspiel verschiedener Akteure funktioniert. So setzt ein städtischer Wohnungsmarkt die Kooperation von Grundeigentümer/innen, finanzierenden Banken, Architekt/innen und Stadtplaner/innen, der Bauwirtschaft und in der Regel der Stadtverwaltungen voraus. Politische und administrative Rahmenbedingungen wie etwa die Steuergesetzgebung, das Bau- und Mietrecht, Denkmalschutzbestimmungen und Förderprogramme haben einen wesentlichen Einfluss auf die Investitionsaktivitäten.

All die benannten Akteursgruppen haben ein gemeinsames Interesse an der Bodenverwertung der Stadt und müssen sich auf ein gemeinsam geteiltes Programm des Wohnungsbaus einigen. Die dominierende Orientierung auf die Errichtung von Eigenheimen an den Stadträndern in den 1960er und 1970er Jahren steht ebenso wie die Hinwendung zu Stadterneuerungsprogrammen in den 1980er und 1990er Jahren für die Konstitution solcher Interessenblöcke (siehe Bodenschatz 1987: 10). Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive können wir in Anlehnung an die städtischen Wachstumskoalitionen (Logan/Molotch 1987) von lokalen Immobilien-Verwertungs-Koalitionen sprechen. Während das Interesse von Eigentümer/innen, Banken und der Bauwirtschaft v.a. wirtschaftlich begründet werden kann, ist die aktive Rolle von Stadtregierungen vor allem über Strukturen der Klientelpolitik und eine zunehmend unternehmerische Orientierung von Stadtpolitikern (Harvey 1989; Brenner/Theodore 2002) zu erklären. Gerade in Zeiten der internationalen Standortkonkurrenz gibt es wohl keinen schlimmeren Vorwurf an die lokale Politik als 'investitionsfeindlich' zu sein. Mit dieser Orientierung ist regelmäßig die Abkehr von sozialen Zielen und ausgleichenden Instrumenten der Stadtpolitik verbunden. Amerikanische Akademiker/innen und Aktivist/innen haben diesen Zusammenhang für die New Yorker Stadtpolitik seit den 1970er Jahren trefflich als „Sieg des Immobilienmarktes über den Wohlfahrtsstaat“ beschrieben (Moody 2007; Brash 2011).

In der politischen Diskussion dieser Orientierung ist naive Hoffnung auf nach unten durch sickernde Wohlstandeffekte eines Wirtschaftswachstums (Alber 2001: 80 ff.) [...] bis weit in sozialdemokratische, grüne und linke Politikauffassungen verbreitet.

Im Rückgriff auf den beschriebenen Doppelcharakter der Ware Wohnung kann in den Städten ein Interessengegensatz zwischen der an den Tauschwerten orientierten Immobilien-Verwertungs-Koalition und den an Gebrauchswerten orientierten Bewohner/innen angenommen werden. Ein Beispiel: während Bauherren, Banken und Bauwirtschaft von steigenden Bodenpreisen und Wohnkosten profitieren, sind Mietersteigerungen bei der Mehrheit der Bewohner/innen eher unbeliebt. Doch die hier beschriebene Interessenkonstellation ist von einer enormen Ungleichverteilung von Macht geprägt. Während die eine Seite institutionell vernetzt ist und über wesentliche ökonomische, fachliche und politische Ressourcen verfügt, ist die gemeinsame Artikulation von Interessen der Bewohner/innen erheblich schwieriger.

### Systematische Benachteiligung auf Wohnungsmärkten

Die Folgen dieser ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Wohnungsversorgung bewirken eine zunehmende soziale und räumliche Polarisierung in den Städten. Insbesondere der Zugang und die Qualität der Wohnungsversorgung wird einer Abhängigkeit von den ökonomischen Ressourcen der Bewohner/innen unterworfen. So führen freifinanzierte Neubauten und Modernisierungen regelmäßig dazu, dass die besseren (neuen) Wohnungen zu meist höheren Preisen angeboten und ärmere Haushalte auf die älteren, preiswerteren und oft schlechteren Wohnungsbestände verwiesen werden. Über die sozialen und emotionalen Kosten einer Verdrängung aus angestammten Nachbarschaften hinaus, führt diese Struktur zu der Herausbildung eines Zweiklassenwohnens: „Die Reichen wohnen, wo sie wollen, die Armen dort, wo sie müssen“ (Häußermann 2007: 237).

Der durch den Markt systematisch hervorgerufenen Mangel an preiswerten Mietwohnungen verschärft sich durch die wachsende Konkurrenz in diesem Teilssegment des Wohnungsmarktes. So hat beispielsweise in vielen Städten durch die demografischen Veränderungen (Zunahme der Kleinsthaushalte) die Nachfrage nach kleinen Wohnungen erheblich zugenommen. Effekt dieser erhöhten Nachfrage sind die deutlich steigenden Mieten bei den Neuvermietungen.

Im Zusammenhang mit systematischen Benachteiligungen beim Zugang zur Wohnungsversorgung sind auch diskriminierende Praktiken von Wohnungsver-

waltungen und Eigentümer/innen bei der Wohnungsvergabe zu nennen. So zeigen Studien aus verschiedenen Städten, dass nicht-deutsche Wohnungsbewerber/innen in einigen Stadtteilen (unabhängig von ihren Einkommenssituationen) bei der Wohnungsvergabe benachteiligt werden (Planerladen 2005, Kilic 2008). Auch Hartz-IV-Haushalte sind durch die beschränkte Übernahme der Unterkunftskosten und die zeitlichen Verzögerungen bei den Wohnungsbewerbungen durch die Zustimmungspflicht der Jobcenter gegenüber anderen Wohnungsbewerber/innen benachteiligt (BBR 2009: 93 ff.). Auch im privaten (Unter)Vermietungsgeschäft sind ärmere Haushalte etwa durch das Angebot von teilweise üppigen Vermittlungsprämien einem ungleichen Wettbewerb ausgesetzt.

### Sozialorientierte Stadtpolitik heißt Dekommodifizierung und Vergesellschaftung

Welche Schlussfolgerungen sind aus diesen Bedingungen der Wohnungsversorgung zu ziehen? Welche Voraussetzungen hat eine soziale Stadtpolitik? Ganz allgemein lässt sich das Programm einer sozialen orientierten Organisation der Wohnungsversorgung als Dekommodifizierung und Vergesellschaftung beschreiben. Im Zusammenhang mit den Verdrängungsdynamiken im Zuge von Aufwertungsprozessen haben Neil Smith und Peter Williams bereits Ende der 1980er Jahre formuliert:

„Langfristig ist die Dekommodifizierung der Wohnungsversorgung die einzige Verteidigung gegen Gentrification [...]. Anständige Wohnungen und Nachbarschaften sollten ein Recht und keine Privileg sein. Natürlich ist dies nicht mit einer Reihe von Reformen zu erreichen; vielmehr wird es politische Umwälzungen brauchen, die tiefgreifender sein werden, als die sozialen und räumlichen Veränderungen, wie wir sie heute kennen.“ (Williams/Smith 1986: 222)

Die Dekommodifizierung, also das Herauslösen der Wohnungsversorgung aus den Marktlogiken, kann dabei als Ziel und Maßstab für die Bewertung wohnungspolitischer Programme und Regelungen verstanden werden. Ganz grundsätzlich lassen sich drei zentrale Steuerungsmedien für einen staatlichen bzw. kommunalen Eingriff in die Wohnungsversorgung benennen (siehe Holm 2006):

- *Geld* umfasst als Steuerungsinstrument im Bereich der Wohnungsversorgung insbesondere Subjekt- und Objektförderungen sowie finanzielle Förderinstrumente zur Unterstützung bestimmter Wohnungsanbieter. Neben dem Wohngeld zählten in der Vergangenheit insbesondere die Förderprogramme des Sozialen Wohnungsbaus zu den zentralen Instrumenten der Wohnungspolitik. Durch die Übernahme der unrentierlichen Kosten wurden dabei

zeitlich begrenzt preiswerte Wohnungen erstellt und durch Belegungsbindungen aus den Vergabeprinzipien der Wohnungsmärkte herausgelöst. Bei aller Kritik an den traditionellen Programmen des Sozialen Wohnungsbaus ist vor dem Hintergrund der Liberalisierung und Mittelkürzungen im Bereich der Wohnungspolitik eine Diskussion über Perspektiven eines Neuen Sozialen Wohnungsbaus überfällig.

- *Recht* bezieht sich als Steuerungsinstrument auf meist zivilrechtliche und hoheitliche Regulationsmechanismen bei denen beispielsweise durch die Ausgestaltung des Mietrechts, des Baurechts und des Städtebaurechts in Form von Festlegungen, Auflagen und Genehmigungsvorbehalten auch soziale Ziele durchgesetzt werden sollen. Die auch stadtpolitischen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der gesetzlichen Regulationsinstrumente verweisen unmittelbar auf die widersprüchlichen Interessenkonstellationen im Bereich der Wohnungsversorgung.
- *Eigentum* kann in Gestalt des Eigentums an Grundstücken und öffentlicher Wohnungsbestände als Steuerungsinstrument genutzt werden. So kann beispielsweise die privilegierte Vergabe von öffentlichen Grundstücken an ausgewählte Bauträger mit Auflagen zur Erstellung eines preiswerten (Miet) Wohnungsbaus verbunden werden. Kommunale und andere öffentliche Wohnungsbestände können über entsprechende Vorgaben für die Bewirtschaftungs- und Vergabepraxis zur sozialen Wohnungsversorgung benachteiligter Haushalte beitragen. Auch hier weisen die aktuellen Trends der Privatisierung und Ökonomisierung jedoch auf eine Abkehr von einer sozialen Stadtpolitik.

Ein zweiter Aspekt einer sozialorientierten Stadtpolitik kann mit dem Stichwort der Vergesellschaftung umrissen werden. Gemeint sind damit zunächst vor allem die Entmachtung der beschriebenen Immobilien-Verwertungs-Koalitionen und eine Re-Politisierung der Stadtpolitik im Sinne einer gemeinsamen und öffentlichen Debatte und Entscheidung über gemeinsame und öffentliche Belange.

In einer weitergehenden Perspektive kann Vergesellschaftung auch als die Übernahme der Verfügungsgewalt von Wohnungen in eine Bewohnerselbstverwaltung verstanden werden. Modelle für solche Selbstverwaltungsstrukturen gibt es bisher nur in den gesellschaftlichen Nischen von Wohnprojekten (wie z.B. dem Mietshäuser Syndikat) die durch ein hohes Maß an kultureller und sozialer Exklusivität gekennzeichnet sind. Hier gilt es, verallgemeinerbare Perspektiven zu entwickeln. In der Praxis einer sozial orientierten Stadtpolitik werden Dekommodifizierung und Vergesellschaftung nicht auf einen Schlag durchsetzbar sein. Als Maßstab des eigenen Handelns bieten sie jedoch eine sinnvolle Orientierung bei der Formulierung von Forderungen, Vorschlägen und Programmen.

## Literatur

- Alber, Jens 2001: Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? In: Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/Main: Campus, 59-112
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006: Veränderungen der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen. In: Forschungen, Heft 124, Bonn: BBR
- 2009: Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte. In: Forschungen, Heft 142, Bonn: BBR
- Belina, Bernd 2010: Krise und gebaute Umwelt. Zum Begriff des 'sekundären Kapitalkreislaufs' und zur Zirkulation des fixen Kapitals. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 83 (2010), 8-19
- Bodenschatz, Harald 1987: Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskasernenstadt der Welt“. Berlin: TRANSIT
- Brash, Julian 2011: Bloomberg's New York. Class and Governance in the Luxury City. Athens&London: The University of Georgia Press
- Brede, Helmut; Kohaupt, Bernhard; Kujath, Hans-Joachim 1975: Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Brenner, Neil; Theodore, Nik 2002: Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Oxford: Blackwell
- Chesnais, Francois 2004: Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster, 217-254.
- Floeting, Holger; Henckel, Dietrich, Meier, Josiane 2011: Schöne bunte Arbeitswelt: Arbeitsmärkte zwischen Globalisierung und Lokalisierung. In: Belina, Bernd u.a. (Hrsg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 43-68
- Häußermann, Hartmut 2007: Effekte der Segregation. In: Forum Wohneigentum 5 (2007), 234-240
- Harvey David 1989: From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: Geografiska Annaler B. 71; 3-17
- Heeg, Susanne 2011: Finanzkrise und städtische Immobilienmärkte. Die räumlichen Auswirkungen in und zwischen Städten. In: Demirovic, Alex u.a. (Hrsg.): Vielfach-Krise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 181-198
- Heinelt, Hubert u.a. 2004: Wohnungspolitik in Deutschland. Darmstadt: Schaderstiftung
- Holm, Andrej 2006: Der Ausstieg des Staates aus der Wohnungspolitik. In: Altrock, Uwe u.a. (Hrsg.): Planungsgrundschau, 103-113
- Huffschmid, Jörg 2007: Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklungen, Akteure. In: Huffschmid, Jörg; Köppen, Margit, Rohde; Wolfgang (Hrsg.): Finan-

- zinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte. Hamburg: VSA, 10-50
- Jessop, Bob 1997: The Entrepreneurial City: Re-Imaging Localities. Redesigning Economic Governance, or Restructuring Capital? In: Nick Jewson and Susanne Mac Gregor (eds.), *Transforming Cities. Contested Governance and new Spatial Divisions*. London: Routledge, 28-41.
- Kilic, Emsal 2008: Diskriminierung von Migranten bei der Wohnungssuche – Eine Untersuchung in Berlin. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin
- Krätke, Stephan 1995: Stadt. Raum. Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser
- Logan, John R.; Molotch, Harvey L. 1987: *Urban Fortunes: The Political Economy of Place*. Berkeley: University of California Press
- Marcuse, Peter 1992: Gentrification und die wirtschaftliche Umstrukturierung New Yorks: In: Helms, Hans G. (Hg.): *Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn*, Leipzig: Reclam Verlag, 80-9
- Marx, Karl; Engels, Friedrich 1969f.: *Werke*. Berlin: Dietz-Verlag (zitiert als MEW)
- Moody, Kim 2007: *From Welfare State to Real Estate. Regime Change in New York City, 1974 to the Present*. New York: New Press
- Planerladen e.V. (Hg.) 2005: *Migranten auf dem Wohnungsmarkt: Befragung von Wohnungsunternehmen zu „Migranten als Mieter, Käufer, Kunden“*. Ergebnisbericht. Dortmund: Planerladen
- Popelard, Allan; Vannier, Paul 2010: Detroit, Detroit. Die Autostadt stirbt. In: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), Nr. 9089 vom 15.01.2010
- Raggamby, Nikolaus von 2010: Interesse an Betongold hält an. In: *Capital Online*, 09.08.2010 (<http://www.capital.de/nachrichten/investieren-anlegen/:Mehr-Kauefe--Interesse-an-Betongold-haelt-an/100032078.html> , zuletzt zugegriffen am 06.05.2011)
- Smith, Neil 1979: Toward a Theory of Gentrification: A Back to the City Movement by Capital, not by People. In: *Journal of American Planning Association* 45(4), 538-548
- 2002: New globalism, new urbanism: gentrification as global urban strategy. In: *Antipode* 34, 427–50
- 2007: Die Produktion des Raumes. In: Belina, Bernd; Michel, Boris (Hrsg.): *Raumproduktionen*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 61-76 [1984]
- Williams, Peter; Smith, Neil 1986: From 'renaissance' to restructuring: the dynamics of contemporary urban development. In: Smith, Neil; Williams, Peter (eds.): *Gentrification of the City*, Boston: Allen & Unwin, 204-224

*Dr. Andrej Holm, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Stadt- und Regionalsoziologie, Unter den Linden 6, 10099 Berlin  
E-mail: a.holm@sowi.hu-berlin.de*

Foto

Dirk Schubert

## Zur Diversifizierung der Wohnraumversorgung Gleichzeitigkeiten von Leerstand und neuer Wohnungsnot

Konnten wir über das letzte Jahrhundert hinweg Phasen entspannter und angespannter Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt beobachten, die regional kaum variierten und vorwiegend durch Kriege und politische Verwerfungen generiert waren, haben wir es derzeit mit regional sehr unterschiedlichen Wohnungs(teil)märkten zu tun. Wohnungsleerstand und Abrisse prägen die Situation in schrumpfenden Gemeinden vor allem im Osten Deutschlands, während in wenigen prosperierenden Großstädten in Westdeutschland ein dramatischer Wohnungsmangel beklagt wird. Eine Beurteilung der Wohnraumversorgungssituation muss daher diese Disparitäten berücksichtigen und wohnungspolitische Maßnahmen vor diesem Hintergrund reflektieren.

### Koexistenz von Schrumpfung und Wachstum

Die Wohnungsfrage ist die Theorie von der Armutsgeschichte und Wohnungsnot, die sich seit dem 19. Jahrhundert darin manifestierte, dass vielfach einem Mangel an mietpreisgünstigen Wohnungen einem Überschuss an teuren, unterbelegten Wohnungen gegenüber stand. Seit Friedrich Engels Schrift „Zur Wohnungsfrage“ (1873) geht es um die Ausbalancierung des Problems sind die Mieten zu hoch, oder verdienen die Haushalte zu wenig? Schon 1868 hatte der Statistiker Schwabe formuliert: „Je ärmer jemand ist, einen desto größeren Teil seines Einkommens muss er für eine Wohnung verausgaben.“ An dieser alten Regel aus dem 19. Jahrhundert „the poor pay more“ hat sich bis heute wenig geändert. An dieser Schnittstelle intervenieren Staat und Kommunen ohne die Profitabilität des Wohnungsbaus prinzipiell in Frage zu stellen und unternehmen dabei den schwierigen Spagat zwischen marktwirtschaftlicher Orientierung und sozialstaatlicher Verantwortung.

Seit Mitte der 1950er Jahre wird der Soziale Wohnungsbau mit Orientierung auf Eigentumsförderung betrieben. Damit werden Mittelschicht Haushalte begünstigt, „breite Schichten der Bevölkerung“, die hinreichend Eigenkapital für ein Haus haben, aber noch im Förderrahmen liegen. Seit Mitte der 1980er Jahre folgten der Rückzug des Bundes aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus und die Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit (1990). Seit 1996 wird durch die Eigenheimzulage „Schwellenhaushalten“ der Weg zum Eigenheim geebnet und seit 2004 gilt diese Förderung auch für Bestandsimmobilien. 2002 wurde von der rot-grünen Koalition mit dem Wohnraumförderungsgesetz die Zielgruppe modifiziert. Nun geht es um „Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind“. Ergänzt wird die Objektförderung durch das Wohngeld und städtebauliche Programme wie „Soziale Stadt“, „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“, die die Lebens- und Wohnbedingungen in festgelegten Städten und Quartieren verbessern sollen. Die sozialstaatlichen Leitbildprinzipien werden damit zurückgefahren und die Wohnungspolitik auf „Rest(problem)gruppen“ fokussiert.

Heute diskutieren wir über Wohnungen, Wohnformen, Siedlungen und Lebensverhältnisse, die noch weit über ein Jahrhundert hinaus die gebaute Umwelt unserer Städte bestimmen werden. Veränderte Anbieterstrukturen, demographische Entwicklungen, ausdifferenzierte Wohnwünsche und Wohnbedürfnissen sind dabei zu berücksichtigen. Wirkungsmächtige wohnungspolitische Entscheidungen der letzten Jahrzehnte und wohnungspolitische Deregulierungen haben dabei zu unterschiedlichen Verwertungsmöglichkeiten von Beständen geführt, die wiederum gesellschaftliche Polarisierungsprozesse stadträumlich verstärken.

Die Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes geht bis von 2005 bis 2050 von einer Bevölkerungsabnahme um etwa 8 bis 13 Mio. Menschen in der BRD aus. Bevölkerungsabnahme, Alterung, Internationalisierung und Heterogenisierung werden langfristig die demographische Entwicklung prägen, kurz gefasst: „Wir werden weniger, älter und bunter“. Im Bundesgebiet ist die Zahl der neu gebauten Wohnungen von 2000 bis 2007 um mehr als die Hälfte zurückgegangen, in Ostdeutschland sogar um 70 %. Jeder Deutsche lebt durchschnittlich auf 48 m<sup>2</sup>, Tendenz weiter steigend. Der Verweis auf die „durchschnittlich allgemein günstige Versorgungslage“, wonach die Wohnungsversorgung in der BRD nicht gut, oder sehr gut, sondern ausgezeichnet sei, verkennt allerdings gravierende Disparitäten. Der durchschnittliche Anstieg der Nettokaltmieten lag zwischen 1998 und 2008 deutlich unter der Entwicklung der Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum. Diese Durchschnittswerte und dieser auf Entspannung deutende Indikator verdecken aber nur extrem ungleiche regionale Wohnungsmärkte.

Dass die derzeitige Versorgungs- und Engpasssituation auf dem Wohnungsmarkt in einigen Großstadtreionen mit dem Begriff einer „neuen“ Wohnungsnot bezeichnet werden kann, darüber gibt es mittlerweile bei Politikern, Hauseigentümern, Mietern und Betroffenen nur noch graduelle Meinungsunterschiede. Differenzierter stellt sich das Bild schon dar, wenn eine präzise Definition des Begriffes gefragt ist und wenn auf die politischen, ideologischen, sozialen und wohnungspolitischen Implikationen der Verwendung des Begriffes eingegangen wird. Dann ergeben sich sehr unterschiedliche Einschätzungen und Bewertungen von Handlungsdefiziten und damit auch Schuldzuweisungen, ob es denn auch politische Verantwortlichkeiten für die „neue“ Wohnungsnot gebe.

Schon Anfang der 1980er Jahre war in einer Vielzahl von Publikationen darauf hingewiesen worden, dass es Wohnungsnot gäbe, und schon 1980 hatte der Deutsche Städtetag unter dem alarmierenden Motto „Neue Wohnungsnot in den Städten“ das Thema aufgegriffen. Die aktuelle „neue“ Wohnungsnot in einigen westdeutschen Großstädten ist also nicht neu, es gibt keine grundlegend neuen Merkmale, neu sind bestenfalls Ausmaß und regionale Disparitäten. Ein altes Problem ist auch das Fehlen aktueller, kleinräumlicher und teilmarktbezogener Daten.

Zunehmend mehr Menschen wollen aber nicht „nur“ wohnen, sondern sie möchten „anders“ wohnen, als es bisher über die einheitlichen Standards im Sozialen Wohnungsbau vorgegeben war. Wie in der Stadt so war auch in der Wohnung jegliche Nutzung vorbestimmt. Couchecke, Schrankwand und sogar die Steckdosen für die Nachtschlampen waren die Positionierungen fixiert. War das Thema „neue Wohnformen“ bisher weitgehend auf Nischen im Bestand beschränkt, so gibt es in jüngster Zeit auch mehr Menschen die selbst gemeinschaftlich (anders) neu bauen wollen. Vor Baugemeinschaften sind es, die Wünsche nach flexiblen Grundrissen, individualisierter Planung, zielgruppenspezifischer Ausrichtung und nachbarschaftlichen Wohnformen aufgegriffen haben (Krämer/Kuhn 2009). Die Deutschen – so eine neuere Untersuchung – streben nach den fünf G: Groß, günstig, Grün, gesichert und neuerdings nach offenen Grundrissen. Die neuen Wohnformen sind überwiegend (noch) ein Phänomen prosperierender Großstadtreionen. Hier sind die korrespondierenden Lebensstile, Wertvorstellungen und Einkommen gegeben, die eine Affinität zu den neuen Wohnformen befördern.

„Der Wohnungsmarkt ist ein Markt wie alle anderen – und auch wieder nicht“ hieß es schon 1995 im Gutachten der Expertenkommission Wohnungspolitik. Auch der zurückgefahrte Wohnungsneubau verteilt sich regional extrem ungleich. Neue Wohnungen werden vor allem in wachsenden Stadtreionen benötigt, wo der Wohnungsmarkt eng ist und die Mieten rasch ansteigen. Die intra- und interkommunalen Differenzierungen klaffen dabei immer weiter auseinander.

## Mieterparadiese in Ostdeutschland

„Jedem seine eigene Wohnung“ hatte Erich Honecker 1972 mit seinem Wohnungsbauprogramm versprochen. Die DDR allerdings blieb ein Land der Wohnungssuchenden. 2010 allerdings ist zumindest dieses Plansoll deutlich übererfüllt. Die Wohnungssuche in Ostdeutschland ist leicht, Mieter sind Mangelware, der Leerstand ist groß. Die Plattenbausiedlungen sind allerdings ein schwieriges Erbe der DDR-Zeit. Sie spiegelten die klassenlose Gesellschaft, die sozialistische Wohnkultur und die Mieter zahlten eher einen symbolischen Mietzins (ca. 1,50 Mark pro Quadratmeter) als eine Miete, die Kosten decken würde.

Ordnungspolitische Wertvorstellungen wurden nach der Vereinigung auf das Grundbedürfnis Wohnen übertragen, der Freigabe der Mieten das Wort geredet und eine umfassende Privatisierung gefordert. In der Zeitung *Die Welt* hieß es: „Ein riesiges Potential wartet auf Erschließung. In den westlichen Bundesländern liegt die Eigentumsquote von Wohnungen bei knapp 40, in den östlichen bei nur 20 Prozent. [...] Die Idee des privaten, freiheitsspendenden Privateigentums bedarf eines professionellen Marketings [...]“ (zit. nach Schubert 1991: 15). Häufig wurde deshalb auch auf kaufwillige Westinvestoren gesetzt, was zusätzlichen sozialen Zündstoff bedeutete. Inzwischen sind in großem Umfang Bestände privatisiert worden, selten allerdings nur an die vormaligen Mieter. Die Dresdner Stadtverordneten beschlossen etwa 2006 den Verkauf ihrer Kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaft an die amerikanische Investmentgesellschaft „Fortress“, die u.a. auch den Wohnungsbaukonzerns GAGFAH erwarb und sich inzwischen durch skandalöse Instandhaltung und Mieterhöhungsbegehren „profilerte“.

Die quantitative Bevölkerungsentwicklung in der BRD war seit der Vereinigung bei leicht ansteigendem Bevölkerungswachstum von zwei Trends gekennzeichnet: Zum einen fand großräumlich eine Ost-West-Verlagerung statt zum anderen eine Dekonzentration zugunsten der Randgebiete (Pohlan 2010). Die meist arbeitsplatzbedingte Fernwanderung hat den Wohnungsleerstand in den vielen Gemeinden in den neuen Bundesländern befördert. Während die Bevölkerungsverluste in den neuen Ländern durch steigende Haushaltszahlen noch abgedefert wurden, wird sich diese in den nächsten Jahren grundlegend ändern.

Wohnen ist damit in der ehemaligen DDR nicht nur wesentlich teurer, sondern auch komplizierter geworden (Glock 202: 4). Nach Jahrzehnten der Wohnungsknappheit in Ostdeutschland haben sich seit der Vereinigung die Rahmenbedingungen grundlegend geändert und es kam zu einem Überangebot an Wohnraum. Die nachholende Suburbanisierung und Bestandsinvestitionen im Altbau führten vor allem in den Plattenbausiedlungen zu erheblichen Leerständen. Im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost wird mittels Integrierter

Stadtentwicklungskonzepte (ISEKs) nun paradoxerweise erstmals der Rückbau (Abriss) von Wohnraum in großem Umfang gefördert. Waren Abrisse von Plattenbauten noch vor wenigen Jahren spektakuläre Einzelfälle, stehen sie heute in vielen Städten auf der Tagesordnung. Mit dem Programm Stadtumbau-Ost wird erstmals in der deutschen Städtebaupolitik der ersatzlose Abriss von Wohnraum in großem Umfang finanziell gefördert (Liebmann 2008: 159).

Bis 2010 wurden bereits über 220.000 Wohnungen mit öffentlicher Förderung durch die Stadtumbauprogramme des Bundes abgerissen. Fast 90% davon liegen in den Plattensiedlungen. Um die ostdeutschen Wohnungsbaugesellschaften vor dem Konkurs zu bewahren werden auch zukünftig größere Bestände abgerissen werden müssen. Die Wohnungsleerstandsquote konnte mittels der Abrissmaßnahmen in den Stadtumbaustädten (ohne Ostberlin) um etwa 3% verringert werden. Der Stadtumbau ordnet sich dabei den wohnungswirtschaftlichen Logiken unter und schränkt damit stadtentwicklungspolitische Handlungsalternativen ein. Ambitionierte Leitbilder des Stadtumbaus degradierend damit häufig zu Abrissplänen der Wohnungswirtschaft.

Die Plattenbau-Wohnsiedlungen waren in der DDR ursprünglich begehrt, da bei einer niedrigen Miete durch den regulierenden staatlichen Eingriff mehr Komfort als in unsanierten Altbauten geboten wurde. Die privaten Häuser der Altbauviertel blieben meist – auch aus ideologischen Gründen – unsaniert, da den Vermietern die Mittel zur Sanierung wegen der Unterdeckung der Kosten fehlten. Den Preis für die Neubauprogramme zahlten die Altbauviertel. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ wurde diese absurde Wohnungspolitik bei der Bevölkerung genannt. Derzeit versuchen viele Wohnungsunternehmen die Leerstände in den Plattenbauten zu konzentrieren.

Die konkurrierenden Wohnungsteilmärkte Alt- und Neubau („Platte“) befeuern derzeit Kontroversen der Eigentümer um die abzureißenden Bestände. Halle hat nach der „Vereinigung“ von Halle und Halle-Neustadt 1990 in den letzten 20 Jahren fast ein Viertel seiner Einwohner verloren. Schon 1990 standen ca. 10.000 Wohnungen vorwiegend in Altbaubeständen leer. Mit der Erosion der industriellen Basis verlagerte sich der Leerstand in die „Platte“. Mehr als ein Viertel der Abwanderer zog es in die alten Bundesländer, fast die Hälfte bewohnt die zur DDR-Zeit tabuisierten – schmucken Einfamilienhäuser im Umland. In Halle sind über 40% des Wohnungsbestandes in vier Großwohnsiedlungen lokalisiert. Stadtumbau lautet das Zauberwort und es wird (Leerstand ca. 14%) ein stärkerer Abriss von Plattenbauten gefordert, da die historische Bausubstanz der Innenstadt sonst gefährdet sei. In der Großwohnsiedlung Halle-Neustadt (ãHa-Neuð), der ab 1964 gebauten Stadt für Chemiarbeiter, liegt der Leerstand

bei 17%. Es läge in Halle an der zögerlichen Strategie Plattenbausiedlungen – auch mit Blick auf den Einwohnerrückgang – rascher und umfassender zurückzubauen, so die Tagespresse. Ein leerstehendes Hochhaus mit 134 Wohnungen wurde 2010 für einen Schnäppchenpreis von 460.000 Euro versteigert.

Auf der Silberhöhe in Halle lebten 1989 fast 40.000 Menschen, heute sind es noch ca. 14.000. Allein in Halle sind seit Beginn des Stadtumbaus 9.000 Wohnungen „vom Markt genommen“, also abgerissen worden. Der Trend des Fortzugs aus den Plattenbausiedlungen ist ungebrochen, zugleich gibt es einen verstärkten Zuzug in die Altbaugebiete. Wenn es gelingt (planmäßig) vom Rand zur Mitte zurückzubauen und sich unter den Eigentümern zu verständigen ist bereits eine Menge gewonnen und der weiteren Zersiedlung kann Einhalt geboten werden. Die Erhaltungsgebiete sind auch in Halle vorrangig in der Innenstadt einschließlich der Altstadt ausgewiesen. Auch befördert der Rückbau öffentlicher Infrastrukturen wie Schulen und Kindergärten an der Peripherie die Spirale rückläufiger Entwicklungen. Allerdings gibt es keinen Automatismus, dass der Abriss von Außen nach Innen selbsttragende Entwicklungen in den „Konsolidierungsgebieten“ generiert.

Der Handlungsattentismus – Wohnungsunternehmen die nicht abreißen, profitieren vom Abriss anderer – beförderte eine Bestrafung der „Pioniere“, die die „Marktberreinigung“ vorantreiben. Mieter für die Plattenbausiedlungen werden mit Prämien angelockt, für Studierende gibt es Sonderpreise und für Senioren besondere Serviceleistungen. Die Wohnungsbaugesellschaften sind kreativ und flexibel wenn es um die Vermietung geht. Der Mieter wird nicht mehr „versorgt“ und mit einer Wohnung von der Stange beglückt, sondern als Kunde umworben.

Noch ist der Begriff der Schrumpfung symbolisch negativ konnotiert und mit Krankheit und Krise verbunden. Schrumpfung erfordert aber einen Paradigmenwechsel, neue Orientierungen und Problemlösungsmuster, die in den Köpfen vieler Akteure noch nicht angekommen sind. Es handelt sich nicht um eine kurzfristige, vorübergehende Krise sondern um langfristige und sich noch verfestigende Verwerfungen auf den Wohnungsmärkten.

### Hamburg: Wohnungsengpässe, Wohnungsnot oder Wohnungsmangel

Die strukturstarken Stadtregionen in den alten Bundesländern sind nach wie vor Hauptzielgebiete der nationalen und internationalen Zuwanderung. Hamburg weist dabei das stärkste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer auf. Der Hamburger Wohnungsmarkt ist zudem ein stadtreionaler Markt, der erhebliche Unterschiede zwischen Stadt und Umland aufweist. Noch vor einigen Jah-

ren war Wohnungsbaupolitik kein dringliches Thema in Hamburg. Das Leitbild des CDU-dominierten Senats der „Wachsenden Stadt“, seit 2008 mit der CDU/GAL-Koalition mutiert zu „Wachsen mit Weitsicht“, korrespondierte nicht mit einem Wohnungsbauprogramm. Wurden 1995 noch fast 10.000 Wohnungen fertig gestellt, waren es 2009 nur noch ca. 3.500 Einheiten. Eine Recherche bei Google ergibt eine Verdopplung der Hits unter dem Stichwort „Wohnen in Hamburg“ zwischen 2006 und 2010. Schätzungen des Wohnungsfehlbestandes belaufen sich auf 30.000 bis 60.000 Wohneinheiten. Jährlich gehen ohnehin ca. 0,3-0,5% des Gesamtwohnungsbestandes durch „Totalabgang“ verloren.

Im Wahlkampf überboten sich die politischen Parteien mit Wohnungsneubauprogrammen. Ging der letzte Senat 2009 davon aus, dass zwischen 5.000-6.000 Wohnungen jährlich neu gebaut werden müssten, errechnete der Mieterverein zu Hamburg Zahlen um 8.000 Einheiten. Diese Fokussierung auf die Neubauzahlen lässt allerdings qualitative Aspekte außer Acht: Welche Wohnungen, in welcher Lage, mit welcher Verkehrsanbindung, zu welchen Preisen, für welche Zielgruppen? Die Diskussion um Neubauzahlen muss zudem vor dem Hintergrund teilweise dramatischer Entwicklungen im Wohnungsbestand relativiert werden. Verlässliche Zahlen über Wohnungsabbrüche liegen allerdings nicht vor.

Für die regionalen Wohnungs(teil)märkte haben sich in letzter Zeit gravierende Veränderungen ergeben. Die Verknappung mietpreisgünstiger Wohnungsbestände und die zunehmende Nachfrage nach diesen Beständen haben die Schere zwischen Angebot und Nachfrage immer weiter auseinanderklaffen lassen. Die „neue“ Wohnungsnot findet ihren Niederschlag auf lokaler Ebene, hier wird Obdachlosigkeit registriert und hier stellen die Wohnungsämter das Fehlen belegungs- und mietpreisgebundener Wohnungen zuerst fest. Durch mehrere, sich teilweise überlagernde Prozesse, gibt es quantitative und qualitative Veränderungen im Wohnungsbestand und Wohnungsangebot:

- Rückläufige Neubauzahlen, vor allem im sozialen Wohnungsbau,
- Zusammenlegungen von Wohnungen zu größeren Einheiten,
- (genehmigte) und ungenehmigte Zweckentfremdungen,
- Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen,
- Modernisierung von Beständen,
- das Auslaufen von Mietpreis- und Belegungsbindungen durch planmäßige und vorzeitige Rückzahlung der Baudarlehen und schließlich durch
- Wohnungsabgänge.

Dramatisch ist vor allem der Rückgang des Sozialwohnungsbestandes. Gab es Mitte der 1970er Jahre noch rund 400.000 Sozialwohnungen ist dieser Bestand

auf derzeit ca. 100.000 abgeschmolzen und wird – wenn nicht hinreichend neue Sozialwohnungen hinzukommen – bis 2020 auf ca. 60.000 Einheiten weiter zurückgehen. Etwa 10% davon sind zudem von Belegungsbindungen „freigestellt“, da sie in „schwierigen“ Großwohnsiedlungen lokalisiert sind. Obwohl Hamburg durch den Erwerb der Neue Heimat Wohnungen den Bestand aufgestockt hatte und im interkommunalen Vergleich von Städten in der BRD noch vergleichsweise gut dasteht, ist damit eine Engpasssituation entstanden. Dabei hat der städtische Bestand, eine mietpreisdämpfende Wirkung auf den Gesamtwohnungsmarkt, zum anderen werden über den kommunalen Wohnungsbestand vor allem die vordringlich Wohnungssuchenden versorgt.

Auch auf den bisher homogenen Sozialwohnungsbestand wirken Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse ein, die im Gefolge der wohnungspolitischen Deregulierungen zu interpretieren sind. Da der Sozialwohnungsbau in der Regel in größeren Einheiten – vielfach in Großsiedlungen – realisiert wurde, lassen sich am Beispiel dieses Siedlungstypus Veränderungsprozesse exemplarisch illustrieren. Der bisher scheinbar einheitliche Bestand an Sozialwohnungen für die „breiten Schichten der Bevölkerung“ wird unterschiedlichen Verwertungsmöglichkeiten unterworfen. Obwohl häufig aufgrund der Bauweise und Architektur diskreditiert, wird es „die“ Großsiedlung und „den“ Sozialwohnungsbestand immer weniger geben. Die für eine sozialpolitisch orientierte Wohnungspolitik zur Verfügung stehenden letzten belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen werden bald vor allem noch in den sogenannten Problemsiedlungen der 1970er Jahre liegen.

Laut Bericht eines Immobilienunternehmens fehlen in Hamburg 90.000 Wohnungen andere Schätzungen gehen von „nur“ 30.000 fehlenden Wohnungen aus. Besonders starke Anstiege der Mieten gab es bei Neuvermietungen im Altbau und beim Erstbezug von Wohnungen. Bei Neuvermietungen muss inzwischen ca. 11,- Euro (netto/kalt) gezahlt werden. Die Fokussierung auf den Neubau suggeriert, dass es nur einer raschen Steigerung des Neubauvolumens bedarf um die Versorgungsengpässe zu beseitigen.

In den letzten Jahren lag der Anteil der Wohnungsneubaufertigstellungen zwischen 0,3 und 1% des Hamburger Wohnungsbestandes, der Anteil des Sozialen Wohnungsneubaus in den letzten Jahren bei 0,2%. Wenn also jährlich, wie geplant, ca. 4.000 Wohnungen neu gebaut werden, macht das bei einem Wohnungsbestand in Hamburg von ca. 887.000 Wohnungen „nur“ ca. 0,5 % des Bestandes aus. Oder anders formuliert: angenommen von 2010 bis 2020 werden jährlich 4.000 neue Wohnungen gebaut, dann sind heute vom Bestand von 2020 schon 95% vorhanden.

Die Frage des Umganges mit dem Bestand und eine mietpreisdämpfende Wohnungsbestandspolitik sind also neben dem Neubau bezahlbarer Wohnungen von entscheidender Bedeutung zur Beseitigung von Versorgungsengpässen. Den skizzierten Veränderungen im Wohnungsbestand stehen zudem gravierende Verschiebungen der Nachfrage gegenüber: Wohnflächenansprüche im Bestand durch die „wohlstandsbedingte Wohnungsnachfrage“ führen dazu, dass immer kleinere Haushalte immer größere Wohnungen nutzen.

Von 1998 stieg die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Hamburg von 35 bis 2009 auf ca. 36 m<sup>2</sup> (Bundesdurchschnitt ca. 48 m<sup>2</sup>). Wenn nur 50% der Hamburger Haushalte in der nächsten Dekade mit einem Einkommenszuwachs rechnen und deshalb ihre jetzige Wohnfläche nur um 1 m<sup>2</sup> ausdehnen, entsteht rechnerisch eine zusätzliche Nachfrage (bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 70 m<sup>2</sup>) von über 700 Wohnungen, pro Jahr. Prognostiziert wird dagegen ein durchschnittlicher Anstieg der Wohnflächenentwicklung in der von 2010 = 48 m<sup>2</sup> auf 2030 auf 56 m<sup>2</sup>. Wanderungsgewinne nach und neue Haushaltsgründungen in Hamburg begründen die weitere Nachfrage.

Damit haben wir es im Wohnungsbestand mit einer dramatischen Verringerung belegungs- und mietpreisgebundener Wohnungen zu tun. Alle Entwicklungen und skizzierten Prozesse deuten auf eine weitere Abnahme noch relativ mietpreisgünstiger Wohnungsbestände hin. Entscheidend ist dabei das Zusammenwirken sehr unterschiedlicher Ursachenzusammenhänge und Prozesse auf den Wohnungsteilmärkten, die diese Verknappungsprozesse bewirken.

Hamburg ist wieder eine wachsende Stadt. Nachdem die Stadt 1964 mit fast 1,9 Millionen Einwohnern den Höchststand erreicht führten Stadtflucht und Suburbanisierung zu einem Bevölkerungsrückgang bis auf 1,6 Millionen Einwohner. Vor allem die Zunahme kleinerer Haushalte und von Einpersonenhaushalten (ca. 50 %) befeuern die Wohnungsnachfrage. Immer kleinere Haushalte nutzen dabei immer größere Wohnungen. Während die interregionalen Wanderungen vorwiegend arbeits- oder ausbildungsplatzmotiviert sind, erfolgen intraregionale Wanderungen meist basierend auf dem Wunsch nach größerer Wohnung und Eigenheim (Pohl 2010: 197). Das altersgruppenabhängige Wanderungsverhalten befördert die „Verjüngung“ der Kernstadt durch den Zuzug „neuer Urbaniten“, Steigerung der Mieten, Verdrängung, Segregation und Gentrifizierungsprozesse.

Bei einer qualitativen Betrachtung des Wohnungsmarktes und der Nachfrage steht dabei vor allem der Anteil eher einkommensschwächerer Haushalte und deren Mietzahlungsfähigkeit im Zentrum. Dies umso stärker, als sich Versorgungs-

probleme vor allem für untere Einkommensgruppen ergeben. Auch zur Anzahl der Wohnungssuchenden gibt es keine verlässlichen Daten. Fast die Hälfte der Hamburger Haushalte sind ausgehend von den Einkommensgrenzen berechtigt eine Sozialwohnung zu beziehen. 2008 wurden ca. 14.000 Wohnberechtigungs-scheine ausgestellt, aber nur ca. einem Drittel der Bewerber konnte eine Wohnung zugewiesen werden.

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich produziert, zwischen Luxuskultur und Hedonismus auf der einen Seite und Armut und Überlebenswillen auf der anderen, Phänomene, die sich auch stadträumlich widerspiegeln. Haushalte mit hohen Einkommen – vorwiegend also Alleinerziehende mit hohen Einkommen, Ehepaare ohne Kinder mit Doppelseinkommen (double income no kids, die „dinks“) und die Yuppies – sind hauptsächlich auf attraktive innerstädtische Standorte fixiert.

Dieses „Wohlstandspotential“ stellt künftig die zahlungskräftigen Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt und wird die besten Wohnlagen und meisten Flächen beanspruchen, was sich statistisch in einer entsprechenden Unterbelegung der Wohnungen widerspiegelt. Das bedeutet für noch relativ mietpreisgünstige Wohnungsbestände und (noch) nicht modernisierte Wohnungen in Stadterneuerungsgebieten, dass nach den „Pionieren“ nun die „Invasoren“ kommen und Aufwertung, Umstrukturierung und Gentrification (Blasius/Dangschat 1990) weiter vorantreiben werden.

Dem „Wohlstandspotential“ gegenüber entwickelt und verfestigt sich ein „Armutspotential“, bestehend aus arbeitslosen Haushalten, Gruppen in prekären Beschäftigungsverhältnissen Haushalten mit Migrationshintergrund und Haushalten mit 3 Kindern und mehr sowie Alleinerziehenden mit einem bzw. mehreren Kindern. Die „As“ (Arme, Arbeitslose, Ausländer, Asylanten) zählen zu dieser Gruppe, weniger allerdings die Alten, die Rentner. Diese Gruppen stellen die „Opfer“, die Verdrängten der stadträumlichen Umstrukturierungsprozesse. Jeder fünfte Haushalt in Hamburg „ist arm“, 51% das sind 423.000 Personen verdienen weniger als 1.500 Euro im Monat, 255.000 haben ein Netto-Einkommen von weniger als 1.100 Euro. Diese Haushalte durch die Inwertsetzung und Gentrifizierung bisher preiswerter Quartiere (Holm 2010) aus den attraktiven Lagen in die sog. städtischen Grauzonen und unattraktiven Großwohnsiedlungen verdrängt werden. Hier bilden sich an der städtischen Peripherie neue Problemzonen heraus, die bisher noch kaum registriert und wahrgenommen wurden und auch nicht im Zentrum der Nachbesserungsverfahren standen.

Auch die Hoffnung auf den Sicker-Effekt ist trügerisch. Die Annahme des Sicker-Effekts geht davon aus, dass aus der Förderung des Wohnungsneubaus für

mittlere und obere Bevölkerungsschichten auch für untere Einkommensgruppen durch Umzugsketten bessere Wohnbedingungen entstehen. Eine vage Hoffnung, die sich – wie auch empirische Untersuchungen zeigen – vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Bestand, nicht erfüllt hat. Die Umzugsketten setzen sich nicht bis zu den schlechtesten und (theoretisch) billigsten Wohnungen durch. Und selbst dann vergehen Jahre, bis die angenommenen Umzugsketten abgewickelt sein werden.

Die Diskrepanz der aktuellen Wohnungsversorgungssituation besteht also in der gegenläufigen Entwicklung von abnehmenden mietpreisgünstigen, mietpreis- und belegungsgebundenen Beständen und wachsenden Anteilen der Bevölkerung, die für eine angemessene Wohnungsversorgung gerade auf diese Wohnungsbestände angewiesen sind. Die Möglichkeit im Bestand neue Bindungen zu erwerben, dürfte sich bei den derzeitigen Gewinnerwartungen der Hauseigentümer als sehr teuer erweisen. Bei einer Bindungswirkung von 10 Jahren betrug der Zuschuss 15.000 Euro. 2010 standen (letztlich nicht abgerufene) Fördermittel in Höhe von 3 Millionen Euro für ca. 200 Wohnungen zur Verfügung.

Das Dilemma kommunaler Wohnungspolitik besteht nun vor allem darin, auf lokaler Ebene überlokal verursachte Probleme bewältigen zu müssen. Vor dem Hintergrund dieser knappen Problemskizze ist eine breite Ratlosigkeit in der Wohnungspolitik festzustellen. Lag der durchschnittliche Mietpreis sämtlicher Wohnungen in Hamburg 2010 bei 8,30 Euro wurden 2010 bei Neuvermietungen bereits 11,03 Euro gefordert. Steigende Mieten Bau- und Bodenkosten (ab 550 Euro pro m<sup>2</sup> Bauland), zurückgefahrenen Baukapazitäten und kaum verfügbare Grundstücke engen die Möglichkeiten weiter ein.

Die Politik rekurriert auf alte Rezepte und das Niveau der Auseinandersetzung in den Medien und der Tagespresse ist auf einem erschreckend niedrigen Niveau. Schuldzuweisungen, Versäumnisse und Versprechungen dominieren die Debatte, neue wissenschaftliche Erkenntnisse werden schlichtweg negiert. So droht das Thema Wohnen (wieder) zu einem sozialen Pulverfass zu werden. Proteste gegen steigende Wohnkosten, immobilienwirtschaftliche dominierte Aufwertungsstrategien und Verdrängungsprozesse benachteiligter Gruppen formieren sich in Protesten und Widerstand. Das „Recht auf Stadt“ und „Wir bleiben alle“ wird eingefordert.

## Verschärfung der Disparitäten

Die intra- und interkommunal disparitäre Wohnraumversorgung beginnt bei der immer weiter auseinander driftenden Einkommensentwicklung. Die Armut hat sich in Deutschland nicht verringert, sondern verfestigt. Einkommenszuwächse sind nur im oberen und obersten Drittel zu konstatieren, die den Boom bei Luxuswohnungen befördern. Der Anteil der Mittelschicht hat sich zwischen 2000 und 2006 von zuvor 62% auf 54% verringert. Der Anstieg der Armutsquote hat sich dagegen in keinem anderen Land – mit Ausnahme Irlands – rascher vollzogen als in Deutschland (Harlander 2009: 137).

Die neuen Eliten der Dienstleistungsgesellschaft präferieren innerstädtische, nutzungsgemischte Quartiere mit breitem Konsum- und Kulturangeboten (Jessen 2010: 25). Sie können die zum Teil exorbitant hohen Mieten und Preise für Eigentumswohnungen zahlen. Das neue Stadtwohnen wird zunehmend zu einer Domäne der Reichen und Superreichen. „Luxus-Wohnen boomt“ titelte unlängst die Fachzeitschrift „Die Wohnungswirtschaft“ (Oktober 2008). Diese zunehmende Einkommenspolarisierung spiegelt sich auf dem Wohnungsmarkt wider. So entwickelt sich ein Flickenteppich von „Luxuswohnen und Armutsinseln“. Der weltweite Trend sozialräumlicher Polarisierung von Arm und Reich findet kleinräumlich seinen Niederschlag auf den bundesdeutschen städtischen Wohnungsmärkten wieder (Harlander 2009: 134).

Wohnungsversorgungsengpässe sind in den wachsenden Metropolregionen kein theoretisches Konstrukt, sondern traurige Realität. Vor dem Hintergrund der prosperierenden Wirtschaft in einigen Großstädten, haben sich dramatische Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt ergeben. Da der Bund sich aus der Förderung des Wohnungsneubaus zurückgezogen hat und die Wohnungsnot zunächst vor allem in den Kommunen registriert wird, ergeben sich hier die dringliche Handlungserfordernisse.

Im Kontext dieser Problemanalyse kann es nicht mehr „die“ flächendeckende Lösung und „das“ Patentrezept geben. Zu unterschiedlich sind die Probleme in Stadt und Land, in Ost und West und von Stadt zu Stadt. In jedem Fall aber wird der kommunalen Wohnungspolitik eine zentrale Rolle zufallen. Gefragt sind dabei differenzierte und maßgeschneiderte Lösungen, die Mieter und Bewohner einbeziehen.

Die Disparitäten zwischen entspannten regionalen Wohnungsmärkten und Wohnungsversorgungsengpässen in prosperierenden Metropolregionen werden weiter zunehmen. Die schrumpfenden Regionen und agglomerationsferne Räume werden sich weiter entleeren. Aus den einst so beliebten Einfamilienhäusern verziehen die älteren Kinder in die Städte, die gute Ausbildungs- und Arbeitsbe-

dingungen bieten. Dies beschleunigt kleinräumliche Alterungsprozesse, Eigenheime verzeichnen hier einen Preisverfall („empty nester“) und die Verkaufspreise decken mancherorts nicht einmal die Abrisskosten. Das Leitbild des suburbanen Wohnens hat an Attraktivität verloren und an seine Stelle ist das urbane Wohnen zur Miete oder im Eigentum getreten. Die Suburbanisierung mutiert zur Reurbanisierung. Zudem wächst auch die Zahl der Studierenden, der Singles, der Alleinerziehenden und kinderlosen Paare, die schon immer innenstadtnahe Wohnquartiere bevorzugten.

Vielfach wird davon ausgegangen, dass der Wohnungsneubau in den Metropolregionen, vor allem in der Form des sozialen Wohnungsbaus Versorgungsengpässe schnell beseitigen könnte. Der jeweilige Wohnungsneubau ist aber in der Regel immer der am besten ausgestattete Wohnungsbau mit den höchsten Standards und häufig – durch hohe Baukosten bedingt – auch mit relativ hohen Mieten. Dazu kommt ein *time-lag*: Zwischen Grundstückserwerb und Erstbezug der Wohnungen liegen häufig bis zu drei Jahren.

Das gesamte System der Wohnungsbau und -marktpolitik gehört also auf den Prüfstand. Das Gießkannenprinzip der Wohnbauförderung, das Eigentumsmaßnahmen wie Sozialen Wohnungsbau subventioniert, wird bei leeren öffentlichen Kassen nicht länger aufrecht zu erhalten sein. Absurditäten in der Sozialbürokratie beim Arbeitslosengeld (ALG II) und den Regelsätzen für „angemessene“ Wohnungen und Wohnkosten befördern Umzüge und kleinräumlich sozialstrukturelle Monostrukturen. Eine Reorganisation der Wohnungspolitik muss bei der Allokation beginnen und mit einer fokussierten Zielgruppenorientierung enden. Fördermittel für den Wohn(ungsneu)bau und Eigenheime in schrumpfenden Städten sind kontraproduktiv und vor allem sollte die Förderung bei den Haushalten ankommen, die sich in prosperierenden Stadtregionen auf dem „freien Markt“ nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können.

## Literatur

- Blasius, Jörg, Dangschat, Jens S. (Hrsg.) 1990: Gentrification, Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt/Main
- Glock, Birgit 2002: Schrumpfende Städte, in: Berliner Debatte Initial 103/2, S. 3-10
- Harlander, Tilman 2009: Neues Stadtwohnen – Luxusquartiere und Armutsinseln? Die alte Stadt 1/2009, S. 134-140
- Holm, Andrej 2010: Wir Bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster
- Jessen, Johann 2010: Wohnen? Zur Diversifizierung der Wohnansprüche in deutschen Großstädten, polis – Magazin für Urban Development 03/2010, S. 24 ÷ 26

- Krämer, Stefan, Kuhn, Gerd 2009: Städte und Baugemeinschaften, Stuttgart + Zürich
- Liebmann, Heike 2008: Programm auf Erfolgskurs? Eine Zwischenbilanz des Bundes-Länder-Förderprogramms Stadtumbau Ost, in: Jahrbuch Stadterneuerung û Aufwertung im Stadtumbau, Berlin 2008
- Pohl, Thomas 2010: Folgen des demographischen Wandels in einer „Gewinnerregion“: Kleinräumig differenzierte Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in der „Wachsenden Stadt“ Hamburg, in: Raumforschung und Raumordnung 68, S. 195-206
- Pohlan, Jörg 2010: Monitoring der Städte und Regionen, in: Jahrbuch StadtRegion 2009/10 Stadtkultur und Kreativität, Opladen & Farming Hills
- Schubert, Dirk 1991: Sozial Wohnen: Kommunale Wohnungspolitik zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen, Frankfurt/Main

## Werbung

*Prof. Dr. rer. Pol. Dirk Schubert, Studiendekan Masterstudiengang Stadtplanung an der HafenCity Universität Hamburg, Winterhuder Weg 29, 22085 Hamburg  
E-mail: Dirk.Schubert@hcu-hamburg.de*

Fotos

Volker Busch-Geertsema

## „Housing First“, ein vielversprechender Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit

Im Folgenden wird ein Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit vorgestellt, der in Europa, aber auch in den USA, Canada und Australien in den letzten Jahren sehr viel Zuspruch gefunden hat. Dieser Ansatz geht von der Grundprämisse aus, dass es in entwickelten Ländern nicht mehr hinnehmbar ist, sich mit Wohnungslosigkeit quasi als unveränderbarer Gegebenheit abzufinden und sie vor allem zu verwalten, sondern dass es darum gehen muss, Wohnungslosigkeit aktiv zu minimieren mit dem – zugegebenermaßen ehrgeizigen – Ziel, Wohnungslosigkeit weitestgehend zu beenden. Die wesentlichen Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, liegen dabei in der raschen Reintegration der Wohnungslosen in normale Wohnverhältnisse, bei Bedarf mit begleitender sozialer Unterstützung, und in der konsequenten Prävention von Wohnungslosigkeit. Das klingt banal, erfordert aber vielerorts einen nicht unerheblichen Paradigmenwechsel im Umgang mit Wohnungslosigkeit.

Der „Housing First“-Ansatz verdankt seine hohe Popularität auch der Einsicht, dass sich tradierte und vielen zunächst naheliegend erscheinende Reaktionsweisen auf die Notlage von Wohnungslosen als unzureichend oder sogar kontraproduktiv erwiesen haben. Insbesondere die in Europa und auch noch vielerorts in Deutschland viel gepriesenen Stufenmodelle in einem „differenzierten Hilfesystem“ sind zunehmend auf Kritik gestoßen und ähnliche Ansätze in USA, die dort zuvor nahezu flächendeckend unter dem Begriff „Continuum of Care“ propagiert worden waren, gelten zwischenzeitlich als weitgehend überholt.

Auch wenn die Debatte nicht neu ist, und auch in der deutschen Wohnungslosenhilfe (oder besser „Wohnungsnotfallhilfe“) unter Begriffen wie „Entinstitutionalisierung“, „Normalisierung“, „Prävention“ und „Rechtsdurchsetzung“ seit längerer Zeit einer Normalisierung von Wohn- und Lebensverhältnissen das Wort geredet wird, und auch wenn solche Zielsetzungen mal mehr, mal weniger

die Praxis der Hilfe hierzulande prägen (die Varianz ist erheblich!), so ist doch in den letzten Jahren durch neue Forschungsergebnisse und erfolgreiche Praxisbeispiele international eine neue Dynamik entstanden, die auch in deutschen Fachkreisen, der interessierten Öffentlichkeit und insbesondere in Politik und Verwaltung mehr Aufmerksamkeit und Praxiswirksamkeit verdient.<sup>1</sup> Leider werden nämlich auch hierzulande immer wieder neue Obdachlosenunterkünfte und Wohnungsloseneinrichtungen geschaffen und neue Stufensysteme etabliert oder noch weiter ausdifferenziert.<sup>2</sup> Kommunen und Verbände sind – trotz seit Jahren vielerorts rückläufiger Wohnungslosenzahlen – weit davon entfernt, den „Housing First“-Ansatz flächendeckend umgesetzt zu haben.

Im Folgenden wird zunächst die Kritik von Stufensystemen und dem „Continuum of Care“ dargestellt, bevor der „Housing First“ Ansatz und verschiedene Umsetzungsvarianten eingehender vorgestellt wird. Es werden Beispiele aus der inzwischen umfangreichen Forschungsliteratur referiert, die sehr robust die Wirksamkeit von „Housing First“ belegen. Schließlich werden einige Konsequenzen diskutiert, die sich für Sozial und Gesundheitsdienste bei konsequenter praktischer Umsetzung des Ansatzes ergeben.

### Die wachsende Kritik an Stufensystemen und dem „Continuum of Care“

Mit der zunehmenden Durchsetzung alternativer Herangehensweisen verstärkt sich auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsländern auch die Kritik an einem nach wie vor oberflächlich betrachtet sehr nahe liegend und einleuch-

1 Ein Großteil dieses Beitrages wurde im Februar 2011 bereits als Vortrag bei einer Fachveranstaltung in Wien präsentiert, wo jüngst in einer rot-grünen Koalitionsvereinbarung für die Stadtregierung der „Housing First“-Ansatz als Leitbild für die Reorganisation der kommunalen Wohnungslosenhilfe verankert wurde. Im Dezember 2010 wurden einige Elemente dieses Beitrages auch als Expertenstatement bei der European Consensus Conference on Homelessness vorgetragen (Busch-Geertsema 2010a), näheres zu dieser Konferenz und ihren Ergebnissen ist unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de&eventsId=315&furtherEventS=yes> zu erfahren.

2 Lediglich beispielhaft sei hier auf den geplanten Neubau einer Obdachlosenunterkunft im Frankfurter Ostpark und die geplante aufwändige Sanierung des Bremer Jakobushauses für mehrere Millionen Euro verwiesen. Die Planungen sahen in Bremen auch künftig eine zeitliche Befristung des Aufenthalts und die Teilnahme an „verpflichtenden Schulungsangeboten“ („Wohntrainings-Bausteine“) vor.

tend erscheinenden Hilfeansatz eines abgestuften Systems von nacheinander zu durchlaufenden Hilfeangeboten oder eines *Continuum of Care*, wie es im Amerikanischen lange Zeit propagiert wurde und inzwischen dort ebenso vehement kritisiert wird.

Stufensysteme für Wohnungslose, die einen schrittweisen Aufstieg zwischen verschiedenen Sonderwohnformen mit unterschiedlichen Graden von Autonomie und Kontrolle vorsehen, bevor eine Vermittlung in abgeschlossenen Wohnraum mit vollen Mieterrechten möglich ist (in Österreich dann ganz trefflich auch mit „Finalwohnung“ betitelt), sind vor allem in Schweden – wo sie besonders rigide angewendet wurden – einer harschen Kritik unterzogen worden.<sup>3</sup> Sie wurden und werden aber auch in vielen anderen europäischen Ländern und durchaus auch noch in Deutschland immer wieder einmal als der Königsweg zur Reintegration von Wohnungslosen propagiert. Wie schnell wird aus dem „differenzierten Hilfeangebot“ eine „Aufstiegsleiter“ in normale Wohnverhältnisse konstruiert, deren Sprossen eine nach der anderen zu erklimmen sind – mit hoher Absturzgefahr. Werden die Anforderungen auf den einzelnen Stufen des Systems, insbesondere hinsichtlich von Abstinenz und „Mitwirkung“ an diversen „Gruppenangeboten“ (die neuerdings auch gerne als „Trainingsmodule“ offeriert werden) nicht erfüllt, so kann aus dem geplanten „Weg nach oben“ schnell wieder ein Sturz in den untersten Bereich mit den „niedrigschwelligen“ Angeboten werden, wobei „niedrigschwellig“ leider ja oftmals gleichbedeutend mit besonders schlechter Qualität und besonderen Beschränkungen von Autonomie und Privatsphäre ist. Aber auch wenn die Wohnungslosen alle an sie gestellten Anforderungen erfüllen, erweist sich der Zugang in die oberste Stufe – die Normalwohnung mit voller Autonomie – allzu oft als enger Flaschenhals, der durch externe Einflüsse verstopft wird. Zu diesen Einflüssen gehören der Mangel an ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Alleinstehende und Zugangsbeschränkungen und Vorbehalte von Wohnungsunternehmen und Privatvermietern gegenüber Haushalten mit Schulden und offenkundigem Unterstützungsbedarf. In der Folge verbleiben Wohnungslose oft jahrelang im Ersatzsystem von Übergangsunterkünften und Sonderwohnformen, oft mit hohen finanziellen Kosten für die Kommunen und überörtlichen Kostenträger, aber auch mit nachhaltigen Folgen der Ausgrenzung für die davon betroffenen Menschen.

Mehrere Untersuchungen insbesondere in Schweden belegen die nicht intendierten negativen Folgen von Stufensystemen (vgl. Sahlin 2005 und Busch-Geert-

3 Vgl. Sahlin (1998 und 2005) sowie mit weiteren Belegen Busch-Geertsema/Sahlin (2007) Zur Aktualität des Ansatzes in Schweden vgl. Hansen Lofstrand (2010).

sema/Sahlin 2007 mit zahlreichen weiteren Belegen). Die schwedischen Analysen zeigen, dass durch den Ausbau solcher Systeme in der Regel ein expandierender „zweiter Wohnungsmarkt“ mit eingeschränkten Rechten und eingeschränkter Wohnsicherheit etabliert wird. Lokale Stufensysteme tendieren zur Ausweitung im unteren Bereich („niedrigschwellige“ Unterkünfte, Winternotschlafstellen, „Trainingswohnen“ etc.) während „oben“ die Zugänge erschwert sind. Wohnungslosigkeit wird verwaltet statt aktiv auf ihre Reduzierung hin zu wirken. Ausgrenzungstendenzen gegenüber „Risikohaushalten“ und vorgeblich „Wohnunfähigen“ im Bereich der Normalwohnraumversorgung werden verstärkt und letztlich steigt die Zahl von Wohnungslosen, die nicht über mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen. Aus der „Aufstiegsleiter“ zu normalem Wohnraum wird in vielen Fällen eine „Rutsche in die Ausgrenzung“.

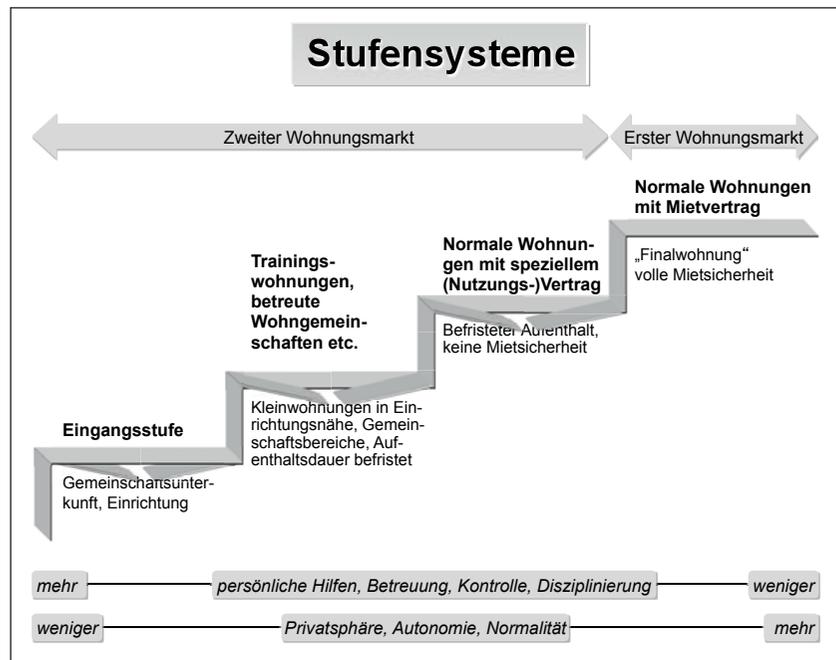


Schaubild 1: Stufenleiter der Ausgrenzung (nach Sahlin 1998)

Diese Kritik und das Plädoyer für eine möglichst umgehende Reintegration von Wohnungslosen in normale Wohnverhältnisse haben massive Unterstützung durch den in USA seit einiger Zeit im Aufwind befindlichen „Housing First“-Ansatz erhalten, auf den wir gleich noch ausführlicher eingehen. Die Kritik an

dem amerikanischen „Continuum of Care“ benennt unter anderem folgende Negativpunkte (vgl. bspw. Tsemberis/Assmussen 1999):

- Stress und „Entwurzelung“ durch den Zwang zum wiederholten „Umzug“ zwischen verschiedenen Unterbringungsformen;
- Die Fähigkeiten, die in strukturierten institutionellen Settings erlernt werden, sind nicht unbedingt förderlich und übertragbar auf unabhängiges Einzelwohnen;
- Oft verhindern standardisierte Hilfeansätze in verschiedenen Stufen eine individuelle Hilfestellung;
- Wahlmöglichkeiten und Freiheiten sowie die Privatsphäre der Wohnungslosen sind stark eingeschränkt;
- Bis zum Einzug in die „Finalwohnung“ kann sehr viel Zeit vergehen und zwischen den verschiedenen Stufen gehen zu viele Klient/-innen „verloren“.

Vor allem aber zeigen die positiven Erfahrungen mit dem „Housing First“-Ansatz, dass mit einem völlig anderem Hilfeverständnis größere Reintegrationserfolge erzielt werden können und sogar noch Geld eingespart werden kann.<sup>4</sup>

#### Die Alternative: Unmittelbarer Zugang zu normalem Wohnraum und begleitende Hilfen bei Bedarf: „Housing First“

„Housing First“ wird definiert als ein Programm, mit dem Wohnungslose direkt in bezahlbaren und dauerhaften Wohnraum gebracht werden, ohne dass eine vorherige Erlangung von „Wohnfähigkeit“ oder etwa die Überwindung einer bestehenden Suchterkrankung zur Bedingung gemacht wird; persönliche Hilfen werden angeboten, aber ihre Annahme ist freiwillig und das eingegangene Mietverhältnis kann nicht aufgrund von Suchtmittelkonsum, Therapieablehnung oder mangelnder Mitwirkung im Hilfeprozess gekündigt werden. Beispiele aus den USA zeigen, dass die Wohnstabilität nach 24 Monaten selbst bei Personen mit Doppeldiagnosen (und ohne Betreuungsverpflichtung) höher ist und seltener Wohnungslosigkeit eintritt als bei einer Kontrollgruppe mit Abstinenzvoraussetzung (vgl. Tsemberis et al 2004). In „Housing First“-Projekten werden

<sup>4</sup> Es gibt eine Reihe von Berechnungen, die Einsparungen durch das „Housing First“-Konzept belegen. Finanzielle Erwägungen werden hier jedoch bewusst nicht in den Vordergrund gestellt. Die qualitativen Verbesserungen der Lebenslage von Wohnungslosen durch eine Normalisierung ihrer Wohnsituation wäre auch dann anzustreben, wenn der Ansatz mit etwas höherem finanziellen Aufwand verbunden wäre als die traditionelle „Verwaltung“ von Wohnungslosigkeit in Notunterkünften, Einrichtungen und Sonderwohnformen.

hohe Quoten beim Wohnungserhalt erzielt: 75-80 %, in manchen Projekten sogar 90 % der ehemals Wohnungslosen gelang es, ihr Wohnverhältnis auf Dauer zu erhalten (vgl. Padgett et al 2006, Toronto Shelter, Support & Housing Administration 2007).

Eine Reihe weiterer Studien – in den USA, aber auch in Europa – bestätigt weitgehend positive Resultate der Integration ehemals Wohnungsloser in eigenen Wohnraum: selbst diejenigen mit den schlechtesten Integrationsprognosen können ihr Wohnverhältnis erhalten, wenn ergänzende persönliche Hilfen verfügbar sind.<sup>5</sup>

### „Housing First“ – nicht „Housing Only“!

„*Housing First*“ sollte nicht als „*Housing Only*“ missverstanden werden; viele ehemals Wohnungslose benötigen ergänzende persönliche Hilfen. Auch wenn ein – von Land zu Land unterschiedlicher – Anteil der Wohnungslosen „nur eine Wohnung“ braucht, um seine Wohnungslosigkeit nachhaltig zu überwinden, gibt es immer auch einen signifikanten Anteil von Wohnungslosen, die mehr brauchen; ihr relativer Anteil ist größer, wo die Wohnungsnot geringer und die Barrieren am Wohnungsmarkt weniger stark ausgeprägt sind (Stephens et al 2010). Aufsuchende (pro-aktive) und qualifizierte persönliche Hilfen gehören, ebenso wie ein rechtlich gesichertes Wohnverhältnis, zu den Grundvoraussetzungen dafür, dass Wohnungslose mit entsprechendem Bedarf ihr Wohnverhältnis auf Dauer erhalten können.

„*Housing First*“ ist oft eher „*Housing Plus*“ bzw. „*Wohnen Plus*“: die Annahme von persönlicher Hilfe ist keine Voraussetzung, um ein reguläres Mietverhältnis zu bekommen, aber die Hilfe wird denen, die sie brauchen, nachdrücklich angeboten: Mieterinnen und Mieter werden deutlich ermuntert, Unterstützung anzunehmen (vgl. Atherton/McNaughton Nicholls 2008, Tsemberis 2010a und b).

5 US Department of Housing and Urban Development (2007), Tsemberis 2010a, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (1998), Dane (1998), Busch-Geertsema (2005), Busch-Geertsema/Schuler-Wallner (2005), Hacke et al (2005); kritisch: Kertesz et al (2009). Weitere Literaturhinweise in Busch-Geertsema (2010b) und Johnsen/Teixera (2010)

### Was bedeutet „Housing“ in diesem Kontext?

„Normales“ Wohnen (abgeschlossen, volle Mieterrechte, Privatsphäre, „eigener Schlüssel“) ist, was die meisten Wohnungslosen wollen; und die allermeisten können es auch, wenn sie ausreichende Unterstützung bekommen (Busch-Geertsema 2002a). „Housing“ in diesem Kontext meint eine abgeschlossene Privatwohnung und hat eine grundsätzlich andere Qualität als vorübergehende Unterbringung und diverse Sonderwohnformen, aber in unterschiedlichen Ländern variieren die Standards hier erheblich.

Auch in den USA herrscht ein sehr unterschiedliches Verständnis davon, was „*Housing First*“ in Bezug auf das Wohnen bedeuten soll. Beispiele dort reichen von eingestreuten Apartments bei Privatvermietern mit Auswahlmöglichkeit zwischen bis zu drei Angeboten für Klient(inn)en (Pathways to Housing, New York) bis hin zu einem Hotel mit 180 „Wohneinheiten“ und geringen Wahlmöglichkeiten (DESC, Seattle, vgl. U.S. Department of Housing and Urban Development 2007).

„*Housing First*“ ist kein geschützter Begriff, aber es dürfte klar sein, dass wohnheimartige Angebote in Europa nicht als „*Housing-First*“-Ansatz verstanden werden würden. Dennoch gibt es auch in Europa hinsichtlich der Wohnstandards, des Mietrechts und des Grundverständnisses von „normalem Wohnen“ eine hohe Varianz.

Die Pioniere des „Housing First“ Ansatzes in USA, die mit ihrem Programm „Pathways to Housing“ vorwiegend psychisch kranke Wohnungslose versorgen, legen besonderen Wert auf folgende Elemente bei der Wohnungsversorgung (Tsemberis 2010a und b):

- dezentrale Wohnungen in normaler Nachbarschaft
- nicht mehr als 20% der Wohnungen eines Blocks
- Wahlmöglichkeiten der Nutzer/-innen in Bezug auf Lage und Ausstattung der Wohnung
- kein „Betriebsbüro“ unmittelbar vor Ort
- Trennung von Wohnungsversorgung und persönlicher Hilfe

Bei anderen Angeboten (sowohl in USA als auch in Kanada und beispielsweise in Finnland) werden Wohnungen in deutlich höherer Konzentration und mit „Vor-Ort-Betreuung“ und „Pforte“ vermittelt, was Fragen hinsichtlich der „Normalität“ des Angebots aufwirft.<sup>6</sup>

6 So wurde etwa in Finnland ein Programm zur Eliminierung der Langzeitwohnungslosigkeit bis zum Jahr 2015 mit Verweis auf das „Housing First“ – Prinzip konzipiert.

Als elementare Bestandteile von „*Housing First*“ im Rahmen einer Normalisierungsstrategie sind neben den schon genannten Faktoren auch noch die folgenden Punkte von herausragender Bedeutung:

- Privatsphäre,
- abgeschlossener und abschließbarer Wohnraum,
- kein Zwang zur gemeinschaftlichen Nutzung von Küchen und sanitären Anlagen,
- mietrechtliche Sicherheit;
- Wohngemeinschaften sollten eher der Ausnahmefall sein und nur für diejenigen, die dies wirklich wünschen, verknüpft mit einem Mitspracherecht der Bewohner(innen) bei der Belegung.

Normales Wohnen kann „normal“ hinsichtlich der baulichen Bedingungen und des Mieterschutzes sein, aber „speziell“ hinsichtlich des Zugangs (Vorrang für Bedürftige) und einer „sozialen“ Vermietung und Verwaltung. Beispiele, wie das „*Pathways-to-Housing*“-Project in New York und weiteren US-amerikanischen Städten, aber auch „*Soziale Wohnraumbhilfen*“ in Belgien (de Decker 2002), Deutschland und anderswo zeigen, wie solche Ansätze praktisch auch dort umgesetzt werden können, wo die wünschenswerteste Lösung, nämlich die vorrangige Berücksichtigung von Wohnungslosen bei der Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen und Beständen im kommunalen Besitz, nicht funktioniert oder nicht ausreicht. Die Anmietung von Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt, die mit voller Mietsicherheit an Wohnungslose weitervermietet werden, sind in solchen Fällen ein erfolgversprechender Ansatz. Aber auch der Kauf von Wohnungen im Bestand der Eigentumswohnungen mit derselben Zielsetzung, wie er beispielsweise von der Y-Stiftung in Finnland in großem Umfang betrieben wird, ist eine Möglichkeit (vgl. Busch-Geertsema 2010c, S. 9 f., zu den genannten Beispielen siehe auch Busch-Geertsema 2001). In Deutschland haben auch einige Kooperationsverträge mit Wohnungsunternehmen gute Erfolge erzielt (vgl. Hacke et al 2005), wobei leider immer wieder zu beklagen ist, dass die Wohnungswirtschaft ihre eingegangenen Verpflichtungen bei solchen Verträgen (wie zum Beispiel in Hamburg und Bremen) nicht einhält.

Um normales Wohnen abzusichern, bedarf es auch ausreichender finanzieller Unterstützung (Wohngeld, Grundsicherung etc.) und eines wirksamen Mieterschutzes, in vielen Ländern Europas noch keineswegs selbstverständliche Voraussetzungen.

---

Nicht alle neu geschaffenen Wohnangebote entsprechen jedoch den wesentlichen Merkmalen von „*Housing First*“. Näheres dazu in Busch-Geertsema (2010c).

Der Zugang zu abgeschlossenem und gesichertem Wohnraum ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für Integration: erst in normalem Wohnraum klärt sich der konkrete Unterstützungsbedarf der ehemals Wohnungslosen. Betreute Wohngemeinschaften und „*Trainingswohnen*“ erinnern dagegen an das Schwimmen Lernen auf dem Trockenen, der Praxistest kommt in diesen Modellen immer erst, wenn die Wohnung wieder verlassen muss.

## Housing First und die Folgen für Sozial und Gesundheitsdienste

Wie zu Beginn schon angemerkt entspricht der „*Housing First*“ Ansatz bedeutsamen Trends in der Entwicklung sozialer und gesundheitlicher Dienste (Normalisierung, Individualisierung, Enthospitalisierung, Dezentralisierung, vgl. Scholz 2002<sup>7</sup>). Er ist nicht nur für Wohnungslose mit besonders gravierenden psychischen Problemen und Suchtproblematik geeignet (auf die er in den USA vielfach exklusiv abzielt), sondern lässt sich bei entsprechender Flexibilität bei den persönlichen Hilfen auch als Grundprinzip für den größten Teil der gesamten Wohnungsnotfallhilfe verstehen und implementieren.

„*Housing First*“ entspricht einem Paradigmenwechsel in der Wohnungsenhilfe, der europaweit bereits eingesetzt hat, aber noch lange nicht vollständig umgesetzt ist. Der Ansatz folgt dem Trend von ortszentrierten zu personenzentrierten Hilfen, vom Betreuten Wohnen zur persönlichen Hilfe in Wohnungen (Vgl. Edgar et al 2000). Es geht um den (weiteren) Abbau von Einrichtungen und Sonderwohnformen und um den Ausbau von Prävention und persönlichen Hilfen in Wohnungen.<sup>8</sup>

„*Housing First*“ verspricht bessere Resultate (aber keine Wunder!) selbst für Wohnungslose mit Suchtproblemen und psychischen Erkrankungen, aber nicht nur für diese:

---

7 Im Folgenden wird wiederholt auf die Erfahrungen des Bielefelder Projekts „Wohnung statt Heimplatz“ zurückgegriffen, die Joachim Scholz (2002) in einem Tagungsbeitrag eindrucksvoll beschrieben hat. Weitere Quellen sind die umfangreiche eigene Begleitforschung insbesondere zur Sozialen Wohnraumhilfe in Hannover (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1997 und Busch-Geertsema 2002) sowie das sehr aufschlussreiche und aktuelle Manual von Tsemberis (2010b) zur Umsetzung des „*Housing First*“-Ansatzes bei „*Pathways to Housing*“ in den USA.

8 Inwieweit solche Ziele in Deutschland vertreten und realisiert werden, kann einer bundesweiten Studie zum Stand der persönlichen Hilfen in Wohnungen im Rahmen des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“ entnommen werden, vgl. Busch-Geertsema/Evers (2004).

- Es gibt robuste Belege für eine höhere Wohnstabilität und Normalität und die Aufrechterhaltung des Wohnverhältnisses durch einen Großteil der Betroffenen. Aber das Ende der Wohnungslosigkeit bedeutet oftmals nicht das Ende von Armut und Arbeitslosigkeit (vgl. Tsemberis 2010, Busch-Geertsema 2005 und Fitzpatrick et al 2010).
- Auch für Wohnungslose mit Doppeldiagnose zeigen die Untersuchungsergebnisse mehr Wahlmöglichkeiten und höhere Lebensqualität; entgegen verbreiteten Befürchtungen wurden keine Erhöhung des Suchtmittelmissbrauchs und keine Verschlimmerung psychiatrischer Symptome registriert. Allerdings sind Erwartungen auf eine deutliche Verringerung des Suchtmittelgebrauchs bei einem weitgehend akzeptierenden und auf Schadensminimierung ausgerichteten Hilfeansatz mit Einschränkungen zu versehen.<sup>9</sup>
- Der akzeptierende Ansatz (Abstinenz wird engagiert gefördert, aber nicht gefordert und zur Voraussetzung für Unterstützung gemacht) trifft auch auf Kritik und den polemisierenden Vorwurf, aus „Housing First“ werde dadurch

9 Vgl. Pleace (2008) und Kertesz (2009) für Hinweise auf entsprechende Vorbehalte. Jüngst erschienene Studien aus den USA belegen jedoch, dass mittelfristig durchaus auch eine positive Entwicklung erreicht werden kann, wenn Personen mit häufigem Suchtmittelkonsum in normalen Wohnraum integriert werden. Eine aktuelle über 24 Monate reichende Verlaufsstudie in den USA, bei der ab dem Eintrittszeitpunkt in ein „Housing First“-Projekt die Wohnstabilität und das Ausmaß des Drogen- und Alkoholkonsums für zwei Gruppen – Personen mit bzw. ohne aktiven Drogen- oder Alkoholkonsum – verglichen wurden, weist nach zwei Jahren für beide Gruppen gleichwertige Erfolgsraten aus; bei Personen mit hochfrequentem Konsum stellte sich sogar ein leichter Rückgang des Konsums ein: „Dieser Befund stützt zunächst die Annahme, dass allein mit Wohnraumversorgung ein rückläufiger Suchtmittelkonsum herbeigeführt werden kann. Dabei sind jedoch die hohe Rückfallquote nach 30 Tagen und die Anzahl der Tage, an denen im Untersuchungszeitraum ein Konsum stattgefunden hat, zu berücksichtigen. Das bedeutet im Klartext: Eine stabile Wohnlage ist keine Entzugsbehandlung“ (Edens et al, 2011, S. 177, eigene Übersetzung). Die aktuelle Evaluierung eines großen Wohnintegrationsprojekts im schottischen Glasgow hat ebenfalls deutliche Anhaltspunkte dafür aufgezeigt, dass Drogen- und Alkoholprobleme zwar nicht verschwinden, aber immerhin abnehmen, wenn Problembetroffene aus Gemeinschaftsunterkünften und Asyl in normalen Wohnraum wechseln. Der exzessive Alkohol- und Drogenkonsum beruht eben vielfach auch darauf, dass die Betroffenen das Leben im Asyl auf diese Weise erträglicher machen wollten, während ihr „Bedarf“ in einem gewöhnlichen Wohnumfeld geringer ist (Fitzpatrick et al, 2010). Schließlich werden auch aus Finnland und aus Canada positive Effekte der Wohnintegration auf das Suchtverhalten von Langzeitwohnungslosen vermeldet (Luomanen, 2010, S. 37, Toronto Shelter, Support & Housing Administration 2007, S. 44 ff.).

„Bottle First“ (also der Vorrang der Flasche und des Alkohols). Fachleute aus der Suchtkrankenhilfe in Finnland haben beispielsweise kritisiert, hier werde eher „Betreutes Trinken“ als „Betreutes Wohnen“ realisiert (Busch-Geertsema 2010c, S. 17). Sie sehen ihren Ansatz, abstinentes Verhalten mit dem Bezug einer Wohnung zu belohnen, bedroht, müssen sich aber entgegenhalten lassen, dass ihr Ansatz nur selten wirklich von Erfolg gekrönt war.

Das wesentliche Ziel von „Housing First“ ist ein hohes Maß an Normalität und Autonomie für die betroffenen ehemals Wohnungslosen und stabile Wohnverhältnisse. Die Erwartungen an Integrationserfolge sollten ehrgeizig sein, bei Menschen mit schwerwiegenden Problemen und langjährigen Erfahrungen mit der Wohnungslosigkeit dürfen sie aber auch nicht zu hoch angesetzt werden. „Relative Integration“ ist in diesen Fällen ein realistischeres Ziel, als Wohnungslose „gesund, reich und glücklich“ zu machen (Busch-Geertsema 2005).<sup>10</sup>

„Housing First“ stellt Dienste und Finanzierungsträger vor neue Herausforderungen. Für einen (kleinen) Teil der ehemals Wohnungslosen müssen intensive und multidimensionale Hilfen auch als ambulante Hilfen und über längere Dauer finanziert werden (Assertive Community Treatment-Teams in USA, in Europa häufig intensives Casemanagement und Kooperation mit unterschiedlichen Spezialdiensten, insbesondere auch mit Gemeindepsychiatrie und anderen Gesundheitsdiensten).

Es muss aber auch deutlich unterstrichen werden, dass keinesfalls alle Wohnungslosen derart intensive und lang anhaltende Unterstützungsbedarfe haben. Deshalb ist mehr Flexibilität bei Intensität und Dauer der persönlichen Hilfe erforderlich und eine genaue Bedarfsbemessung (Assessment) ist unabdingbar, auch um einer Überversorgung mit hohen Kostenfolgen entgegenzuwirken.

Erfahrungsberichte über die aufsuchende Sozialarbeit in Wohnungen mit Mietvertrag zeigen, wie sich dabei das „Machtverhältnis“ zugunsten der ehemals Wohnungslosen verschiebt. Das erfordert auch einen Abschied von der „Bequemlichkeit der Macht“, die die Sozialarbeit in der Wohnungslosenhilfe aufgrund der schwachen Rechtsstellung der Wohnungslosen in Unterkünften und Sonderwohnformen bislang immer noch ausüben kann. Die Präferenzen der (ehemals) Wohnungslosen nehmen im „Housing First“ – Ansatz deutlich größeren Raum ein: bei den individuellen Zielsetzungen, dem Pfad und der Geschwindigkeit zur Regeneration und,

10 Tsemberis (2010a, S. 52): „Housing First (...) may end homelessness but do not cure psychiatric disability, addiction or poverty. These programs (...) help individuals graduate from the trauma of homelessness into the normal everyday misery of extreme poverty, stigma and unemployment.“

wenn irgend möglich, auch bei der Auswahl und Einrichtung der Wohnung. Die „Schlüsselgewalt“ liegt bei den ehemals Wohnungslosen, mit denen jedoch durchaus eine Verpflichtung zum regelmäßigen Kontakt vereinbart werden kann (weitere Interventionen sind dann aber weitgehend von den Zielsetzungen und Präferenzen der Nutzer/-innen abhängig).

Motivationsarbeit nimmt in diesem Unterstützungssetting der Begleitung in eigenem Wohnraum einen ganz anderen Stellenwert ein: Die Dienste müssen um Mitarbeit werben, überzeugende Angebote machen und immer wieder ihren Nutzen verdeutlichen. Sie müssen bereit sein, Wahlmöglichkeiten für Klientinnen und Klienten zu erschließen und offen zu halten. Die Autonomie der Klientel möglichst weitgehend zu respektieren erfordert ein hohes Maß an Selbstreflexion und den Verzicht auf „gut gemeinte“ Interventionen ohne Zustimmung der Nutzerinnen und Nutzer. Rückfälle sind einzukalkulieren: flexible Hilfen in einem „Housing First“-Angebot ermöglichen die Fortsetzung der Begleitung auch nach Verlust der Wohnung (oder bei vorübergehendem Klinik- oder Gefängnisaufenthalt) und ggf. die Unterstützung bei der Beschaffung einer neuen Wohnung („second chance“). Schließlich kommt der Unterstützung bei der Überwindung von Langeweile, sozialer Isolation und Erwerbslosigkeit eine eminent hohe Bedeutung zu.

Wenn die Reintegration ehemals Wohnungsloser in Wohnungen optimal unterstützt werden soll, sollte neben sozialpädagogischen (und ggf. medizinischen) Fachkräften auch hauswirtschaftliche Unterstützung, das Angebot der Geldverwaltung, Vermittlung von Schuldnerberatung und Beschäftigungsförderung und „Peer Support“ durch ehemals Betroffene verfügbar sein. Der Hilfeansatz setzt einen starken Akzent auf Gehstruktur und aufsuchende Hilfen und erfordert hohes Engagement und gute Planung. Die erforderliche Mobilität stellt auch spezifische Ansprüche an die Ausstattung (Fahrzeuge, Mobiltelefone, mobile Datenaufzeichnung etc.) und verändert die Gewichte von Einzel- und Teamarbeit.

Besonders positiv bei dieser Art der Sozialarbeit ist, dass die Probleme, die bearbeitet werden, oft viel „realistischer“ sind, als bei der Unterbringung von Wohnungslosen in stationärer Unterbringung oder in „category housing“. Es geht weniger um die Durchsetzung der Heimordnung oder die Regulierung von typischen Milieukonflikten in der zwangsgemeinschaftlichen Unterbringung, sondern gegebenenfalls um Probleme mit der Nachbarschaft in den anderen Wohnungen des Hauses und der umliegenden Häuser, um die Einhaltung der Hausordnung, die Erschließung der Infrastruktur in der Wohnumgebung, kurz um das Zurechtfinden in der „Normalität des Wohnens“ und eine weitergehende Integration in die Gesellschaft (Aufbau sozialer Beziehungen

außerhalb des Milieus, Erschließung finanzieller Handlungsspielräume, sinnvoller Beschäftigung etc.). Dabei kann deutlich besser an vorhandene Kompetenzen angeknüpft und die Eigenverantwortung gestärkt werden.

### Fazit: „Housing First“ ist machbar, „Wohnen Plus“ ist eine Strategie mit Zukunft

Stufensysteme sind problematisch und führen häufig zu nicht-intendierten negativen Effekten. „Housing First“ ist ein vielversprechender Ansatz, um Wohnungslosigkeit zu verringern anstatt weiter Wohnungslosigkeit zu verwalten. „Housing First“ heißt nicht „Housing Only“; flexible und pro-aktive aufsuchende Hilfen sind wichtige Elemente zur nachhaltigen Reintegration von Wohnungslosen mit entsprechendem Hilfebedarf in normales Wohnen und zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Zugang zu normalem Wohnraum und zu bedarfsgerechten Hilfen sind die Grundvoraussetzungen für eine wirksame Reduzierung von Wohnungslosigkeit. „Wohnen Plus“ ist eine Strategie mit Zukunft!

### Literatur

- Atherton, Iain/McNaughton Nicholls, Carol (2008) 'Housing First' as a Means of Addressing Multiple Needs and Homelessness. *European Journal of Homelessness*, Vol 2, S. 289–303
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 1998: Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen, Werkstatt: Praxis Nr. 3 (Autoren: Schuler-Wallner, Gisela/Mühlich-Klinger, Ilona/Greif, Rainer), Bonn: Selbstverlag des BBR
- Busch-Geertsema, Volker 2001: *Wohnungslosenpolitik in anderen EU-Ländern. Übertragbarkeit von Konzepten und Maßnahmen auf Deutschland*, Bielefeld
- 2002a: When homeless people are allowed to decide by themselves. Rehousing homeless people in Germany. *European Journal of Social Work* 5 (1), 2002, S. 15–19
  - 2002b: *Rehousing homeless people. The case of Soziale Wohnraumhilfe Hanover. A basic analytical evaluation and a follow-up-study of tenants and ex-tenants*. Working paper for the EUROHOME-IMPACT project, Bremen. Download: <http://www.iccr-international.org/impact/docs/deliverable7.pdf>
  - 2005: Does rehousing lead to reintegration? Follow-up studies of re-housed homeless people, in: *INNOVATION – The European Journal of Social Science Research*, 18(2), 2005, S. 205–226
  - 2010a: Expertise zur European Consensus Conference on Homelessness, zur Frage „Are Housing led policy approaches the most effective methods of preventing and tackling homelessness?“, download unter <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6357&langId=en>

- 2010b: *The Finnish National Programme to reduce long-term homelessness* (Discussion Paper for European Peer Review), OESB, Wien. Download: [http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2010/the-finnish-national-programme-to-reduce-long-term-homelessness/discussion\\_paper\\_fi10/download](http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2010/the-finnish-national-programme-to-reduce-long-term-homelessness/discussion_paper_fi10/download)
  - 2010c: *The Finnish National Programme to reduce long-term homelessness* (Synthesis Report for European Peer Review), OESB, Wien. Download: <http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2010/the-finnish-national-programme-to-reduce-long-term-homelessness/synthesis-report-peer-review-finland-the-finnish-national-programme-to-reduce-long-term-homelessness/download>
- Busch-Geertsema, Volker; Evers, Jürgen 2004: *Auf dem Weg zur Normalität. Bestandaufnahme der persönlichen Hilfen in Wohnungen im Bereich der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Untersuchung im Rahmen des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“, Teilprojekt „Grundlagen für eine Politik zur Verbesserung des Hilfesystems in Wohnungsnotfällen“, Bremen (GISS), download: [http://www.giss-ev.de/pdf/GISSPersoenlicheHilfen11\\_2004.pdf](http://www.giss-ev.de/pdf/GISSPersoenlicheHilfen11_2004.pdf)*
- Busch-Geertsema, Volker; Ruhstrat, Ekke-Ulf 1997: *Wohnungsbau für Wohnungslose – Modellprojekte zur dauerhaften Reintegration von Wohnungslosen in die Normalwohnraumversorgung. Zwei Studien der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung Bremen (GISS), die im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen“ des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau erstellt wurden, Bielefeld 1997*
- Busch-Geertsema, Volker; Sahlin, Ingrid 2007: The Role of Hostels and Temporary Accommodation. in: *European Journal of Homelessness*, Volume 1, S. 67–93
- Busch-Geertsema, Volker; Schuler-Wallner, Gisela 2005: Wohnung normal – alles normal?, in: Specht-Kittler, Thomas (Hrsg.) *Modernisierung des Sozialstaats – Modernisierung der sozialen Ausgrenzung?* (Heft 57 – Reihe Materialien zur Wohnungslosenhilfe), Bielefeld, BAG Wohnungslosenhilfe e.V., S. 80–100
- Dane, Katherine 1998: *Making it Last. Report into Tenancy Outcomes for Rough Sleepers*. Housing Services Agency, London
- De Decker, Pascal 2002: On the Genesis of Social Rental Agencies in Belgium, *Urban Studies*, Vol. 39, No. 2, S. 297-326
- Edens, Ellen Lockard; Mares, Alvin S.; Tsai, Jack; Rosenheck, Robert A. 2011: Does active substance use at housing entry impair outcomes in supported housing for chronically homeless persons? *Psychiatric Services*, Vol. 62, No. 2, pp. 171-178.
- Edgar, William; Doherty, Joe; Mina-Coull, Amy 2000: *Support and Housing in Europe*. The Policy Press, Bristol
- Fitzpatrick, Suzanne; Bretherton, Jo; Jones, Anwen; Pleace, Nicholas; Quilgars, Deborah 2010) *The Glasgow Hostel Closure and Re-provisioning Programme: Final Report on the Findings from a Longitudinal Evaluation*. Centre for Housing Policy, York. Download: <http://www.york.ac.uk/inst/chp/Projects/glasgowhostels.htm>
- Hacke, Ulrike; Mühlich-Klinger, Ilona; Schuler-Wallner, Gisela 2005: Kooperative Vorgehensweisen zur Versorgung von Haushalten mit besonderen Zugangsproble-

- men am Wohnungsmarkt (Teiluntersuchung II der Institut Wohnen und Umwelt GmbH im Forschungsverbund „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“), Darmstadt. Download: [http://www.bagw.de/forschung/\\_pdf/Teilabschlussbericht\\_II\\_IWU.pdf](http://www.bagw.de/forschung/_pdf/Teilabschlussbericht_II_IWU.pdf)
- Hansen Löfstrand, Cecilia 2010: Reforming the Work to Combat Long-Term Homelessness in Sweden. *Acta Sociologica* 2010; 53; S. 19–34
- Johnsen, Sarah; Teixeira, Ligia 2010: *Staircases, Elevators and Cycles of Change: Housing First and Other Housing Models for People with Complex Support Needs*. Crisis, London
- Kertesz, Stefan G.; Crouch, Kimberly; Milby, Jesse B.; Cusimano, Robert E.; Schuhmacher, Joseph E. 2009: Housing First for Homeless Persons with Active Addiction: Are We Overreaching?, in: *The Milbank Quarterly*, Volume 87, Number 2, June 2009, S. 495–534
- Luomanen, Riikka 2010: *Long term homelessness reduction programme 2008-2011*. Background report (Helsinki: Ministry of the Environment): [http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2010/the-finnish-national-programme-to-reduce-long-term-homelessness/host-country-report\\_fi10/download](http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2010/the-finnish-national-programme-to-reduce-long-term-homelessness/host-country-report_fi10/download)
- Padgett, Deborah K.; Gulcur, Leyla; Tsemberis, Sam 2006: Housing First Services for People Who Are Homeless With Co-Occurring Serious Mental Illness and Substance Abuse. *Research on Social Work Practice* 16, 1, S. 74-83
- Pleace, Nicholas 2008: *Effective Services for Substance Misuse and Homelessness in Scotland: Evidence from an international review*, Scottish Government: Edinburgh
- Sahlin, Ingrid 1998: *The Staircase of Transition, National Report 1997 for the European Observatory on Homelessness*. Feantsa, Brüssel
- 2005: The Staircase of Transition: Survival through Failure, *Innovation – The European Journal of Social Science Research* 18 (2) S.115–135
- Scholz, Joachim 2002: Wohnung statt Heimplatz – von der faktischen Auflösung einer traditionellen Arbeiterkolonie, in: Berthold, M. (Hg.) *Wohnungslosenhilfe: Verbindlich verbunden! Kooperationen – Verbundsysteme – Bündnisse*. Bielefeld
- Stephens, Mark; Fitzpatrick, Suzanne; Elsinga, Marja; van Steen, Guido; Chzhen, Yekaterina 2010: *Study on Housing Exclusion: Welfare Policies, Housing Provision and Labour Markets*. Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Brüssel. Download: <http://www.york.ac.uk/inst/chp/publications/PDF/EUExclusion/HOUSING%20EXCLUSION%2026%20May%202010.pdf>
- Toronto Shelter, Support & Housing Administration (2007) *What Housing First Means for People: Results of Streets to Homes 2007 Post-Occupancy Research*. Toronto Shelter, Support & Housing Administration, Toronto
- Tsemberis, Sam 2010a: Housing First: Ending Homelessness, Promoting Recovery and Reducing Costs, in: Gould Ellen, Ingrid; O’Flaherty, Brendan (eds.) *How to House the Homeless*. Russell Sage Foundation, New York
- 2010b: *Housing First. The Pathways Model to End Homelessness for People with Mental Illness and Addiction*. Hazelden, Center City, Minnesota: Hazelden

- Tsemberis, Sam; Asmussen, Sara 1999: From streets to homes: The pathways to housing consumer preference supported housing model. *Alcoholism Treatment Quarterly* 17, 12, pp. 113-131.
- Tsemberis, Sam; Gulcur, Leyla; Nakae, Maria 2004: Housing First, Consumer Choice, and Harm Reduction for Individuals Who Are Homeless with Dual Diagnoses: A 24 Month Clinical Trial. *American Journal of Public Health*, 94, 4, 651-656
- US Department of Housing and Urban Development (Hg.), 2007: *The Applicability of Housing First Models. Persons with Serious Mental Illness*, Washington DC

Werbung

*Dr. Volker Busch-Geertsema – Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS), Bremen und Koordinator des European Observatory on Homelessness, volker@busch-geertsema.eu*

Foto

Frank Düchting

**Eigentum verpflichtet ...**  
**Wohneigentum und soziales Engagement in benachteiligten**  
**Stadtteilen. Ein Gespräch mit Leo Penta über Erfahrungen**  
**aus US- amerikanischen Organizingprojekten**

Kleine, eingeschossige Häuser säumen heute die langen Straßen in Brownsville, einem Stadtteil von Brooklyn. Jedes Haus hat einen kleinen Vorgarten und den üblichen amerikanischen Autostellplatz. Alles wirkt sauber, friedlich und gut organisiert. Kaum zu glauben, dass es in diesem Teil der Glitzermetropole New York Anfang der 1980er eher wie nach einem Bombenangriff aussah, als nach einem Wohnviertel. Ausgebrannte oder leerstehende Häuser, Ruinen, mit Unkraut überwucherte Freiflächen säumten die kaputten Straßen. Wenige Menschen war auf den Straßen zu sehen, obwohl schon damals mehr als 300.000 Leute hier lebten. Kaum Geschäfte, keine Praxen oder Gewerbebetriebe, nicht einmal Spielhallen oder einen Drugstore gab es. Die Drugs allerdings wurden auf der Straße gehandelt, so ziemlich die einzige noch existierende Ökonomie in diesem Viertel. Wurde mal wieder eine der üblichen Schießereien gemeldet, rückte die Polizei nachts gar nicht mehr an. Nur die Feuerwehr versuchte noch die Brände zu löschen, die meist absichtlich gelegt worden waren, um die Versicherungsprämie zu kassieren. Die meisten Menschen lebten in den großen kommunalen Wohnblocks aus rot-braunen Klinkern, auch sie heruntergekommen, wie dieser ganze Teil von Brooklyn.

Heute wohnen rund 3000 Familien in den kleinen, soliden und modernen Häusern, in den Nehemiah-Homes, benannt nach einem Propheten des Alten Testaments, der den Menschen riet, das zerstörte Jerusalem wieder aufzubauen. Sie alle sind arm oder besser arbeitend-arm, denn sie haben meist mehrere schlecht bezahlte Jobs, mit denen sie ihre Familien über Wasser halten. Aber sie sind stolze Hausbesitzer, pflegen ihren Vorgarten, waschen ihr Autos und nehmen aktiv an

den Bewohnerversammlungen teil, in denen die alltäglichen Fragen des Zusammenlebens geregelt werden.

**Damals ein Slum, heute ein solider Arbeiterstadtteil. Damals zog fort wer immer konnte, heute sind die Häuser in dieser Gegend so gefragt, dass die Neubauten per Lotterie vergeben werden.**

Anfang der 80er waren es die Priester und Pastoren/-innen, die ihre unterschiedlichen Kirchengemeinden zusammenschlossen, um dem Niedergang von Brownsville und East New York entgegenzutreten. Community Organizing war angesagt, ein radikaler, politischer Ansatz, der in der Tradition von Saul Alinsky seit den 30er Jahren in den USA erprobt und weiterentwickelt worden war. Mit Hilfe der Fachleute der auf Alinsky zurückgehenden Industrial Areas Foundation schufen sie ein Netz von Beziehungen unter den Bürgerinnen und Bürgern und bauten verlässliche Kontakte zwischen den Gemeinden auf. Community Organizing arbeitet grundsätzlich ohne öffentliche Gelder und ohne bezahlte Sozialprofis, dafür aber mit der Kraft der Menschen, die sich langfristig engagieren wollen. Diese Kraft

fällt nicht vom Himmel, lässt sich nicht erstreiken oder durch Bundesprogramme finanzieren. Diese Kraft erwächst aus jahrelanger mühevoller Kleinarbeit, aus direkten Kontakten, aus vielen Treffen in der Nachbarschaft. Irgendwann ist ein belastbares Netz zwischen den Menschen geknüpft, die häufig einer Kirchengemeinde angehören, meist die einzig verbliebenen Organisationen in einem Viertel wie Brownsville, vielleicht auch, weil Glaube, Hoffnung und Kraft gut zusammen passen.

Aus anfänglich 22 Gemeinden, später dann bis zu 50 Organisationen, entstand die East Brooklyn Congregation, EBC. Aus den vielen Bürgerversammlung ging eindeutig hervor, dass die Wohnsituation das Hauptproblem des Quartiers war. Ein Plan wurde mit viel öffentlichem Druck umgesetzt: neue, einfache aber solide Fertighäuser auf öffentlichem Grund zu errichten. Die Stadt stellte den Boden für einen symbolischen Dollar bereit, der im Prinzip wertlos geworden war und vergab zudem vergleichsweise relativ geringe Fördermittel, teils als Zuschuss für die Anzahlung (ca. \$2000), teils als zinslose Zweihypothek (\$10.000 bis \$15.000), die auch als Mittel gegen Spekulation fungierte, und teils als einem sich mit der Zeit verringenden Nachlass der Bodensteuern.<sup>1</sup> So wurden dann 1986 die ersten

1 Da die Zweihypothek bei einem Weiterkauf sofort zurückbezahlt werden müsste, konnten nur außerordentlich hohe Wertsteigerungen zu einem Gewinn für den Verkäufer führen. In der Praxis wurden nur ein kleiner Prozentsatz der Häuser von ihren Erstbesitzern veräußert.

Häuser für 48.000\$ an Familien verkauft, die mit ihrem Einkommen von weniger als 26.000\$ nie als Hauseigentümer in New York in Frage kämen. Unter anderem war es ein Weg für ehemalige Mieter aus Sozialwohnbauten, sich Wohneigentum zu einer monatlichen Rate zu leisten, die um oder gar unterhalb des Niveaus ihrer früheren Miete lag. Die Stadt zog nach und kümmerte sich, immer angetrieben durch den Druck der Bewohner/-innen, um die Infrastruktur: vor allem öffentliche Einrichtungen, z.B. Schulen, Parks und Sportplätze. Keine Mietwohnungen, keine Genossenschaftsanteile, keine Stiftungen, sondern Eigentumshäuser wurden von Menschen bezogen, die das nie für möglich gehalten hätten. Bis heute sind 2900 Häuser in Brooklyn und weitere 1000 in der South Bronx errichtet worden. Auch in Philadelphia, Baltimore und Washington entstanden Projekte nach diesem Vorbild. Das Design der Häuser hat sich heute weiterentwickelt, sie sind größer und viele haben eine separate Mietwohnung, um Einkommen für den Eigentümer abzuwerfen. Und sie werden auf dem alten Wertgelände in Brooklyn produziert, dort wo früher die Arbeitsplätze waren, die den Menschen Arbeit und Einkommen verschafften. Das Wichtigste an diesem gesamten Prozess war aus der Sicht der Initiatoren aber nicht der Häuserbau. Das Wichtigste war die Stabilisierung des Viertels, die Entwicklung einer funktionierenden Nachbarschaft. Eigentum, so die hier bestätigte These, heilt kaputte Wohnviertel dann, wenn die Menschen das Eigentum als Aufgabe betrachten und nicht nur und alleine für sich sehen. Das ist in East New York und Brownsville gelungen und hat seit dem weitere Kreise gezogen.

Leo Penta war damals Kaplan in einer katholischen Kirchengemeinde in Brooklyn und hat den gesamten Prozess mit erlebt und mit gestaltet<sup>2</sup>. Seit Ende der 1990er Jahre ist er Professor für Gemeinwesenarbeit und -ökonomie an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin. Seitdem arbeitet er mit viel Erfolg daran, Community Organizing auch in Deutschland zu etablieren. 2006 wurde das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) gegründet, das heute drei Bürgerplattformen in Berlin und Hamburg begleitet und weitere in Deutschland aufbaut<sup>3</sup>.

*Frank Düchting: Nehemiah-Homes entstanden aus der Not in einem verwüsteten Gebiet. Die Menschen brauchten dringend gute, anständige Wohnungen, konnten*

2 L. Penta: Von der Ohnmacht zur Hoffnung in: L. Penta: Community Organizing, Menschen verändern ihre Stadt, Hamburg 2007

3 [www.dico-berlin.org](http://www.dico-berlin.org)

*sie sich aber nicht leisten. Wie lange hat es gedauert und was musste geschehen, um eine tragfähige Plattform in Brooklyn aufzubauen, die den nötigen Druck zum Bau dieser Häuser erzeugen konnte?*

Leo Penta: Diese Frage ist wichtig, weil Nehemiah keineswegs als alleinstehendes Thema zu sehen ist. Erst mit der Entwicklung der Bürgerplattform „East Brooklyn Churches“ in den Jahren 1978 bis 1980 wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das große Thema „Wiederaufbau mit bezahlbarem Wohneigentum“ etwa 3 Jahre später mit Erfolgsaussichten in Angriff nehmen zu können. Zuerst war es wichtig, überhaupt einen handlungsfähigen Zusammenschluss der zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort zu „stricken“, wenn ich es so formulieren darf. Dies bedeutete sehr viel Beziehungsarbeit über die bestehenden Trennlinien hinaus, etwa von Ethnie, Herkunft, Glaubenszugehörigkeit und Milieu, um eine neue und unabhängige Plattform ins Leben zu rufen. Ohne die Begleitung der Industrial Areas Foundation und die beständige Arbeit einiger Vorreiter wären die 50 Mitgliedsgruppen der Plattform nie zusammengekommen. Nach ihrer Gründung hat sich die Plattform anhand einiger kleinerer Themen wie Missstände in lokalen Supermärkten, den Abriss von Bauruinen und die Wiederherstellung der Straßenbeschilderung erste Erfolge und Erfahrung gesichert. Dadurch hat sich die Plattform als eine ernst zu nehmende Mitgestalterin des lokalen Gemeinwesens etabliert.

*Frank Düchting: Neben dem Wohnungsproblem gab es viele andere in diesem Viertel: Lebensmittelversorgung, Gesundheitswesen, Schulen, Nahverkehr. Warum habt ihr mit dem vielleicht schwierigsten angefangen, mit dem Bauen von Häusern. Man hätte doch auch versuchen können, dass die Stadt, der Staat diese Aufgabe als Teil der öffentlichen Infrastruktur übernehmen könnte.*

Leo Penta: Der Wiederaufbau des Viertels war nicht das erste Thema überhaupt, war aber, nachdem sich die Plattform etablierte, sicher das dringlichste. Damals glichen die Stadtteile East New York und Brownsville einem zerbombten Kriegsgebiet – mit einzelnen unbewohnbaren Häusern umgeben von offenen, mit Bauschutt gestreuten Flächen. Allein die Hochhaustürme der Sozialwohnbauten und die öffentlichen Gebäude wie Schulen und Polizeireviere bildeten Oasen in der öden Landschaft. Die Stadt New York, gerade knapp dem Bankrott entkommen, war weder willens noch in der Lage etwas dagegen zu unternehmen. Sie fuhr eine Politik des Gesundshrumpfens, auf bessere Tage und eventuelle Grundstücksspekulanten wartend. In der Tat wurde in der Plattform diskutiert, ob man die Stadt zum eigenen Bauen drängen sollte. Die allgemeine politische Lage und die Unzulänglichkeit bisheriger Versuche (zu wenig, zu

teuer, zu verfilzt) sprachen dagegen. Dann meldete sich öffentlich I.D. Robbins, ein Lokalpatriot und erfahrener Bauherr, zu Wort. Er lieferte ein tragfähiges und wirtschaftliches Konzept – den Bau von Einfamilienreihenhäusern mit kleinem Hintergarten und Autostellplatz in Modulbauweise und in großer Zahl zum Eigenbesitz. Verblüffend ähnlich waren die Vorstellungen vieler Mitglieder der Bürgerplattform. Nur fehlten Robbins das Baukapital, die Grundstücke und vor allem das politische Durchsetzungsvermögen, um seinen Plan umzusetzen. Hier ging die Plattform ans Werk. Sie hat mehrere kirchliche Körperschaften (z.B. Lutheran Church Missouri Synod, Katholisches Bistum Brooklyn, Anglikanischer Hilfsfonds) überzeugt, ein zinsloses Darlehen von 12 Millionen Dollar für fünf Jahre als Baukapital bereitzustellen. Mit dem gesicherten Baukapital und dessen Stifter als Verbündeten im Rücken errang die Plattform die notwendige Teilnahme der Stadt in Bezug auf das Bauland und auf die finanzielle Unterstützung, auch wenn große Skepsis bei der Politik zu spüren war. Ferner gelang es der Plattform, vergünstigte Hypotheken-Konditionen für die Käufer über ein Programm des Bundesstaates auszuhandeln. Damit konnte I.D. Robbins als „Bauherr“ mit der Umsetzung beginnen.

*Frank Düchting: Von heute aus gesehen klingt alles so einfach. Aber es ist genau genommen unvorstellbar, was dort geleistet wurde. Wie habt ihr es geschafft, der Stadt diese Zugeständnisse abzurufen? Wäre es für das Rathaus nicht einfacher gewesen, dieses ganze Gebiet aufzugeben. Und war das vielleicht auch der Grund für das Entgegenkommen der Stadt, nach dem Motto: lass sie mal machen. Wenn sie was Besseres als den gegenwärtigen Zustand hinbekommen, ist schon was gewonnen. Der Grund und Boden war ja im Prinzip wertlos für die Stadt.*

Leo Penta: Wie bei allen politischen Entscheidungen genügt nicht allein eine gute Idee und gute Argumente dafür. Zum damaligen Zeitpunkt war die Stadt zuerst weder willens noch in der Lage mehr Wohnmöglichkeiten jedweder Art zu schaffen. Es galt noch die Politik des Gesundshrumpfens in New York. Längerfristig spekulierten viele Politiker wahrscheinlich darauf, dass private Investoren einsteigen würden, sobald sich die Grundbedingungen zu ihren Gunsten geändert hätten: der totale Zusammenbruch der Stadtteile und die Vertreibung der noch überwiegend einkommensschwachen ethnischen Minderheiten. In der Tat wollte die Stadt das Vorhaben immer klein halten („einige Häuser als Pilotprojekt vielleicht“), während die Plattform sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus soziopolitischen Gründen auf einer „kritischen Masse“ von 1000 Häusern in enger Nachbarschaft insistiert hatte. Um den Krebs des ständigen Verfalls zu stoppen und eine lebenswerte und entwicklungsfähige Umgebung

zu schaffen, brauchte man einen stabilen Kern von neuen Häusern. Zudem war es preiswerter ganze Häuserzeilen zu bauen, statt Lücken zwischen bereits bestehenden Bauten zu schließen. Preis sowie die Gewährleistung eines stabilen und sicheren Wohnumfeldes waren hier wichtige Erfolgsfaktoren. Bei allem Idealismus und Gerechtigkeitssinn spielte zudem eine genaue Analyse des potenziellen Marktes eine große Rolle. Nehemiah zielte auf Käufer, die, obwohl sie sich finanziell besserten, durch die parallel zum Einkommen steigenden Mieten in den Sozialwohnbauten aus dem Eigentumsmarkt ausgeschlossen waren. Unter den herrschenden demografischen Bedingungen waren das aber überwiegend schwarze und hispanische Familien, die Gruppen, die in der Bürgerplattform vertreten waren und sind. Es waren eben Menschen aus diesen Gruppen, denen die Mehrheitsgesellschaft wenig zutraute, die in hunderten von kleinen und größeren Aktionen das Vorhaben vorangetrieben haben. Immer wieder haben sie die Entscheidungsträger und die Verwaltungskräfte in die Verantwortung genommen und den öffentlichen Druck aufrechterhalten. Dies geschah weniger „im deutschen Stil“ auf der Straße, sondern überwiegend in gut vorbereiteten Verhandlungen und öffentlichen „accountability actions“, um Vereinbarungen und Versprechen der zuständigen Entscheidungsträger öffentlich abzusichern.

*Frank Düchting: Ein Grundsatz des Community Organizing heißt ja: tue nie etwas für Andere, das sie selbst tun könnten. Konntet ihr dieses Prinzip in diesem langjährigen Prozess durchhalten? Und wie ist es mit den öffentlichen Mitteln, von denen man ja, ebenfalls ein Grundsatz, nicht abhängig sein soll? Letztlich hat doch die Stadt ganz wesentlich dieses Projekt ermöglicht.*

Leo Penta: Um diese Frage richtig beantworten zu können, muss man einige Geldströme sauber auseinanderhalten. Die städtischen Unterstützungen gingen direkt, aber mit strengen Auflagen an die Käufer der Häuser, nicht an die Bürgerplattform oder deren Mitgliedsgruppen. Die Plattform finanzierte die im Vergleich weitaus geringeren Kosten ihrer eigenen Arbeit weiterhin aus Mitgliedsbeiträgen der Gruppen, zusammen mit der Unterstützung von gemeinnützigen Stiftungen. Das wirklich Bahnbrechende bei Nehemiah war, dass eine relativ große Summe Kapital (der Baufonds) zeitweise Menschen anvertraut wurde, die nach den allgemeinen Vorurteilen eben nicht als fähig angesehen wurden, überhaupt etwas für sich zu leisten, ganz davon zu schweigen, für das Gemeinwohl und für die Wirtschaft viel zu leisten. Mit dem 12 Millionen wurde in etwa fünf Jahren Wohneigentum im Wert von rund 75 Millionen Dollar geschaffen. Neben dem Bau der Häuser war dies das Bahnbrechende an Nehemiah. Über das zivilgesellschaftliche Instrument der Bürgerplattform haben Tausende von

bisher exkludierten Schwarzen und Hispanics ihren Stadtteil ja ihre Stadt entscheidend mitgestaltet.

*Frank Düchting: Das Nehemiah-Projekt hat zur Stabilisierung des Viertels beigetragen, hat überhaupt wieder einen lebenswerten Ort entstehen lassen. Wie wichtig ist dafür das Eigentum, gerade für Menschen, die zu den armen gerechnet werden müssen? Wäre das nicht auch mit bezahlbaren Mietwohnungen, mit Genossenschaften oder Stiftungswohnungen möglich gewesen? Verhalten sich Menschen anders und positiver zu ihrem Viertel, wenn sie im Eigentum leben?*

Leo Penta: Nehemiah war für viele Familien die Gelegenheit, zum ersten Mal im Leben Vermögen zu bilden. Damit eröffnen sich ihnen neue Möglichkeiten, vor allem in Bezug auf Kredite, die als Voraussetzung für eine Existenzgründung oder für den College-Besuch der Kinder in den USA gelten. Eigentum (ob individuell oder genossenschaftlich) ist eine sehr gute Möglichkeit um Vermögen zu bilden. Aber im eigenen Haus zu leben schafft auch ein anderes Verhältnis zur eigenen Immobilie, vor allem gegenüber einem Mietverhältnis, mit einem weitgehend anonymen, oft bürokratisierten und nicht vor Ort lebenden Vermieter (etwa einer Wohnungsgesellschaft, einer städtischen Behörde oder einem Großbesitzer, der über eine Hausverwaltung agiert). Das größte Problem entsteht in Mietwohnungsanlagen zudem nicht so sehr in den eigenen vier Wänden (die man in der Regel pflegt), sondern in den öffentlichen Bereichen der Miethäuser – in den Treppenhäuser, Korridoren, Aufzügen, Kellern und Vorplätzen, für die sich niemanden verantwortlich fühlt. Früher war diese Gegend in Brooklyn von einer Wohnstruktur geprägt, in der eine relativ kleine Anzahl von Mietparteien (ca. 5 bis 7) in einem vom Vermieter bewohnten Mietshaus lebten. Da gab es den direkten Kontakt zum Vermieter und zu den anderen Mietern im Haus. Eine informelle Hausgemeinschaft, die sich in der gemeinsamen Verantwortung für den Erhalt des Hauses fühlte, war die Regel. Gerade diese Struktur ist kollabiert als die Hausbesitzer in die Vororte gezogen sind und zu „absentee-landlords“, also selten gesehenen Mieteintreibern wurden. Etwa zur gleichen Zeit wurden von der Stadt die damals als sozialen Fortschritt gepriesenen Miethochhäuser gebaut und überwiegend mit auf Transferleistungen angewiesenen Mietern bevölkert. Das war aus heutiger Sicht ein großer Fehler. Ein Teil der Idee von Nehemiah war es, über Eigentum diesen Sinn für Verantwortung zu schaffen, zunächst für den eigenen Wohnraum. Man ist bemüht den Wert der eigenen Investition zu erhalten oder zu steigern. Dafür ist aber das Wohnumfeld ein wesentlicher Faktor. Deshalb hat die Plattform von Anfang an darauf geachtet, dass die Beziehungen zwischen den neuen Hauseigentümern

und den anderen Bewohnern im Quartier hergestellt und gepflegt wurden, damit sie auch ihr gemeinsame Interessen miteinander klären und in gemeinsames Handeln umsetzen können. Scharnier und „Kümmerer“ dafür ist die Bürgerplattform. Die Hauseigentümer (oder zumindest ein wesentlicher Teil) wurden so zu stakeholders in einer größeren Gemeinschaft. Unsere Erfahrung ist deshalb, dass Wohneigentum Stabilität sowohl für den Eigentümer als auch für den Stadtteil schafft. Menschen, die in ein Haus investiert haben, können nicht so leicht wegziehen. Zudem wird ein relativ hoher Anteil an Wohneigentum zum „Anker“ für das umliegende Wohnumfeld. Im Fall von Nehemiah war es ein Anker, der auch weitere private und öffentliche Investitionen zur Schaffung oder Sanierung von Immobilien zur Miete in unmittelbarer Nähe der Nehemiah Häuser anzog.<sup>4</sup> Im großen Zusammenhang geht es bei Nehemiah darum, den Besitz einer eigenen Immobilie mit dem Sinn für das lokale Gemeinwesen zu verbinden, nicht nur Häuser zu schaffen, sondern auch Heimat aus den Ruinen von East New York und Brownsville wieder entstehen zu lassen, also „Nehemiah Homes“, nicht bloß „Houses“.

*Frank Düchting: Wie ist es heute? Hat sich die Mentalität der Gemeinschaft erhalten, auch wenn es Eigentümerwechsel gegeben hat? Haben die Menschen nach wie vor ein Bewusstsein davon, dass solch ein Projekt permanente Mitarbeit erfordert und welche Beispiele für die Weiterentwicklung des Viertels gibt es noch?*

Leo Penta: Als Erstes muss man dazu anmerken: Die Fluktuation bei den Eigentümern ist sehr gering. Sie sind weitgehend mit ihrer Immobilie und mit ihrem Wohnumfeld zufrieden. Sie sehen auch die Möglichkeit, aufkommende Probleme im Stadtteil gemeinsam zu lösen. Wie bereits erwähnt, darf Nehemiah deshalb nicht unabhängig von der Bürgerplattform gedacht werden, aus der es hervorgegangen ist. Die Plattform organisierte Kurse für die neuen Hauseigentümer, damit sie ein Basiswissen über Instandhaltung und Management ihres neuen Hauses erhielten. Ferner müssen alle Käufer einer Immobilie der Assoziation beitreten, die die Hauseigentümer in der Bürgerplattform vertreten und dafür einen Mitgliedsbeitrag entrichten. Die Bürgerplattform arbeitet mit diesen neuen Mitgliedergruppen, um die Themen der Hausbesitzer mit den Themen der anderen Gruppen zusammenzuführen und neue Schlüsselpersonen aus deren Reihen zu

<sup>4</sup> Für eine quantitative Analyse der Auswirkungen der Nehemiah Homes vgl. Timothy Ross, *The Impact of Industrial Areas Foundation Organizing on East Brooklyn: A Study of East Brooklyn Congregations, 1978-1995*, Doktorarbeit, University of Maryland, College Park 1996..

finden und zu schulen. Daraus haben sich mit der Zeit immer neue Themen ergeben, die von der gesamten Bürgerplattform bearbeitet wurden. So ist z.B. kurz nach der Fertigstellung der ersten Häuser in Brownsville die Rettung einer von der Schließung bedrohter Grundschule möglich gewesen. Von den Eigentümer-Assoziationen kamen auch Impulse für neue Themen vor allem um öffentliche Sicherheit und Infrastruktur. Auch der Bau weiterer Häuser musste immer wieder gegenüber der Stadt thematisiert werden, etwa bei Regierungs- oder Verwaltungswechsel. Nehemiah ist keine Ausnahme, sondern die Bestätigung der Regel, das Organizing-Prozesse immer das Neu- und Umorganisieren bedeuten. Es gibt hier keinen zu erreichenden Entzustand, kein einmaliges Projekt, sondern einen permanenten Prozess, denn das Ziel bleibt im Mittelpunkt: die Menschen und ihre Beziehungen zu anderen, auch zu anderen Organisationen zu stärken.

*Frank Düchting: Dieses Projekt ist schon aufgrund der Ausgangslage nicht auf Deutschland übertragbar, jedenfalls nicht in Gänze. Dennoch die Frage: Was ist deiner Meinung nach aus dem Nehemiah-Home Projekt für uns hier zu lernen?*

Leo Penta: Ich würde daraus zwei Lehren ziehen. Die erste betrifft die Vorteile des Wohneigentums gerade für Menschen, die nicht zu den finanziell Starken der Gesellschaft zählen. Gerade für Menschen, die in der Gesellschaft Fuß fassen und Familien gründen wollen, bedeutet preiswertes Wohneigentum eine Investition in die eigene, sowie in die gemeinsame Zukunft, in Stabilität und Zusammenhalt. Eigentum, obgleich genossenschaftlich oder vereinzelt organisiert, trägt sehr viel zur Identifikation mit dem Wohnumfeld und zum Einsatz dafür bei. Natürlich sind auch hier Vereinzelungs- und Abwehrtendenzen (sog. NIMBY-Verhalten) nicht ganz auszuschließen, lassen sich aber aufgrund gemeinsamer Interessen und einem gewissen Zusammenhalt leichter aufweichen. Die zweite Lehre ist eine allgemein zivilgesellschaftliche: Eine gut organisierte und auch eigenständige lokale Zivilgesellschaft kann Erhebliches zur lokalen Entwicklung beitragen. Sie kann zuverlässige Partnerin für Staat und Wirtschaft sein, um kreative jedoch realisierbare Lösungen für dringliche Probleme zu finden. Gerade in diesem Punkt haben bereits die Bürgerplattformen in Deutschland wichtige Impulse gegeben. Diese beiden Lehren sind durchaus auch in Deutschland relevant und wegweisend.

*Prof. Dr. Leo Penta, Katholische Hochschule für Sozialwesen, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin  
E-mail: penta@khsb-berlin.de*

Foto

Peter Birke

## Im „Raum der Gegensätze“

Die Bedeutung der Auseinandersetzungen um Wohn- und Mietverhältnisse im Hamburger „Recht auf Stadt“-Netzwerk

*Der Text diskutiert einige der Ursachen für und Schwerpunkte in der Entstehung des „Recht auf Stadt“-Netzwerkes in Hamburg. Es wird gefragt, inwiefern es sich bei diesem „Netzwerk“ um eine „soziale Bewegung“ handelt und welche Rolle der Bezug auf den Stadt-Raum und insbesondere die Auseinandersetzungen um Wohnen und Mieten dort spielt. Der Autor hinterfragt schließlich die gängigen begrifflichen und praktischen Konnotationen des Begriffs „Gentrifizierung“ plädiert zugleich für eine Erweiterung des Begriffes „Recht auf Stadt“.*

*Was bedeutet die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“? Ist „Recht auf Stadt“ eine „neue soziale Bewegung“? Wenn ja, was ist daran neu? Und wenn nein, was ist es dann? Und welche Rolle spielt das Thema „Wohnen“ in diesem Zusammenhang? Diese Fragen sollen hier am Beispiel von Erfahrungen aus Hamburg diskutiert werden.*

## Nicht in unserem Namen

Seit 2009 hat das „Recht auf Stadt“-Netzwerk in Hamburg eine enorme Resonanz in der lokalen Öffentlichkeit hervorgerufen. Im Mittelpunkt standen dabei zunächst Konflikte um das Stadtmarketing, mit dem Hamburg sich als „kreativ“ und „ökologisch“ in der globalen Standortkonkurrenz positionierte (vgl. Twickel 2010). Anschließend an den Widerspruch zwischen den Versprechungen der Vermarktungsstrategien und den sozialen Realitäten, kam es zu Initiativen, die weithin und sogar über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus beachtet wurden. Dazu gehörten beispielsweise die Besetzung oder „Bespielung“ des Gängeviertels in der Hamburger Neustadt im August 2009 oder die Initiative „Not in our Name, Marke Hamburg“, die im Oktober 2009 eine viel beachtete grundsätzliche Kritik am „Unternehmen Hamburg“ formulierte.

Dabei war und ist „Bespielung“ des Gängeviertels ein wirklicher Einschnitt in der Hamburger Bewegungsgeschichte: anders als in den vergangenen Jahren war die Aktion nicht linksradikal konnotiert (vgl. ebd.: 82, Birke 2010: 148–150). Die BesetzerInnen legten sehr viel Wert auf einen „offenen Ort“ und setzten im Erhalt der zwölf Häuser vor allem auf Öffentlichkeitsarbeit, Kunstprojekte und eine Art „Charmeoffensive“. Unter dem schwarz-grünen Senat wurde das Viertel, das die Stadt schließlich von einem niederländischen Investor zurückkaufte, als Aushängeschild für eine „tolerante“, „metropolitane“ Politik (im Sinne des Konzeptes „Wachsen mit Weitsicht“) vorgezeigt. Unter der derzeitigen sozialdemokratischen Mehrheitsregierung deutet sich an, dass die Konflikte um die Forderung der NutzerInnen nach Selbstverwaltung zunehmen könnten. Immer war die Situation jedoch dadurch geprägt, dass seitdem ein rundes Dutzend weitere Besetzungen sofort von der Polizei geräumt wurden, zudem ist die „Rote Flora“ – ein autonomes Zentrum, das bereits seit 1989 existiert – derzeit stärker als in den vielen letzten Jahren durch eine Räumung bedroht.<sup>1</sup>

Darüber hinaus nahm, ebenfalls in den beiden vergangenen Jahren, der Protest gegen steigende Mieten und Wohnungsnot zu. Anlässlich der letzten große „Parade“ des Netzwerkes „Recht auf Stadt“ forderten rund 5.000 Menschen am 23. Oktober des vergangenen Jahres „Leerstand zu Wohnraum“. Hier richtete sich die Kritik vor allem gegen den nicht zuletzt durch den Bau des „Brauhausquartiers“ in St. Pauli sowie die verschiedenen Bauabschnitte der HafenCity rasant ansteigenden Leerstand von hochpreisigen Bürokomplexen.<sup>2</sup> Innerhalb des Netzwerkes „Recht auf Stadt“ setzt sich die „AG Mieten“ unter anderem kritisch mit der Politik der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA auseinander,<sup>3</sup> die nicht zuletzt aufgrund ihres regelmäßigen Beitrags zur Rettung des maroden Hamburger Haushalts nicht mehr im Sinne eines sozialen Ausgleichs, sondern als „Mietpreistreiber“ wirkt. Darüber hinaus haben sich – verstärkt seit 2011 – auch

1 In der Reihe MetroPOLE haben wir 2010 und 2011 unter anderem versucht, die Unterschiede dieser verschiedenen Situationen innerhalb der stadtpolitischen Bewegung in Hamburg diskutierbar zu machen, siehe die Tonaufnahme der Debatte „zwischen“ Roter Flora und Gängeviertel (mit einem Kommentar der Gruppe OpenHagen aus Kopenhagen): [<http://www.freie-radios.net/37866>] (alle Downloads 1. Juni 2011).

2 Vgl. [<http://www.rechtaufstadt.net/avanti-projekt-undogmatische-linke/ueber-5000-bei-demo-leerstand-zu-wohnraum>].

3 Vgl. die Kritik an der SAGA, die in der ersten Ausgabe der Zeitschrift „2 %“ formuliert wird, die von der „AG Mieten“ herausgegeben wird: [[http://www.rechtaufstadt.net/sites/default/files/u45/sagazeitung\\_01.pdf](http://www.rechtaufstadt.net/sites/default/files/u45/sagazeitung_01.pdf)].

MieterInneninitiativen in Quartieren etabliert, die sich gegen die Politik in privatisierten Wohnungsbeständen in der Stadt-Peripherie wehren, am bekanntesten ist dabei mittlerweile sicherlich die Situation im Wilhelmsburger Korallus- und Bahnhofsviertel,<sup>4</sup> wo seit dem Frühjahr des laufenden Jahres sehr stark öffentlich wahrgenommene Proteste gegen den Konzern GAGFAH organisiert wurden, der seinen Wohnungsbestand gleichzeitig verteuert und verfallen lässt.

## Wohnen ist das halbe Leben

Welche sozialen Akteure versammeln sich in diesem Rahmen? Die Agenda des „Recht auf Stadt“-Netzwerkes, die hier nur sehr kurz und unzureichend skizziert werden kann, kann etwas oberflächlich als ein Bündnis aus „MieterInnen“, „BesetzerInnen“ und „KünstlerInnen“ gesehen werden. Allerdings stimmen offensichtlich zwei Dinge an dieser Aufzählung nicht: erstens kann natürlich die soziale Rolle des „Künstlers“ (tagsüber im Atelier), der „Besetzerin“ (abends in der Roten Flora) und der „Mieterin“ (nachts in der allzu teuren Wohnung) ohne Probleme in einer, wenn auch möglicherweise vielbeschäftigten, Person vereinigt werden. Zweitens sind wir alle nicht nur in einer dieser Rollen, sondern in vielen weiteren sozialen Figuren und Kommunikationsverhältnissen geprägt: wir sind auch „Väter“, „Arbeiterinnen“, „Konsumenten“ und so weiter. Die Auflistung der 43 „Berufe“, die das Gängeviertel in einer Selbstdarstellung zusammen bringt, zeigt ebenfalls, dass die Sache nicht so einfach reduziert werden kann. Es sind, unter anderem „Maler, Stadtplaner, Grafiker, Tänzerinnen, Studierende, ungelernete Hilfsarbeiter, Gärtner, Dichter, Hartz-IV-Empfänger“ (vgl. Twickel 2010: 82). Aber es fällt bei dieser Auflistung auch auf, dass einige soziale Figuren (wie „ungelernte Hilfsarbeiter“ oder „Hartz IV-Empfänger“) im „Netzwerk“ so gut wie überhaupt nicht präsent sind oder vielmehr präsentiert werden. Nahe liegend ist schließlich, dass man nicht nur „Künstlerin“ und „Besetzer“, sondern auch „Besetzerin“ und „alleinerziehende Mutter“ sein kann, mit der Folge, dass ein Teil des eigenen sozialen Lebens in der aktuellen stadtpolitischen Debatte sehr stark repräsentiert wird, während man im Jobcenter weiterhin ziemlich alleine in der Schlange stehen kann. Dennoch kann man durchaus voraussetzen – und das hat beispielsweise die Bezugnahme großer Teile des „Netzwerkes“ auf die Proteste gegen die erste Haushaltskonsolidierung unter schwarz-grün ge-

4 Vgl. [<http://aku-wilhelmsburg.blog.de/2011/05/19/samstag-28-5-13-30-demo-untragbare-wohnverhaeltnisse-gagfah-wilhelmsburg-11180039/>], ein Video oder Aktion findet sich unter [<http://www.youtube.com/watch?v=a3WpkB2A6pA>].

zeigt –, dass unter einem „Recht auf Stadt“ intern auch die „Verteilungsfrage“ verstanden wird. Es ist also kein Problem der mangelnden Reflektion (jedenfalls nicht in erster Linie, sondern eher der Umstand, dass sich „Recht auf Stadt“ derzeit in Hamburg vor allem durch die sichtbaren Konflikte hindurch definiert (vgl. Birke 2011). Tatsächlich kam es sowohl im Protest gegen die Schließung kultureller Einrichtungen (Bibliotheken, Museen) als auch – in der laufenden zweiten, von der neuen sozialdemokratischen Regierung verantworteten Haushaltskonsolidierung – während der Proteste beispielsweise gegen die Kürzungen an der Universität – zu einer expliziten Bezugnahme auf das „Recht auf Stadt“. Allerdings kann zumindest für den Widerstand gegen die erste Runde der so genannten Konsolidierung gesagt werden, dass dieser selbst nur aufblühte und kurze Zeit später wieder erlosch; er bestand wesentlich aus einer Massendemonstration im November 2010. (Ob das auch für die zur Zeit der Produktion vorliegenden Artikels laufende „zweite“ Runde gelten wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden).

Es stellt sich deshalb die Zusatzfrage, *warum* „Recht auf Stadt“ es zwar gelungen ist, bestimmte soziale Figuren hörbar und bestimmte Konflikte sichtbar zu machen, andere aber nicht, oder, anders gesagt: warum es verstand, gegen bestimmte stadtpolitische Projekte (teils sogar erfolgreich) Widerstand zu formulieren, andere aber mehr oder weniger schweigend hinnehmen musste. Bevor ich diese Frage – im nächsten Abschnitt – bearbeiten (nicht: beantworten) werde, möchte ich erstens einschränkend bemerken, dass hier immer wichtig ist, „Recht auf Stadt“ *nicht* als *Programm* oder als *Organisation* zu denken, sondern als Sammlung von verstreuten Konflikten, die im *Plenum* zusammenkommen. Zweitens ist es meiner Auffassung nach auch wichtig, dieses *Plenum* (in dem kaum programmatische Debatten stattfinden, sondern vor allem ein Austausch organisiert wird) auch in seinem Inneren nicht als harmonischen Raum zu sehen: das heißt es gibt Rede- und Themenhierarchien (die geografisch in der Stadtmitte angeordneten Stimmen sind nicht nur in der Springerpresse, sondern auch im „Netzwerk“ lauter), eine relativ enge soziale Zusammensetzung (in der Tendenz etwas jüngere und mit deutscher Staatsbürgerschaft ausgestattete Menschen) und es gibt ein Potenzial für Konflikte, die anhand der (allerdings sehr weiten und großzügigen) Definition dessen, was das „Recht auf Stadt“ ist und wer es in Anspruch nehmen soll, ausgetragen werden. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Forderung nach einer dauernden Erweiterung und Diffusion dessen, was ein „Recht auf Stadt“ beinhalten würde.<sup>5</sup>

5 Es ist dies eine Forderung, die sich innerhalb des Netzwerkes zunehmend zu einer Strategie verdichtet. Mittlerweile fordern nicht nur AktivistInnen aus der Stadt-Pe-

## Begegnung und Zerstreuung

Was unterscheidet die „Recht auf Stadt“-Bewegung von anderen sozialen Bewegungen? Was sind ihre spezifischen Stärken, und was sind möglicherweise ihre Grenzen? Man kann diese Frage in zweierlei Hinsicht konzeptionell beantworten; erstens in Bezug auf eine Definition der Bedeutung des Stadt-Raums in der Praxis, die im Alltag entwickelt und in den sozialen Bewegungen artikuliert wird; zweitens in Bezug auf den Status der im Letzteren nicht oder nur latent vorhandenen Themen (wie „Arbeit“, „Prekarisierung“, „Gender“ und „Migration“).

Zum ersten dieser beiden Punkte: In der Einladung zu einem transnationalen Kongress, den das „Netzwerk“ Anfang Juni 2011 in Hamburg organisiert hat, wurde in situationistischer Tonlage zur „zur kollektiven Verwirrung, Begegnung, und Zerstreuung“<sup>6</sup> aufgerufen. Dabei wird der marxistische Philosoph Henri Lefebvre zitiert, der folgendes geschrieben hat: „Das Städtische definiert sich als der Ort, wo die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeit verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen.“

Was zunächst unübersichtlich klingt, kann in der Tat als einer (der wenigen) konzeptionellen Setzungen betrachtet werden, die im „Netzwerk“ eine Stimme haben. In dieser Setzung ist aus meiner Sicht bemerkenswert, dass es hier um eine Raumpolitik geht, die sich vorgenommen hat, klare soziale Zuschreibungen zu durchbrechen (im Gegensatz etwa zu einer „positiv“ verstandenen „Klassenpolitik“). Die Sammlung der „Berufe“, die im oben zitierten Papier des Gängeviertels aufgezählt werden, signalisieren insofern keinerlei Bezugnahme zu irgendeiner spezifischen Qualifikation oder sozialen Zuordnung, sondern in erster Linie, dass die zusammengesetzte Sozialstruktur durch ein immerwährendes *Nicht nur* und ein *Sondern auch* charakterisiert werden kann.

Es fällt auf, dass sich diese zusammengesetzte Sozialstruktur analog zur Lebensrealität der Prekarisierung entwickelt hat, in einem Prozess, in dem feste Arbeitszeiten und Arbeitsorte verflüssigt werden, eine feste Definition von „Qualifikation“ und ein daraus abgeleitetes Einkommen nicht existiert, und soziale

ripherie, sondern beispielsweise auch feministische Gruppen eine kritische Reflektion und Erweiterung der Bewegungspraxis, erfreulicherweise, ohne dass es bislang zu den üblichen Ab- und Ausgrenzungsprozessen gekommen ist.

6 Vgl. [<http://kongress.rechtaufstadt.net/>].

Beziehungen ephemere werden.<sup>7</sup> Die Daten, die entsprechenden Veränderungen für den Hamburger Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, illustrieren die steigende Bedeutung solcher Situationen. Auch die wachsende Einkommenspolarisierung und die Zunahme der „arbeitenden Armen“ hat damit zu tun: von den etwa 800.000 Hamburger Erwerbstätigen gelten, je nach Definition, zwischen 20 Prozent und der Hälfte als „einkommensarm“ bzw. „von Einkommensarmut bedroht“ (vgl. Birke 2010: 180-182, sowie den Text von Dirk Schubert in vorliegendem Heft). Aber das Zitat zeigt auch, dass es nicht hinreichend ist, „Prekarisierung“ als Modus der „Ausgrenzung“ und der „Armutproduktion“ zu verstehen. Die Aneignungsformen, in denen sich Menschen zu der Verunsicherung ihrer Lebenssituation und der damit verbundenen „Gegenwartsschrumpfung“ (Lübbe) verhalten können, müssen sich an dem Problem messen, um das es geht: „Den Faden der eigenen Tätigkeit zu verlieren“ und hybride Formen der sozialen und persönlichen Existenz zu entwickeln, ist von daher eine angemessene Antwort auf die „entgrenzte Stadt“.<sup>8</sup> Die Bezugnahme auf Raumpolitik definiert zugleich die Perspektive, aus der sich Netzwerke unter solchen Bedingungen denken lassen: die Stadt gilt hier als „postindustrielle Fabrik, in der diese Differenzen die gewöhnliche metropolitane Erfahrung konstituieren, eine kontinuierliche und kreative Hybridisierung, das Zusammentreffen kultureller Formen und Lebensweisen“ (Negri 2010: 171). In oben zitiertem Kongress-Motto ist es allerdings wichtig zu bemerken, dass es sich in der Produktion dieser Differenz nicht um eine Eigenschaft (etwa: des Stadtkörpers), sondern um eine Tätigkeit (um eine aktive Bezugnahme auf die gebaute Umwelt) sowie um einen Konflikt handelt, namentlich zwischen der Tauschwertordnung des Immobilienmarktes und dem Gebrauchswertcharakter der Immobilien (siehe im Detail die Ausführungen von Andrej Holm in vorliegendem Band).

7 In der Tendenz ist, soziologisch gesprochen, die Gruppe der „Berufseinsteiger“ mit der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse auch in der Bundesrepublik weit überdurchschnittlich konfrontiert. Da dieser Befund für andere europäische und außereuropäische Staaten auch gilt, mag es nicht erstaunen, dass es die Gruppe der unter 30jährigen ist, die in den Aufständen in Griechenland, Spanien, Ägypten und Tunesien eine tragende Rolle gespielt hat und das das Thema der Verunsicherung der materiellen Gegenwart und Zukunft dort überall eine auslösende Rolle gespielt hat.

8 Thomas Pohl (2009) hat in diesem Zusammenhang am Beispiel Hamburgs – allerdings ohne seine Resultate historisch-kritisch zu situieren – die veränderten Formen der Alltagsorganisation beschrieben.

Darüber hinaus ist es keinesfalls selbstverständlich, dass es sozialen Bewegungen überhaupt um eine *Raumpolitik* geht.<sup>9</sup> Mitte der 1970er Jahre sprach Lefebvre auf einem Vortrag aus, was die Anerkennung des urbanen Gefüges als Gegenstand der Forschung und der politischen Praxis bedeutet (1974: 4): er forderte gegenüber dem traditionellen Marxismus eine „Wissenschaft vom Raum“, die ihren Ausgangspunkt in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Produktionsprozess desselben zu suchen hätte. Dabei wird die „Produktion des Raumes“ als doppelter Prozess verstanden – es ist einerseits die Produktion eines inwertgesetzten und vergegenständlichen Raumes: „Dieser Raum ist so organisiert, dass die Benutzer zu Passivität und Schweigen verurteilt sind, wenn sie nicht rebellieren“ (ebd.: 16). Andererseits ist es ein „Raum der Gegensätze“: „(Dieser ist) bereits in der kapitalistischen Produktionsweise als eine beständig bekämpfte Tendenz vorhanden. (Er) manifestiert sich auf allen Ebenen, auf der Ebene der Schule wie des Wohnhauses und seiner Ausstattung, auf der Ebene des Quartiers und der Stadt“ (ebd.: 19).

Auch an dieser Stelle ist deutlich, wie Margit Mayer (2009: 367) betont, dass es darum geht, „Recht auf Stadt“ nicht „juridisch“, sondern eher als oppositionellen Wunsch oder Forderung zu verstehen. Es ist ein Set von Ansprüchen, die sich dadurch entwickeln, dass „sie in politischen Aktionen auf die Straße getragen werden“ (ebd.) Und Peter Marcuse fügt hinzu, dass die egalitäre Dimension von „right to the city“ sich gerade durch die in ihr engagierte „klassenlose Gesellschaft“ zum Ausdruck gebracht werde: „Artists create, teachers teach, inventors invent, philosophers think, young people volunteer, not for profit, but because they believe that is what life is for, that is what they want to do. They come up against the same constraints that make people homeless, hungry, sick, impoverished, people whose demands thus naturally link to the aspirations of the alienated“ (Marcuse 2010: 195). Beide Zitate legen nahe, dass die Frage nach Partizipation und Demokratie, die Frage nach der Nutzung und den Nutzungskonflikten in öffentlichen Räumen innerhalb dieser Konzeptionen zentral ist – und es sich dabei zugleich um eine „soziale Frage“ handelt. Das heißt: es handelt sich um eine Frage, die „schon da“ ist und die nicht von einer Avantgarde von außen in die urbanen sozialen Bewegungen hinein gesprochen werden muss, in welcher mehr oder weniger geglückten Form dies auch immer geschehe.

9 Ich habe an anderer Stelle auf die Verbindung zwischen den aktuellen und historischen Revolten in der Stadt hingewiesen und die Bedeutung diskutiert, die diese Verbindung im Rahmen der Debatte über „urbane soziale Bewegungen“ aus meiner Sicht erhalten muss: Birke 2011, im Erscheinen.

Aber ist „Recht auf Stadt“ dann überhaupt als „soziale Bewegung“ zu bezeichnen? „Recht auf Stadt“ macht Kampagnen, aber es ist keine Kampagne, macht Bündnisse, aber es ist kein Bündnis: es ist eine dezentrierte Struktur, die vor allem auf Grundlage der vorhandenen, im Stadt-Raum sichtbar gemachten sozialen Konflikte in Hamburg erhalten wird. Es ist also in vielerlei Hinsicht keine soziale Bewegung im traditionellen Sinne der Bewegungsforschung, die von definierten Zielen, einer relativen Dauerhaftigkeit und Verfestigung organisatorischer Strukturen ausgeht (Roth/Rucht 2006: 13). Und wie ich gezeigt habe, ist zudem auch die Frage nach der „kollektiven Identität“ (ebd.) in diesem Falle nicht mehr so leicht zu beantworten.

### Ernsthafte Differenzen

Die eben erläuterte Konzeption hat allerdings auch Schwächen. Sie trägt keine Debatte über die feinen Unterschiede, die hier schon angedeutet wurden und die sich im „Netzwerk“ durchaus manifestieren. Dies ist nicht nur ein Problem der mehr oder weniger wahrgenommenen Sprechpositionen von Individuen, es ist auch ein Problem von Begriffen und Theorien. Am Anfang dieses Textes habe ich erläutert, dass sich um das Thema „Wohnen“ verschiedene Aktivitäten gruppieren, die allesamt zu „Recht auf Stadt“ gezählt werden können. Insofern ist „Wohnen“ in der Tat – in völliger Übereinstimmung mit dem bislang Gesagten, neben der Aneignung öffentlicher Räume, das Scharnier, um das sich die Praxis des „Netzwerkes“ bislang in Hamburg dreht. Allerdings muss man sich kein gut geöltes und glatt funktionierendes Scharnier vorstellen, eher ist es ein rostiges Etwas, das manchmal merkwürdige Geräusche macht.

So kann zum Beispiel der „Kampf gegen die Gentrifizierung“ auch unterschiedliche Weisen interpretiert werden. Auf den ersten Blick ist es etwas *Verschiedenes*, ob die linksradikale Subkultur in der Hamburger Innenstadt einen „Abwertungskit“<sup>10</sup> propagiert (mitsamt „broken windows effect“) oder die überwiegend migrantische Armutsbevölkerung in Steilshoop oder im Korallusviertel sich wünscht, dass der Schimmel aus ihren Wohnungen endlich verschwindet und die Fenster vor dem nächsten Winter abgedichtet oder erneuert werden. Es versteht sich zwar von selbst: Wenn ein fest angestellter Lehrer darüber wütend ist, dass er in einem innenstadtnahen Szeneviertel bis zum 15 Euro pro Quadrat-

10 Man vergleiche, um dies greifbar zu machen, den gleichnamigen Film von „Es regnet Kaviar“: [<http://www.youtube.com/watch?v=Cq1N1d1cVoA>] mit dem in Fußnote 4 zitierten Video.

meter Miete bezahlen muss, worauf das Hamburger Abendblatt feststellt, dass die Stützen unserer Gesellschaft („Feuerwehrleute, Polizisten, Krankenpfleger“) in der Innenstadt nicht mehr wohnen können, dann ist das ein ernsthaftes Problem. Wenn ein erwerbsloser ehemaliger Bahnarbeiter nach vierzig Jahren Berufstätigkeit durch eine Wohnungsbaugesellschaft in seiner sozialen und angesichts der Wohnbedingungen langfristig auch in seiner Gesundheit angegriffen wird, ist auch ein ernsthaftes Problem. Aber zwischen beiden Problemen liegt eine ernsthafte Differenz, obwohl man vielleicht mit Marcuse und in Bezug auf die gesellschaftlichen Funktionsmechanismen des Wohnungsmarktes sagen kann, dass es sich hier um „the same constraints“ handelt. Die Liste solcher *ernsthafter Differenzen* ließe sich fortsetzen.

Insgesamt reproduziert, wie ich ebenfalls an anderer Stelle genauer ausgeführt habe, (2010: 186f) der topografische Schwerpunkt der Initiativen, die sich im „Netzwerk“ versammelt haben, bis zu einem Grade diese Differenzen: „Fast alle Initiativen sind fußläufig zu erreichen.“ Es stellt sich deshalb abschließend die Frage, welche Perspektiven sich, wenn es stimmt, was ich hier angedeutet habe, aus diesen Erfahrungen ergeben. Was an dieser Stelle vielleicht weiterhilft, lässt sich sowohl begrifflich als auch politisch in aller Kürze zusammenfassen, ohne dass daraus so etwas wie ein Programm abgeleitet werden kann. Auf der begrifflichen Ebene wäre es wichtig, zu reflektieren, was *Gentrifizierung* eigentlich beinhaltet, welche Fragen dieser zu einem Slogan der stadtpolitischen Bewegungen gewordene Begriff enthält und welche nicht. Hier müssen zuerst die Versuche in der aktuellen Stadtforschung beachtet werden, bei denen es darum geht, den Begriff zu erweitern.<sup>11</sup> Diese Erweiterungen enthalten vor allem den Hinweis auf Gentrifizierung als „globalen“ (also sich verallgemeinernden Prozess, dessen Voraussetzungen in der strukturellen Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen (wie zum Beispiel in einer allgemeinen „Finanzialisierung“ der Wohnungsmärkte), der sich jedoch in Istanbul, Dakar oder Kopenhagen unterschiedlich ausformen kann (Smith 2006, Henninger 2010, Holm/Gebhardt 2011). Diese Feststellung legt eine Auseinandersetzung um die Feststellung nahe, ob Widerstandsformen und gegenseitige Bezugnahmen beim Kampf gegen die Inwertsetzung des urbanen Raumes auf dem „Planet der Slums“ (Davis) nicht dezidiert andere Formen annehmen als im globalen Norden. Die Verbindung zwischen beiden Formen

11 Während der Streit um seine die Struktur der Gentry – „ökonomisch“ oder „kulturell“ geprägt mittlerweile eher in den Hintergrund gerät: vgl. die Forschungsübersicht in: Slater 2011.

wäre dann erst zu organisieren, namentlich als konkrete Erfahrung, dass es sich um the same constraints handelt.

In ähnlicher Weise wird aus meiner Sicht zweitens bedeutend, diesen Prozess auch auf den *Süden-im-Norden* zu beziehen, und dies vor allem angesichts einer wachsenden Polarisierung der Einkommen und Lebensverhältnisse. Zwischen dem reichen Hamburg-Nienstedten und dem armen Korallusviertel liegen nur ein paar S-Bahn-Stationen, aber die soziale Entfernung wächst. Ich habe oben angedeutet, dass es innerhalb von „Recht auf Stadt“ in Hamburg einige aus meiner Sicht sehr erfreuliche Initiativen gibt, solche weiten Entfernungen zu messen und sichtbar zu machen. Diese Initiativen beinhalten auch den Versuch, eine neue Debatte über Frauenräume in der Stadt sowie die Bedeutung von prekarierten Arbeitsverhältnissen im Stadt-Raum zu initiieren (vgl. Neumann 2010). Aber wie kann man das auf die Konzeptionen beziehen, auch auf das Zitat, das dem erwähnten „Recht auf Stadt“-Kongress vorangestellt wurde? Was die oben vorgestellte „klassenlose Gesellschaft“ betrifft, so hilft vielleicht eine kleine Unterscheidung ein wenig weiter. Lefebvre skizzierte den „Raum der Gegensätze“ als ein „Bild aus der Zukunft“. Er betonte zwar, wie bereits zitiert, dass die aktuellen Praxen notwendige Schritte seien, um dieses Bild mehr als nur imaginieren zu können (oder vielmehr zitierte er selbst die Erfahrungen der Revolte in Paris 1968 oder der italienischen Mieterinnenkämpfe in den Jahren danach). Aber er hob zugleich hervor, dass sein *espace des différences* die „Produktion eines zukünftigen Raumes betrifft“ (Lefebvre 1974: 20).

Was 1974 die Erfahrung einer eben vergangenen Situation verständlich machen sollte, (vgl. ders. 1969) ist auch heute noch aktuell: es zwingt zu einer Unterscheidung zwischen der gegenwärtigen Gesellschaft, die den sozialen Antagonismus auch im Inneren der sozialen Bewegungen reproduziert und einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaft, deren Praxis in den heutigen sozialen Kämpfen bereits *schwach aufscheint*. Wenn es stimmt, dass diese zukünftige Gesellschaft durch gegenwärtiges Handeln produziert werden kann (wir hoffen noch immer darauf), reicht es nicht, auf die eigene soziale Existenz und deren Widersprüche zu verweisen. Sondern vielmehr muss die Allgemeinheit des „Rechts auf Stadt“ sich auch auf die sozialen Rechte derer beziehen, die sich nicht in meiner Sprache ausdrücken und die nicht auf meiner Ecke wohnen: es ist eine Frage der *Solidarität* – eine politische, bewusste Verbindung, die mehr als eine zufällige Begegnung im Stadt-Raum sein wird.

## Literatur

- Birke, Peter 2010: Herrscht hier Banko? Die Proteste gegen das Unternehmen Hamburg, in: Sozial.Geschichte Online, Heft 3, Duisburg/Essen, S. 148–191
- 2011: Zurück zur Sozialkritik. Von der „urbanen sozialen Bewegung“ zum „Recht auf Stadt“, unveröff. Manuskript
- Henninger: Max 2010, Zur Transformation des Urbanen. Forschungsbefunde und Fragen, in: Sozial.Geschichte Online, 3, 28–55
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hrsg.) 2011: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg: VSA
- Lefebvre, Henri 1969: The Explosion: From Nanterre to the Summit, Paris: Monthly Review Press (französische Erstausgabe: 1968)
- 1974: Die Produktion des städtischen Raums, in: [http://www.anarchitetur.com/aa01\\_lefebvre/aa01\\_lefebvre.pdf](http://www.anarchitetur.com/aa01_lefebvre/aa01_lefebvre.pdf)
- Mayer, Margit 2009: The ‘Right to the City’ in the context of shifting mottos of urban social movements, CITY, 13/2-3, S. 362–374
- Negri, Antonio 2010: Resümee. Rente und Revenue in der Großen Krise, in: Mezzadra, Sandro/Fumagalli, Andrea 2010, Die Krise denken: Finanzmärkte, soziale Kämpfe und neue politische Szenarien, Münster: Unrast, S. 167–173
- Neumann, Arndt 2010: Die Debatte um Gentrifizierung ist verkürzt. Der Wandel der Stadt ist ohne den Wandel der Arbeit nicht zu verstehen, in: analyse und kritik 558, 7f.
- Pohl, Thomas 2009: Entgrenzte Stadt. Räumliche Fragmentierung und zeitliche Flexibilisierung in der Spätmoderne, transcript: Bielefeld
- Schäfer, Christoph 2010: Die Stadt ist unsere Fabrik/The City is our Factory, Spector: Leipzig
- Slater, Tom 2011: Gentrification of the City, in Bridge, Gary/Watson, Sophie (Hg.), The New Blackwell Companion to the City, London: Blackwell, S. 571–584
- Smith, Neil 2006: Gentrification Generalized: From Local Anomaly to Urban ‘Regeneration’ as Global Urban Strategy, in: Melissa S. Fisher/Greg Downey (Hg.), Frontiers of Capital. Ethnographic Reflections on the New Economy, Durham/London 2006, S. 191–208
- Twickel, Christoph 2010: Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle, Hamburg: Nautilus

*Dr. Peter Birke, Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialökonomie, Welckerstrasse 8, 20146 Hamburg  
E-mail: Peter.Birke@wiso.uni-hamburg.de*

Foto

Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg  
Wohnen in Hamburg  
Marktentwicklung und soziale Folgen  
Ergebnisse der zweiten Konferenz zur sozialen Spaltung  
am 16. Februar 2011

Im Zentrum der zweiten Konferenz zur sozialen Spaltung stand das Thema „Wohnen in Hamburg. Marktentwicklung und soziale Folgen“. Sie fand am 16. Februar 2011 in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) statt. Veranstalter war die „Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg“, ein zivilgesellschaftliches Bündnis, dem die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche, die Lawaetz-Stiftung, das Diakonische Werk Hamburg, das Hamburger Institut für Sozialforschung und eine Reihe von Universitätseinrichtungen angehören.<sup>1</sup>

Auf der Konferenz mit Vorträgen von Jan Kuhnert (Hannover) und Andreas Farwick (Bochum) und fünf Workshops zu verschiedenen Aspekten des Themas wurde deutlich:

---

1 Zu der seit Ende 2009 bestehenden Arbeitsgemeinschaft gehören die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche, die Lawaetz-Stiftung, das Diakonische Werk Hamburg, das Hamburger Institut für Sozialforschung, das Institut für Soziologie der Helmut-Schmidt-Universität, das Department für Soziale Arbeit der HAW, die AG Gesundheitsförderung am UKE und das Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der HafenCity Universität Hamburg. Ausgehend von der Wahrnehmung, dass die Themen Armut und Ausgrenzung in der Hamburger Öffentlichkeit zu wenig beachtet werden hält es die „Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg“ für notwendig, eine längerfristige Debatte über Spaltungsprozesse zu initiieren, die Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit kontinuierlich auf die Probleme der sozialen Entwicklung in der Stadt aufmerksam macht und das Thema der sozialen Spaltung so auf der Agenda der Stadtöffentlichkeit hält. Dieser Intention dienen u.a. jährliche Konferenzen.

Hamburg braucht in großem Umfang neue Mietwohnungen (6000 – 8000 jährlich). Ebenso wichtig ist es allerdings, den Zugang zum Wohnungsbestand zu erleichtern, insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Ferner muss die Lebensqualität in den benachteiligten Quartieren durch Programme der sozialen Stadtteilentwicklung verbessert werden. Gefragt ist günstiger Wohnraum in Quartieren, in denen es sich lohnt zu leben und in denen eine gute Versorgungsqualität vorhanden ist. Auf der Konferenz wurde eine Reihe von Maßnahmen diskutiert, um diese Ziele zu erreichen.

### Grundstücksvergabe

Um die dafür notwendigen Wohnungsbaugrundstücke bereitstellen zu können, sollten folgende Instrumente (wieder) angewandt werden:

1. Flächenvergabe nur mit erweiterter Konzeptqualität. Keine Vergabe mehr im Höchstgebotsverfahren. Flächenmanagement einführen.
2. Vergabe von städtischen Grundstücken im Erbbaurecht.
3. Flächen- und Wohnungsankauf aus dem Bestand durch die Stadt. Vorkaufrechte nutzen.
4. Projektierte, vorgehaltene und nicht genutzte Gewerbeflächen in Wohnraumflächen umwandeln.
5. Wiedereinführung des Grundstückskostenrichtsatzes für Wohnungsbaugrundstücke evtl. gestaffelt im Bereich 300,- € bis 500,-€/qm Wohnfläche.
6. Transparente Strukturen bei der Vergabe von Grundstücken einführen, die von den Parlamenten und der Öffentlichkeit kontrollierbar sind.

### Sicherung bezahlbaren Wohnraumes

Anders als von offizieller Stelle immer wieder behauptet, gibt es in Hamburg eine dramatische Wohnungsknappheit – vor allem im Bereich kleiner Wohnungen zu moderaten Mieten: Diese Wohnungsknappheit trifft Haushalte mit niedrigem Einkommen, die in der Konsequenz der Steigerungen oft mehr als die Hälfte ihrer Einkommen für Miete aufwenden müssen, besonders hart und macht sie zusätzlich arm. Viele werden durch diese Entwicklungen zum Umzug in Außenbezirke der Stadt und in defizitäre Wohnungen gezwungen. Gegensteuern lässt sich mit folgenden Instrumenten und Initiativen:

1. Im geförderten Wohnungsbau langfristige Bindung von heute 15 auf mind.. 30 Jahre ausdehnen.
2. Neubauförderung für besondere Zielgruppen ermöglichen.

3. Einflussnahme auf die Wohnungswirtschaft, insbesondere die SAGA/GWG, damit sie ihrem sozialen Versorgungsauftrag für Benachteiligte auf dem Wohnungsmarkt in deutlich größerem Umfang nachkommt.
4. Modelle einkommensabhängiger Mieten prüfen und gestalten.
5. Kein Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand der SAGA-GWG.
6. Mietgesetze ändern, um Mietsteigerungen z.B. durch Modernisierungsmaßnahmen zu verhindern. Einführung von Mietobergrenzen
7. Veränderung der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft im SGB II mit dem Ziel, dass mehr Menschen in ihrem Wohnraum verbleiben können.
8. Soziale Erhaltensverordnungen prüfen und anwenden. Vor dem Auslaufen der Verordnung geeignete Maßnahmen gegen Mietstiegerungen ergreifen.
9. Förderung des Wohnungsbaus durch Baugemeinschaften und Genossenschaft massiv ausweiten.

### Grundsätzliche Perspektiven

Wohnungspolitik ist immer auch Boden-, Stadtentwicklungs-, Familien- und Sozialpolitik. Ein Perspektivenwechsel ist nötig, um auch in Zukunft in Hamburg bezahlbaren Wohnraum in gesunder Umgebung für alle Bevölkerungsgruppen vorzuhalten. Dafür sind mittel- und langfristig folgende Maßnahmen zu prüfen:

1. Aufbau einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft mit geeigneten Partnern (Bestandhalter versus nur renditeorientierter Unternehmen).
2. SAGA-GWG in eine Stiftung umwandeln und Wohnungsneubauaktivitäten verstärken.
3. Renditen der SAGA-GWG gezielt für die soziale Stadtteilentwicklung nutzen.
4. Modelle aus anderen Städten nutzen und in die öffentliche Diskussion einbringen.
5. Eine neue soziale Wohnungspolitik sollte in einem stimmigen Gesamtprogramm zusammengefasst werden, welches konkrete auch zeitlich definierte Ziele enthält.

*Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg/www.stadtfeuerhalle.de  
c/o Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche, Königstr. 52, 22767  
Hamburg  
E-mail: info@akademie-nek.de*

Foto

Marcus Jurk

## Es wird Eng an der Universität Frankfurt Überlegungen zu der Architektur des IG Farben Campus der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt

*Die wissenschaftliche Landschaft in Deutschland hat in den vergangenen Jahren einige einschneidende Verschiebungen vollzogen: Bologna-Reform, Exzellenzinitiative und die Einführung allgemeiner Studiengebühren habe ihre Spuren hinterlassen. Dieser Essay versucht herauszuarbeiten, inwiefern dieser Wandel der universitären Alltagspraxis in der architektonischen Neugestaltung des IG-Farben-Campus in Frankfurt eine Form annimmt.*

*Die Universität, so wird auf dem fiktiven Weg den dieser Essay durch ihre Institutionen beschreitet deutlich, zeichnet sich durch eine starke Abgrenzung des Außen aus. In ihr Inneres vorzudringen heißt, sich auf den ausgetretenen Bahnen zu bewegen, die diese Universität mit sich bringt. Und schließlich bedeutet ein Teil – mehr als ein Besucher – der Universität zu werden, sich ihren eigentümlichen Dynamiken auszusetzen, anstatt selbst voranzuschreiten.*

### Einleitung

Als ich vor einigen Jahren mein Studium an der Frankfurter Universität begonnen habe, war mein Campus in dem Frankfurter Stadtteil Bockenheim zwischen Wohnhäusern und Bürogebäuden gelegen. Die Fachbereiche und einige Institute waren zum Teil in dem alten Hauptgebäude der Universität und zum Teil in Neubauten untergebracht. Besonders die Neubauten unterschieden sich kaum augenscheinlich von der umgebenden Stadt. Einem Passanten, der durch die Straßen von Bockenheim wandert, hätte es glatt entgehen können, dass er sich zwischenzeitlich über den Campus einer Universität bewegt. Im Umfeld der Universität waren einige studentisch geprägte Etablissements entstanden und auch die Universität bot mit ihren günstigen Cafés und den vielfältigen kulturellen Angeboten einen öffentlichen Raum für die Bockenheimer Bürger.

Wer sich heute für ein Studium in Frankfurt entscheidet, der wird mit einiger Wahrscheinlichkeit einen anderen Campus, eine andere Universität vorfinden. Der neue Frankfurter Campus ist zwar ebenfalls er im Bereich der Innenstadt, dem Westend, gelegen, doch schließt er die ihn umgebende Urbanität gezielt aus. Dieses Essay möchte zu einem fiktiven Rundgang über diesen neuen Campus einladen, um dabei die Stationen abzuschreiten, die auch ein jeder Student im Fortgang seiner studentischen Laufbahn durchlebt. Auf der ersten Etappe dieses Weges, „Grenze (Den Campus betreten)“, werden wir uns daher von Außen, als Fremde, der Universität nähern, um die Erfahrung der architektonischen Abgrenzung nachzuvollziehen, mit der sich auch jeder Neuling an der Universität konfrontiert sieht.

Der neue Campus befindet sich auf einem geschichtsträchtigen Gelände, dem ehemaligen Hauptsitz des IG-Farben Konzerns, der durch die Herstellung des Nervengases Zyklon B im dritten Reich zweifelhafte Bekanntheit erlangt hat. Die Implikationen eines solchen geschichtlichen Erbes sind schon viel diskutiert worden, und sollen für diese Betrachtungen eine untergeordnete Rolle spielen. Von Interesse ist diese Historie aber insofern, als dadurch begründet wurde, weshalb gerade eine Universität besonders geeignet sei, mit der Geschichte des Geländes umzugehen. Die geistige Offenheit und Widerständigkeit der (kritischen) Wissenschaft und die lebendige studentische und universitäre Kultur böten optimale Voraussetzungen, mit der dunklen Geschichte dieses Ortes einen angemessenen Umgang zu finden, eine Universität sei am ehesten im Stande, den repressiven Charakter dieses Geländes zu verwandeln. Im Angesicht der Äußerungen des ehemaligen Universitätspräsidenten Rudolph Steinberg, der in einem Zeitungsinterview auf die „zivilisierende Kraft der Ästhetik“ des IG Farben Campus verweist, die dazu führe, dass Studenten die Wände der Universität nicht mehr „beschmierten“, lässt an der angedachten Funktion der Universität jedoch Zweifel aufkommen. Die studentische Kultur scheint nicht den Campus zu verändern, sondern die Architektur des Geländes wird dankbar dafür genutzt, das studentische Leben zu zivilisieren. So steht auf unserer zweiten Etappe, „Leere (Sich auf dem Campus bewegen)“, die Frage im Zentrum, welcher Form der Einfluss der Architektur auf studentisches Leben ist.

Doch ist es nicht nur das studentische „Lotterleben“, dem von der neuen Universität eine Absage erteilt wird. Auch die universitären Strukturen haben in den letzten Jahren einschneidende Veränderungen erfahren, die nicht zufällig in die selbe Zeit fallen, sondern des selben Geistes Kind sind. Folglich soll auf der dritten Etappe unseres Rundganges, „Enge (Angekommen sein)“, auf die Konsequenzen die dieser Wandel der Universität auch für die Wissenschaft hat

aufmerksam gemacht werden. Denn wer nach diesem mühsamen Weg von sich behaupten kann angekommen zu sein, der wird ein Anderer sein, als der der zu Anfangs die Grenzen der Universität zu überwinden suchte.

### Grenze (Den Campus betreten)

Der IG-Farben Campus ist auf eine Weise gestaltet, die ihn von der städtischen Umgebung gezielt abkapselt. Zum einen weisen die großen, freistehenden, von grünen Parkanlagen umgebenen Gebäude einen nicht-städtischen Charakter der Anlage aus, der zu der engen Bebauung und den kleinen Gässchen, die das Frankfurter Westend prägen, in krassem Gegensatz steht. Zudem ist das ganze Gebiet des Campus von einem Zaun umgrenzt, der, noch aus der Zeit der früheren Nutzung als amerikanischer Militärstützpunkt stammend, bei dem Bau des Campus nicht entfernt wurde. Und schließlich hat der Campus zu keiner Seite hin einen wirklichen Berührungspunkt mit der umgebenden Stadt: Im Norden grenzt die mehrspurige Miquelallee an das IG-Farben Gelände an. Diese große Zufahrtsstraße, die als Ausläufer der Autobahn 66 einen Großteil des Verkehrs aus Westen in die Frankfurter Innenstadt lenkt, ist für Fußgänger schwer zu überqueren. Die breite Straße scheidet zugleich auch den einkommensschwächeren Stadtteil Dornbusch vom reichen Westend. Der Zaun des Campus schließt in seinem derzeitigen Verlauf das Studentenwohnheim aus, das künftige Studierendenhaus wird noch weiter abseits im Norden entstehen. Die Eingänge der Gebäude im nördlichen Teil des Campus weisen allesamt zur Südseite hin, und auch die Ausrichtung der Wege in diesem Teil des Campus ist derart gestaltet, dass Fußgänger sich zum Zentrum des Campus hin orientieren sollen. Der Campus scheint sich in nördlicher Richtung schlicht zu verlieren, er scheint auszulaufen ins Ungewisse.

Im Osten leiten die ebenfalls mehrspurige Hansaallee und die Bremerstraße den Verkehr von der Miquelallee in die Frankfurter Innenstadt und stellen eine ähnliche Barriere dar. Bezüglich der genauen Gestaltung der Gebäude an der nördlichen Ostgrenze des Campus können zu diesem Zeitpunkt noch keine Aussagen getroffen werden, da sich diese Gebäude noch im Bau befinden. Es ist aber angesichts des geringen Abstandes zur Straße hin naheliegend, dass diese sich nur schwerlich nach außen hin öffnen können, zumal das bei einer derart stark frequentierten Zufahrtsstraße auch kaum sinnvoll wäre. Die südöstliche Begrenzung des Campus wird von einem Teil des alten Poelzigkomplexes gebildet. Hier ist der Campus von außen zugänglich: es findet sich neben einem kleinen Parkplatz ein Nebeneingang. Eine 2,5 Meter hohe Mauer, die, wie auch das alte

Hauptgebäude aus Travestin gefertigt ist, geht in ein kleines Wachhaus über. Neben diesem Wachhaus befindet sich ein breites, verschlossenes Gittertor, eine Drehtür und ein schmales, geöffnetes Gittertor. Wachhütte und Drehtür erwecken den Eindruck eines Firmenzugangs, zumindest scheinen die Wachhütte und der schmale Eingang zur Kontrolle der Eintretenden gedacht. Ohne Zugangsberechtigung, so der äußere Eindruck, ist ein Eintreten durch diese Pforte nicht möglich. Die vergitterte Drehtür lässt die Menschen zudem nur einzeln und nicht in großer Masse den Campus betreten.<sup>1</sup> (Siehe Abbildung 1)

Von Westen her grenzt das Campusgelände an den größten Frankfurter Stadtpark, den Grüneburgpark, an. Von dieser Seite wären für die Bürger der Stadt die meisten Berührungspunkte mit dem Campus gegeben: Die durch viele Grünflächen geprägte Gestaltung des Universitätsgeländes legt eine Öffnung zu den städtischen Grünanlagen nahe. Auch praktische Aspekte sprächen für eine Offenheit in Richtung des Parks. So befindet sich der Biologiecampus direkt jenseits des Parks, auch der alte Campus in Bockenheim ist auf diesem Weg angenehm zu Fuß zu erreichen. Schließlich böte der Grüneburgpark auch die Möglichkeit für Spaziergänge und zur Entspannung in den Pausen genutzt zu werden. Dieser naheliegenden Offenheit wird jedoch architektonisch eine Absage erteilt, indem die dem Park angrenzenden Gebäude diesem den Rücken zukehren: Die Hauseingänge befinden sich jeweils an der dem Park abgewandten Gebäudeseite. Haupt- oder auch nur Nebeneingänge an der Nord- oder Südseite der Gebäude hätten den Publikumsverkehr aus dem Zentrum des Campus hinaus und stärker in Richtung des Parks gelenkt. So jedoch bleiben die zwischen den westlichen Gebäuden in der Nähe des Parks gelegenen Wiesenflächen leere, ungenutzte und unbelebte Grenzgebiete. Die Rückseite der Gebäude wist eine abweisende Fassade auf: Die untersten Fenster des Gebäudes für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (RuW Gebäude) befinden sich, auch aufgrund einer leichten Hanglage auf einer Höhe von 2,5 Metern. Auf eine Tageslichtbeleuchtung des Kellergeschosses wurde von dieser Seite her aus architektonischen Gründen verzichtet, sie ist stattdessen über eine Glasfassade in den Innenhof des Gebäudes bewerkstelligt. Unterstrichen wird die Abgeschlossenheit an dieser Außengrenze durch eine erhöhte Böschung und dichtes Gestrüpp. Zwischen den Gebäuderückseiten des RuW Gebäudes und des

1 Eine interessante Beobachtung ließ sich machen, als eines Tages dieser Zugang aufgrund eines Versehens geschlossen war: Die Studenten mussten in diesem Falle einen sehr langen Umweg einschlagen, um auf das Universitätsgelände zu gelangen. Nur sehr wenige wagten es, unter den irritierten Blicken ihrer Kommilitonen, über den lediglich einen Meter hohen Zaun zu klettern.

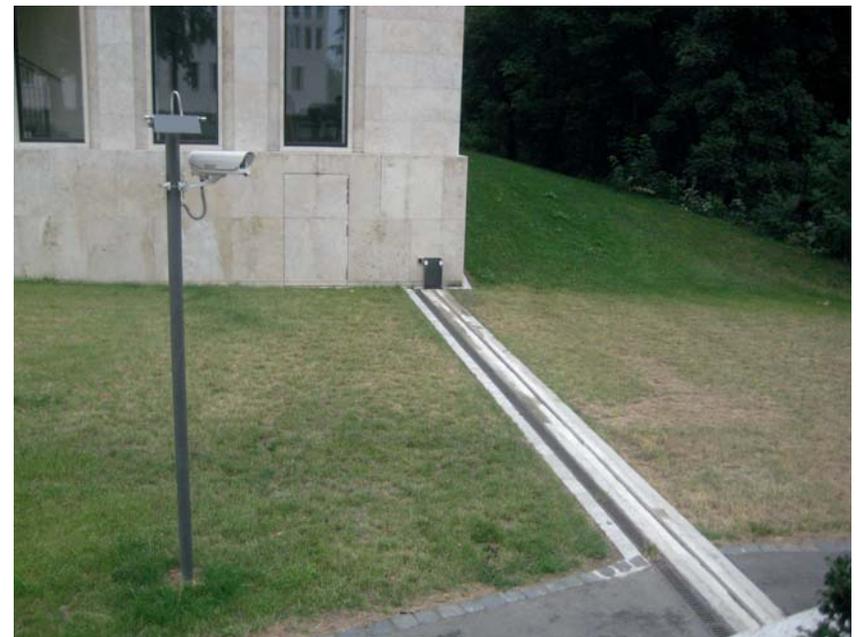


Abbildung 1 und 2

südlicher gelegenen House of Finance (HoF) schließt eine Mauer (und somit kein Überbleibsel militärischer Nutzung, sondern ein eigens errichteter Grenzwall) den Campus ein. An einer Stelle ist diese Mauer unterbrochen: Eine asphaltierte Straße führt vom Rande des Grüneburgparks auf den Campus. Quer über die Straße und ein kleines Stück Wiese verlaufend kennzeichnet eine Metallschiene den Grenzverlauf. Hier kann, begleitet von einem orange leuchtenden Warnlicht, ein elektrisches Tor den Zugang verschließen. Direkt hinter dieser Schiene befindet sich eine Laterne an deren Pfosten eine deutlich sichtbare Überwachungskamera befestigt ist. Ihr Blick ist aus dem Campus heraus auf den Fußgängerweg gerichtet. Solche sichtbaren Kameras dienen in erster Linie zur Abschreckung. In Verbindung mit der farblich abgehobenen Schiene im Boden und dem Warnblinklicht vermittelt dieser Zugang dem potentiellen Besucher das Gefühl, diese Anlage nur betreten zu dürfen, sofern er dazu auch berechtigt ist. Nur wer vor dem Blick der Kamera besteht, wird den Campus betreten können, andernfalls ließe sich das elektronische Tor einfach verschließen. Diesen Zugang wähle ich nur, wenn ich weiß was mich erwartet, ob ich hinein darf und somit im Notfall auch bei geschlossenem Tor wieder hinausgelassen werde. (Siehe Abbildung 2) Südlich des HoF bis hinab zu der Fürstenbergstraße schützt ein Maschendrahtzaun mit Stacheldraht die Grenze. An einer Stelle bietet eine kleine Gittertür die Möglichkeit einzutreten. Dass dieses Tor auf den Campus führt, ist allerdings nicht ersichtlich. Es ist weder ein Hinweisschild angebracht, noch kann man, aufgrund des dichten und ungepflegten Bewuchses, die Gebäude des Campus erkennen. Der schmale Weg führt zudem nicht sofort auf den Campus, sondern erstreckt sich zunächst einige Meter parallel zu dem IG\_Farben Gelände. Der Stacheldraht, die schmale, vergitterte Tür und der zum Teil überwucherte Weg vermitteln eher den Eindruck eines Privatgeländes denn den einer öffentlichen Universität. (Siehe Abbildung 3)

Nach Süden hin, der Richtung in der sich auch der Hauptzugang des Campus befindet, sind die wenigsten physischen Schwellen gegeben. Ganz im Westen befindet sich eine Zufahrt für Fahrzeuge. Eine Schranke und ein Schrankenhäuschen lassen jene Personen durch, die eine Zufahrtberechtigung haben. Am eigentlichen Haupteingang kommt jedoch, gerade durch die Sichtbarkeit des Hauptgebäudes, die architektonische Abgrenzungswirkung besonders zum Tragen: Hinter einer über zwei Meter hohen Hecke erstreckt sich, auf einer Anhöhe gelegen, der Poelzigbau über das ganze Sichtfeld. Auch hier richtet sich das unpersönliche Auge einer Kamera auf die ankommenden Besucher, während diese den Campus durch ein geöffnetes Gittertor betreten. Das steil ansteigende Gelände vor dem Hauptgebäude ist mit Wiese bewachsen, an einigen Stellen wachsen mächtige, alte Bäumen, zwei asphaltierte Wege führen – seitlich den Hang ansteigend – auf

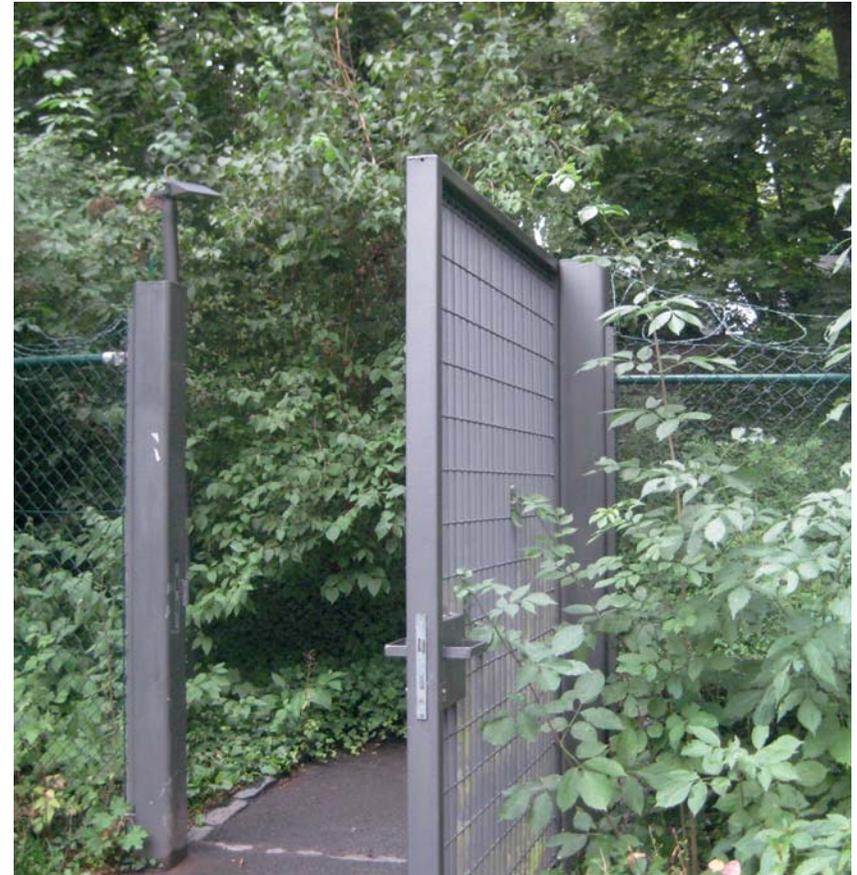


Abbildung 3

den Haupteingang zu. Durch die erhöhte Lage des Gebäudes erscheint dieses noch größer und ferner, als es von der vor dem Campusgelände verlaufenden Fürstenbergstraße ohnehin schon wirkt. Das Gebäude selbst ist so gestaltet, dass es die Unfassbarkeit seiner Größe betont. Die Fenster in den oberen Stockwerken sind kleiner als die in den unteren, um das Gebäude höher wirken zu lassen. Die halbrunde Form des Baus vermittelt den Eindruck, als sei immer nur ein kleiner Teil eines riesigen Rundbaus zu sehen, die Querbauten verstärken diesen Eindruck zusätzlich, indem sie es verunmöglichen von einem Punkt aus die gesamte Fassade des Gebäudes zu betrachten. Der untere Teil der Querbauten ist durch eine etwas hellere Steinfassade abgesetzt und leicht angeschrägt, um

eine besondere Stabilität zu suggerieren. Zusätzlich ist die Außenmauer durch einen 50 Zentimeter breiten Graben umgeben. Das Gebäude hat Anklänge einer Burgmauer oder eines gigantischen Wellenbrechers: es wirkt, als solle das Gebäude auch einem Ansturm standhalten können, als solle es draußen halten, was nicht hinein gehört. Was hineingehört, kann sich dem Gebäude nur von der Seite her annähern. Frontal auf den Eingang zuzulaufen ist nicht vorgesehen (neben dem Straßenverlauf macht auch eine künstliche Unebenheit der Wiese den direkten Weg zu einer erhöhten Anstrengung). Wegen dieses seitlichen Anstieges muss man in Kauf nehmen, sich den zahllosen Blicken derjenigen auszusetzen, die hinter den uneinsichtigen Fenstern des Gebäudes die Wege immer im Blick haben. Der große Eingang ist von einem mächtigen Vordach überspannt, die Türen liegen im Dunkel. (Siehe Abbildung 4)

Ob ich durch die engen Pforten der überwachten Nebeneingänge oder über die Breite des Haupteingangs eindringe und die hermetische Mauer- und Zaunabgrenzung hinter mir lasse – es bleibt auch auf dem Gelände selbst ein Eindruck von Verschlussheit. Wenn ich diesen Aufstieg auf mich nehme, wenn ich mich den Blicken derjenigen aussetzt, die hier hergehören, wenn ich es wage diese unübersichtliche Mauer zu erkunden, wenn ich mich der Ungewissheit des dunklen Eingangs aussetze, dann muss ich dazugehören, muss ich erwünscht sein; oder ich muss dieser Ablehnung viel Kraft gegenübersetzen. Die Schwellen, die es zu überwinden gilt, um einen Fuß auf das Gebiet der Universität zu setzen, sind hoch gelegt.



Abbildung 4

## Leere (Sich auf dem Campus bewegen)

„Im Poelzig-Bau gibt es auch nach sechs Jahren keinerlei Schmierereien an Wänden oder sonstige Zerstörungen. Ich betrachte das als die zivilisierende Kraft der Ästhetik.“

*Rudolph Steinberg,  
ehemaliger Präsident der Universität<sup>2</sup>*

Ist der Eingang des Poelzigbaus durchschritten, eröffnet sich eine große Eingangshalle. Zur rechten und linken Seite führen halbrunde Treppen in die erste Etage des Gebäudes, nach vorne hin führen wenige, breite Stufen in das Erdgeschoß. Das Gebäude ist auf jeder Ebene in der ganzen Breite von einem langen Gang durchzogen. Die gekrümmte Form des Gebäudes lässt immer einen Teil des Ganges uneinsichtig. Durch diese Uneinsehbarkeit der Flure, kann zu jedem Zeitpunkt hinter der Krümmung des Ganges jemand auftauchen. Man bekommt hier das Gefühl nichts tun zu können, das nicht dem erwünschten Verhalten entspricht. Der glänzend polierte Steinboden und die strahlend weißen Wände erzeugen eine saubere, fast sterile Atmosphäre, in der alles Unvorhergesehene zum störenden Fremdkörper wird. Hier finden sich tatsächlich keine Sprüche an den Wänden, nur Hinweisschilder, Raumnummern und Veranstaltungsplakate der Universität. Die bunteste Abwechslung bieten noch die in regelmäßigen Abständen errichteten Marketingstände diverser Versicherungen, Verlage, Getränkehersteller oder Banken. Auch sehen die Gänge keine Möglichkeit vor, zu verweilen: Zwar sind an den Fenstern zum Innenhof bankähnliche Gebilde angebracht, diese sind aber zu hoch um wirklich darauf zu sitzen und zudem zu weit von den Fensterbänken entfernt, um diese als Lehne oder Tisch zu verwenden. (Siehe Abbildung 5) Die Gänge sind Durchgang und nicht Aufenthaltsraum, gedacht, um ohne große Ablenkung und Seitenblicke das Ziel zu erreichen.

Die Querbauten, nach vorne durch das Fehlen der Kellerfenster und die abgesetzte Steinfassade wie ein Bollwerk wirkend, öffnen sich zum Innenhof hin durch Zugänge. Das rückwärtige Gegenstück zu dem überdachten Eingang bildet die Rotunde, eine große, runde Halle, die sich mit ihrer vier Meter hohen Glasfassade ebenfalls zum Innenhof hin öffnet. In dem Innenhof selbst ist ein eleganter Garten angelegt. Eine große Wiesenfläche ist von angelegten Stufen eingerahmt, auf denen

<sup>2</sup> <http://www.frankfurt-main.ihk.de/standortpolitik/frankfurtrheinmain/goethe/universitaet/umwandlung/> (letzter Zugriff 14.03.2011)

Blumen und Büsche wachsen. In der Mitte dieser Wiese, genau auf der Höhe der Rotunde ist ein rechteckiger See eingelassen, zu dessen Seiten Wege auf das höher gelegene Casino zu führen. Das Ufer des Sees säumen alte, hoch gewachsene



Abbildung 5

Trauerweiden, am Rande der Wiesenflächen spenden große Bäume Schatten. Der Zufluss des Sees ist ein künstlicher Wasserfall, der unterhalb einer bronzenen Frauenfigur aus dem Stein sprudelt. Das mächtige Hauptgebäude und die dichte Bewachsung halten die Hektik und den Lärm der Stadt draußen. Unter dem Rauschen des Wassers ist der Garten beherrscht von einer entspannten Atmosphäre, die zum Verweilen und zur Kontemplation einlädt. Doch diese künstlich geschaffene Natürlichkeit hat ihren Preis. Die Wiesen müssen penibel gepflegt werden: Ein Teil des Rasens, der nicht mehr dicht genug bewachsen ist, ist mit rot weißem Baustellenband eingezäunt, die Hecken werden feinsäuberlich im rechten Winkel gestutzt, der „Campuservice“ ist redlich darum bemüht, jeglichen Wildwuchs in Zaum zu halten. Mit allerlei Gerät wird beständig gemäht, geschnitten und aufgeräumt. Doch nicht immer gelingt das: Der See ist umgekippt, eine Schaumkrone bedeckt fast die Hälfte seiner Oberfläche, eine fauliger Gestank schlägt einem entgegen, während man sich auf den vorgesehenen Wegen Richtung Casinogebäude bewegt. Die Grünfläche dient als Ort der Entspannung und vermittelt, im Angesicht des mit Sonnenschirmen bestückten Balkons des Casinos, Urlaubsatmosphäre. Aber es scheint zugleich kein Ort für Freizeit zu sein: Das Hauptgebäude der Universität beständig im Blick, ist es der Raum, in dem man Kraft tanken kann, um mit neuem Elan weiter an seinen Zielen arbeiten zu können.

Dieses Casino ist auch der Ort, an dem vor knapp zwei Jahren die Worte des ehemaligen Präsidenten Steinberg, die diesem Abschnitt vorangestellt sind, eine bedauerliche Aktualität erlangen mussten. Denn just dieses Casino war zum Austragungsort eines Streites um eben den Raum geworden, den die Studenten für sich beanspruchten. Im Rahmen des Bildungsstreikes wurde das Casino besetzt und als studentischer Raum beansprucht, an dem alternative Lehrveranstaltungen angeboten, gefeiert, übernachtet und gemalt werden konnte. Und besonders diese letzte Form der Raumgestaltung war den Studenten ein so großes Anliegen gewesen, dass innerhalb der ersten Stunden der Besetzung die vormals strahlend weißen Wände mit bunten Bildern und allerlei Sprüchen übersät waren. (Siehe Abbildung 5a) Es war schließlich gerade dieser Ausdruck der Raumeignung und Umgestaltung, die der derzeitige Präsident der Universität Werner Müller-Esterl zum Anlass nahm, um den Studenten blinde Zerstörungswut und Sachschäden im sechsstelligen Bereich vorzuwerfen. Ein Vorwurf, der natürlich nur unter dem Diktum der weißen Wand nachvollziehbar wird, denn nur dann zerstört ein Bild die Funktion des Raumes, der so „beschmiert“ für die Vermietung an private Unternehmen an Attraktivität verliert, nur dann schadet eine Bemalung den Studenten, weil sie womöglich zu unliebsamer Zerstreuung führt. Noch eine Woche nach der gewaltsamen polizeilichen Räumung, die zu befehlen sich

Müller-Esterl gezwungen sah und in deren Verlauf Studenten und Dozenten aus laufenden Seminaren abgeführt wurden, standen rund um die Uhr Polizeistreifen auf dem Campus wache, um die universitäre Ordnung zu wahren.

An dem Casino und dem Mensaanbau vorbei, steigen die Wege weiter an, auf den neu gebauten Teil der Universität. Es fällt auf, dass die Wege, wenn auch nicht perfekt symmetrisch, so doch sehr geordnet über den Campus leiten. Hinter dem Mensaanbau erstreckt sich der weitläufige neu angelegte Campus Platz. Der Platz ist mit grauen Steinen gepflastert, auf der westlichen Seite zieht sich über die ganze Länge ein stufiger Brunnen, am Ostende unterbrechen zwei quadratische Wiesenstücke die grauen Pflastersteine. Der Platz ist den Wetterbedingungen ausgesetzt: Im Winter pfeift kalter Wind darüber, im Sommer blenden die grell leuchtenden, hellgrauen Steine. Auf dem großen Platz gibt es keine einzige Sitzmöglichkeit. Selbst stehen zu bleiben fällt hier schwer: Ständig eilen Menschen auf dem Weg in die Hörsäle an einem vorüber. Wer hier ziellos stehen bleibt, der irritiert und stört. Einzig wenn im Sommer Getränkehersteller, Versicherungen oder Banken ihre Werbestände aufbauen, scheint der Platz seine Bestimmung als Marketingplatz zu finden. Ähnlich verhält es sich auch mit den Wiesenflächen zwischen den Gebäuden: die rechteckigen Grünflecken sind teilweise zu leichten Hügeln aufgeschüttet, zu allen Seiten sind sie mit asphaltierten Wegen umgeben. Sie erwehren sich in ihrer lediglich ästhetischen Funktion erfolgreich jedweder Zweckentfremdung: Kein Student lässt sich auf diesen Grünflächen nieder um zu verweilen, zu reden, zu lesen, zu rauchen, kurz, um diesen Raum mit Leben zu füllen. Der Raum bleibt leer, ist lediglich Ausstellungsstück und kein Lebensraum. Auf den Wegen lässt es sich gut vorankommen, vor der Versuchung des Verweilens und der Zerstreutheit bleibt man hier bewahrt. Begegnungen finden hier nur begrenzt statt, man ist kurz angebunden, nicht zu persönlich, geschäftig. Möchte man sich tatsächlich unterhalten, so geht man ins Café oder begibt sich in die Gartenanlage hinter dem Hauptgebäude. So kommt man hier gut voran, ohne Ablenkung, zielstrebig, sei das Ziel die Bibliothek, der Hörsaal oder ein Café.

Der neue Campus ist in drei Reihen gegliedert. In der Mitte, im Anschluss an das Casino, stehen der Mensaanbau, der Campus Platz, das Hörsaalzentrum und das Studentenwohnheim. Die westliche Reihe bilden HoF und RuW-Gebäude. Im Osten entstehen derzeit die Zentralverwaltung, die Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften, das Max-Planck Institut für europäische Rechtsgeschichte sowie ein eigenes Gebäude für das Exzellenzcluster „Normativ Orders“. Zentralverwaltung und das HoF nehmen mit ihrem Blick auf die Grünanlagen und das Hauptgebäude die attraktivsten Standorte am neuen Campus ein. Beides sind keine Fachbereiche, denen die Plätze am Rande des Campus vorbehalten



Abbildung 5a

sind, sondern ein privates Institut und ein Verwaltungsgebäude. Die Fachbereiche, die eigentliche Wissenschaft also, wird randständig, zweitrangig oder gar nebensächlich.

Die einzelnen Institutsgebäude (zumindest diejenigen, die bereits fertig gestellt sind und daher in dieser Betrachtung berücksichtigt werden können) stehen weit auseinander. Parallele Fensterreihen, Fassaden ohne Erker, Balkone oder sonstige Unterbrechungen und die gleichfarbige Steinoberfläche lassen die Bauwerke wie monolithische Blöcke wirken. (Bei aller Gleichförmigkeit unterscheiden sich die Fassaden der einzelnen Gebäude klar von einander, betonen den Unterschied.) Die karge Massivität der Gebäude steht in krassem Kontrast zu der aufgehübschten Leere des Raumes zwischen ihnen. Es ist, als hätte sich alle Materie in den massiven Bauwerken verdichtet, als hätte sie den Raum des Campus leer, wie ein Vakuum

zurückgelassen. Auffällig ist zudem, dass jedes der Gebäude nach außen hin zwar eine hohe, gleichförmige Mauer stemmt, im Inneren aber jeweils über einen Innenhof verfügt (so auch die geplanten bzw. im Bau befindlichen Gebäude). Auf diese Weise richten die Gebäude Geschlossenheit, Größe und Undurchdringlichkeit nach Außen und ermöglichen doch, für jene, die im Inneren ein Teil des Apparates sind, Fenster zur Außenwelt, die Licht und Luft hineinlassen. Wer außen steht, ahnt nichts von der Welt im Inneren, die das Licht einlässt, sich aber den Blicken verschließt. (Siehe Abbildung 6)

Hier die Leere, die ein schnelles Vorankommen ermöglicht, in der jedwedem Verweilen zu einem Störfaktor wird, die einsam und bedrohlich ist, solange man nicht weiß wohin; Dort die Massivität der Gebäude, jedes für sich stehend, von den anderen äußerlich klar unterschieden, die Schutz bieten vor dem leeren Zwischenraum, sofern man in eines dieser Gebäude gehört. Unweigerlich wird man hier Teil der Auseinandersetzung zwischen Masse und Leere, gerät in die Anziehungskraft eines jener monolithischen Blöcke, unausweichlich wird man so durch das Vakuum befördert außer Stande zu verweilen, ohne Zeit und Raum für eigene Bewegungen zu haben.



Abbildung 6

## Enge (Angekommen sein)

„You are the sum of all the experiences you have lived, of all the people you have met. And the more positive the people and the experiences, the better the result. GBS' unique teaching approach allows you not only to earn knowledge, networking opportunities and a well balanced life, but also to boost your career, thanks to Goethe University's great research resources and outstanding thought leadership. Together with GBS you can realize your potential.“

*Von einem Schild im Foyer des HoF*

Das HoF steht, wie oben erörtert, an einer zentralen Stelle des Campusgeländes, daher soll es hier exemplarisch herausgegriffen werden, um die Architektur der einzelnen Gebäude herauszuarbeiten. Die Eingangssituation ähnelt jener, der man beim Betreten des Haupteinganges der Universität ausgesetzt ist: Gut sichtbare Kameras sind auf den Betretenden gerichtet, der Eingang selbst ist im Dunkeln gelegen. Im Gegensatz zum Eingang des Poelzig Baus wird diese Verdunkelung des Eingangsbereiches jedoch nicht durch eine vorgeschobene Überdachung, sondern durch ein Einlassen in das Gebäude erreicht, was den monolithischen Charakter des Gebäudes unterstützt. Unmittelbar hinter der Eingangstür, die sich jedem Besucher automatisch öffnet, befindet sich ein Tresen, an dem gewöhnlich ein oder zwei Personen des Wachpersonals der Universität sitzen. Es sind nicht physische Barrieren, die am Eintreten hindern, auch die Wachleute werden die Eintretenden freundlich begrüßen, die Türen öffnen sich gar automatisch, sodass man sich nicht einmal anzustrengen braucht. Das Eintreten verlangt etwas ganz anderes: Wer sich der Ungewissheit des dunklen Eingangs stellt, wer sich den unerwiderbaren Blicken der Kameras aussetzt, um spätestens in der Erwidern des Lächelns eines Wachmannes seine Zugehörigkeit kundzutun, muss auf ganz ungezwungene Weise der Konformität Tribut zollen.

Zur Rechten des Tresens befindet sich das Café „Börse“. Schwarze Lederbänke, eine holzvertäfelte Bar und in die Wand eingelassene Leuchtkörper erzeugen eine edle Atmosphäre. Die Rückwand des Raumes ist verspiegelt und mit kurzen Zitaten beschrieben. Aus der weißen Schrift sind in Schwarz einige Worte hervorgehoben: „Investiere“, „Reich“, „Goldpreis“, „100%“, „Geld“ etc. Die weiße Schrift an dem Spiegel zu lesen ist nahezu unmöglich. Lediglich die in Schwarz hervorgehobenen Worte lassen sich ohne größere Anstrengungen entziffern.

Der klaren Vorgabe, was wichtig ist und was ausgeblendet bleibt, lässt sich nur mit einiger Anstrengung widersetzen, die der gesuchten Entspannung im Café gänzlich undienlich ist. Die wichtige Information ist hier von jenem störenden Beiwerk befreit, das nur ablenken würde. Auch hier soll nichts zerstreuen, von dem ablenken, was als wichtig gilt, wie die verdichtete Materie der Gebäude von der Leere ihrer Zwischenräume getragen wird, so verdichtet sich die Farbgebung in den Worten von Bedeutung und lässt ohne Mühe über die farbleeren Satzteile hinweglesen. (Siehe Abbildung 7)

Direkt hinter dem Eingangstresen öffnet sich eine große Empfangshalle. Der Boden besteht aus schwarzem und weißem Marmor. Das Muster zeigt schwarze Quadrate, die von einem weißen und dann noch einmal von einem schwarzen Rahmen eingefasst sind. Die „Lecture Rooms“ zur Linken und an der Rückwand tragen den Namen verschiedener Kreditinstitute. Ein Monitor neben der Eingangstür blendet abwechselnd News, Werbung der Universität und den Belegplan des Raumes ein. Auf der rechten Seite der Halle befindet sich eine Glaswand, die an einer Stelle von einer Holztür unterbrochen ist. Diese Bibliothek ist mit dem Schriftzug „Information Center“ überschrieben. In den Ecken der Halle



Abbildung 7

stehen breite Ledersessel in Zweiergruppen zusammen. (Siehe Abbildung 8) Die Musterung des Bodens weist eine seltsame Parallele zu dem Lageplan des Campus auf: Wie die Gebäude sind die gleichförmigen, symmetrische angeordneten Blöcke durch ein dunkles Raster voneinander geschieden. Die Bildschirme an den Türen versorgen mit allen nötigen Informationen von der gerade stattfindenden Veranstaltung bis hin zu Themen für den anschließenden Smalltalk. Die in dem großen Saal verloren wirkenden Sessel bieten den Raum für jenen Smalltalk. Für die Diskussion und Kritik der Inhalte eines Seminars ist dieser Platz gänzlich ungeeignet: Jedes Wort hallt in dem großen Raum wieder, schnell vorbeieilende Studenten weisen die eigene Gemütlichkeit als Faulheit aus. Besser verbringt man die Zeit zwischen den Veranstaltungen damit, sich in dem „Informationcenter“ mit der nötigen Information auszustatten, um die nächste Prüfung zu bestehen. Nicht Bücher sind hier dem Namen nach versammelt, hier werden zentral „Informationen“ zur Verfügung gestellt. Was an der Spiegelwand des Cafés bereits angedeutet ist, ist hier wissenschaftliche Realität geworden. Es ist bestürzend, wie offen die Universität in ihrer Architektur die Raumlosigkeit zelebriert, mit der sie auch das Denken in enge Schranken weist, wie klar hier ausgesprochen ist, dass



Abbildung 8

es nicht um Wissen sondern um Information geht, dass es nicht widerstreitende Theorien sind, mit denen es sich auseinanderzusetzen gilt, sondern Informationen, die man sich anzueignen hat.

An der Rückwand der Halle befindet sich eine Skulptur. Sie stellt das Emblem der Deutschen Bank dar, ein quadratischer Kasten, in dessen Mitte ein von links unten nach rechts oben gerichteter Strich einen aufsteigenden Börsenkurs symbolisieren soll. Die Rückseite dieser Skulptur ist verspiegelt. (Siehe Abbildung 9) Dem Betrachter des Kunstwerkes eröffnet sich durch diese Verspiegelung ein interessantes Bild: Man sieht sich selbst, in einem dicken quadratischen Rahmen eingeschlossen und durchgestrichen. Die Abstriche, die man beim Betreten an der eigenen Person zugunsten der Konformität des Gebäudes machen musste, finden hier ihren Ausdruck: Aufgehoben in dem schützenden Block wird die besondere Individualität der Person ausgestrichen.

### Fazit und Ausblick

Die Architektur des neuen Frankfurter Campus hebt sich von der des Campus in Bockenheim vor allem durch eine klare Abgegrenztheit nach Außen ab, ein Bild, das sich im Inneren des Campus wiederholt. Die Grenzen sind hier aber nicht Berührungslinien, an denen sich begegnet werden kann, sie haben keine Schwellen, an denen die Grenze durchlässig ist. Es sind vielmehr Leerräume zwischen den Orten (den Gebäuden), ein Vakuum zwischen den Elementen, das vor allem ein widerstandsloses Vorankommen ohne störende Ablenkung und Zerstreung sichern soll. Im Grunde sind es gar keine Räume, in denen man sich aufhalten und begegnen könnte. Wie auf dem zitierten Schild des HoF treffend beschrieben, soll eben alle störende Begegnung ausgeschaltet werden. An deren Stelle soll die Einstellung treten, dass nur der zweckdienliche Kontakt zu suchen ist. Die Folgen für die Wissenschaft liegen auf der Hand: Wenn sich der Erfolg nur durch das effektive Sammeln der richtigen Information einstellt, dann wird das zweifelnde Durchdenken eines Sachverhaltes, jenes gedankliche Umherirren zur Zeitverschwendung. Es kann hier nichts Neues gedacht werden, die Wege und Wahlmöglichkeit sind bereits eingefahren, dadurch ermöglichen sie ein ungehindertes Vorankommen. Die Universität, so könnte man es zugespitzt ausdrücken, hat versagt.

Natürlich erschöpft sich solches Versagen nicht in der Architektur eines Campus, es nimmt dort nur Gestalt an. Interessant wäre in diesem Zusammenhang eine Untersuchung der Reform des Studiums im Zuge des Bolognaprozesses unter den Kategorien der Enge und der Leere, der Verdichtung und der Ausdünnung. Denn



Abbildung 9

gerade dort zeigt sich eine ganz ähnlich Verdichtung zu Blöcken und Modulen, in deren Zwischenräumen es immer wichtiger geworden ist, ablenkende Seitenblicke zu vermeiden um ungehindert voranzukommen. Und dies geschieht in der selben, plumpen Offensichtlichkeit, mit der auch die Schlüsselbegriffe in dunkler Farbe gesetzt werden, ohne den empörten Widerspruch auszulösen, den man eigentlich von jenen kritischen Studierenden erwartet hat, die diesen Ort zu einem Raum des freien Denkens machen sollten.

*Marcus Jurk, Hanauer Landstr. 86, 60314 Frankfurt am Main  
marcusjurk@gmail.com*

Werbung

Foto

## Beschäftigt?

*Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburger Edition 2011, 383 Seiten, 32 Euro*

Auf der 1. Mai-Kundgebung 2011 des DGB in Reutlingen zeigten IGM- und ver.di-Jugend in einer szenischen Darstellung wie auf dem Laufsteg markante Punkte der arbeits- und sozialrechtlichen Entwicklung. Eine Forderung, die sie am Ende der Vorstellung erhoben, war die Abschaffung von Befristungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen. Diese Forderung reflektiert die enorme Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen gerade bei Jüngeren. Mit der Forderung zielen sie genau auf das Phänomen, das Gegenstand des vorliegenden Buches von Robert Castel ist. Im Zentrum stehen die neuen Unsicherheiten, die durch Veränderungen von Arbeitsverhältnissen und ihrer arbeits- und sozialpolitischen Regulierung hervorgerufen werden. Wenn er in der Einleitung feststellt „das sich in den letzten dreißig Jahren in der Art und Weise, wie wir uns die Zukunft vorstellen und sie bewältigen können, ein beträchtlicher Wandel vollzogen hat“ (9), so trifft er sicher nicht nur die Stimmungslage derjenigen, die beim Einstieg in eine berufliche Laufbahn eben nicht mit so genannten sicheren Aussichten rechnen können und denen bei der Alterssicherung eine zunehmende private Versicherungsbereitschaft, längere Lebensarbeitszeiten und niedrigere Sozialversicherungsrenten zugemutet werden. Seine Feststellung „Heute sind sehr viel weniger der Meinung, dass

morgen alles besser sein wird“ (10) ist für ihn Ausdruck eines „Systemwandel des Kapitalismus“ (10) und das Anliegen, das im vorliegenden Buch verfolgt wird, ist es „die Gesamtdynamik des Umbruchs“ darzustellen und gegenüber seinem 1995 erschienen Buch „Die Metamorphosen der sozialen Frage“ zu aktualisieren, weiterzuführen und zum Teil zu korrigieren. „Krise der Arbeit“ ist nämlich eine Sammlung von Texten, die zwischen 1995 und 2008 erschienen sind und sich mit der „Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ (55-147), dem „Umbau der Sozialsystem“ (149-238) und den „Wege(n) der Entkoppelung“ (239-326) befassen. Die Einleitung, die zusammenfassend Castels Perspektive auf die Transformation kapitalistischer Verhältnisse beschreibt und der Schluss zur „Genealogie des hypermodernen Individuums“ (327-368) sind neu geschrieben und bei den älteren Texten sind Überarbeitungen vorgenommen worden „unter Verzicht auf die Einführung späterer Fakten“ (7) oder es sind explizite Postskripta vorgenommen worden.

Um es gleich zu sagen: Wer noch nie etwas von Castel gelesen hat, findet hier einen sehr guten Zugang zu seinem Werk. Wer schon frühere Veröffentlichungen von ihm gelesen hat findet selbstverständlich viele bekannte Argumente, aber hat gleichzeitig das Vergnügen, an Castels Nachdenken über den Fortgang der Geschichte der Lohnarbeit, wie wir sie erleben und mitmachen, beteiligt zu sein. Wiederholungen von Themen und Argumentationen an verschiedenen Stellen sind in solchen Sammelbänden wohl nicht zu vermeiden. Man könnte auch eine Rangliste der Texte nach „kann“-„darf“-„muss“-Kriterien aufstellen. Allerdings

machen alle Leserinnen und Leser auch die Erfahrung, dass Castel in seinen Analysen einen Punkt nach wie vor nicht oder unzulänglich bedenkt: das Geschlechterverhältnis im Rahmen der Regulation der Arbeit im Kapitalismus bzw. die Untersuchung von Arbeit (bezahlter wie unbezahlter) unter einer Genderperspektive. Zu diesem Problem in Castels Analyse sei als ergänzende Lektüre der Text von Brigitte Aulenbacher in dem von Castel und Dörre 2009 herausgegebenen Sammelband „Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung“ empfohlen, indem sie Parallelen und Differenzen von Prekarisierungs- und Geschlechterforschung vorstellt und als hauptsächliche Differenz auf die mangelnde Berücksichtigung der Sphären der Hausarbeit, Eigenarbeit und Subsistenzarbeit in der Forschungsperspektive Castels hinweist (Aulenbach 2009:70). Im vorliegenden Buch spricht Castel das Geschlechterverhältnis explizit nur im Rahmen seiner Interpretation der Geschichte von Tristan und Isolde als Bericht einer Entkopplung an.

Für das Verständnis von Castels Argumentationen sind drei Bemerkungen wichtig, die in seiner Einleitung fallen. Einmal erklärt er dem Leser und Leserin, weshalb in seinen soziologischen Arbeiten die Geschichte einen so breiten Raum einnimmt. Seiner Ansicht nach muss man „eine aktuelle Situation stets in einen Transformationsprozess einordnen“ (50). Anders könne man nicht begreifen „was hier und jetzt geschieht“ (51). In seiner Weise, „das heutige als Resultat einer Dynamik“ zu begreifen (50), ist von „Spannungsmomenten“, „Ungleichgewichten“ „Weichenstellungen“ die Rede, Begriffe, in denen teilweise die Akteure der sozi-

alen Konflikte und Kämpfe verloren zu gehen scheinen, obwohl sie in seinen historischen Beschreibungen als Handelnde auftauchen. Zum zweiten erläutert er, weshalb er die isolierte Betrachtung von sozialen Situationen für falsch hält, wie er sie besonders bei den Analysen wahrnimmt, die einen Zustand nicht mehr als Resultat eines Prozesses begreifen. Was Castel immer wieder anspricht ist die Tendenz, soziale Situationen wie „Vagabundage“, „Vorstadtproblem“ quasi statisch zu betrachten und nicht mehr „die Beziehung des Randes zum Zentrum und des Zentrum zum Rand“ zu untersuchen (51). Gegenüber dem Vorwurf eines gewissen Objektivismus, der ihm wohl aufgrund dieser Herangehensweise öfters gemacht worden ist, hält er daran fest „dass sich das Verhalten der sozialen Akteure, einschließlich ihrer Erfahrungen und Motive, (nicht) begreifen lässt, ohne dass man den objektiven Zwängen, die auch ihr ganz persönliches Erleben prägen, breiten Raum gewährt.“ (52). Für Castel, der sich als „Freudomarxist [...] wie man es in den 60er Jahren sein konnte“ charakterisiert, besteht nach wie vor die Aufgabe einer Theorie für die „umfassende Sicht, die das Psychologische und das Soziale zu zwei Seiten derselben Realität machen würde“, aber er ist skeptisch gegenüber der Durchführbarkeit dieser Aufgabe (53). Sein soziologisches Erkenntnisinteresse geht dahin, die „Voraussetzungen auf(zu) zeigen, deren es bedarf, um in einer stets vom Zwang beherrschten Gesellschaft als Individuum zu bestehen“ (52). Zum Dritten – und das schließt an diese persönliche politische Geschichte Castels an – sagt er in einer Fußnote auf S. 12, „Man wird also zum Reformisten.“ Er erklärt sich diesen

Unterschied zur Position der radikalen Entlarvung von Herrschaftsverhältnissen früher (1940er Jahre oder „1968“) mit dem fehlenden Glauben bzw. der fehlenden Hoffnung „auf eine globale Alternative zu den Herrschaftsverhältnissen“ (12). Nicht die radikale Kritik ist für ihn falsch und im Reformismus analysiert er eine liberale und linke Variante (219-238). Der liberale Reformismus ist die uns hierzulande von fast allen jüngeren Regierungen vorexerzierte Politik der Befreiung der Marktkräfte, von der in unterschiedlicher Art und Weise „soziale Besitzstände“, „soziale Privilegien“ – letztlich wesentliche sozialstaatliche Regulierungen – als „Ursachen von Dauerarbeitslosigkeit, Prekarität und sozialer Ausgrenzung“ angegriffen werden (220). Die politischen Vertreter dieses Angriffs – für den Rezensenten besonders deutlich in seiner rot-grünen Variante ab 1998 und der früheren Variante der „neuen sozialen Frage“ von Geißler und Blüm in den späten 1970er Jahren – stellen sich als die „wirklichen Beschützer der Armen und Gebeutelten“ vor (222) und eine zumindest diskursive Verschiebung der sozialen Konflikte („arbeitende und nichtarbeitende“ „Festangestellte und prekär Beschäftigte“ (223), Rede von den „Ausgeschlossenen“ 226 f) wird herbei geführt. Ein linker Reformismus wäre für Castel dagegen einer, der eine Politik gegen die totale Herrschaft des Marktes richtet. Castel hält nichts vom revolutionären Pathos der Abschaffung des Marktes und der Lohnarbeit, nicht zuletzt weil er dabei eine Regression in vormoderne Herrschaftsverhältnisse befürchtet (237), sondern heute beinhaltet Reformismus für ihn „das erreichbare Höchstmaß an politischem Gestaltungswillen und auch

das Körnchen Utopie, das sich heute unter Beachtung des Realitätsprinzips verteidigen lässt“ (238). Sein politisches Interesse ist die Suche nach Wegen, „den Markt und die Arbeit“ als „Grundpfeiler der Moderne“ „in einem für alle lebbareren Rahmen zu verbinden“ (238).

Worin besteht nun nach Castel die gegenwärtige kapitalistische Transformation? Sie besteht zum einen darin, dass sich der „soziale Kompromiss des Industriekapitalismus“ sich auflöst. Der Kompromiss bestand nach Castel darin, dass die Logik des Klassegensatzes von der „Konkurrenz von Berufsgruppen“ und vom sozialpartnerschaftlichen Kampf um die „Aufteilung des Wachstumskuchens“ abgelöst worden waren (14). Auf diese Weise schienen die sozialen Ungleichheiten nicht festgeschrieben, sondern die unterschiedlichen Positionen auf der Ungleichheitsskala schienen erreichbar, vor allem als sozialer Aufstieg. „Es wirkte sozusagen ein Prinzip der aufgeschobenen Befriedigung, das jede Gruppe auf längere Sicht mit einer Verbesserung rechnen lässt“ (15). Die Position der Lohnarbeitenden wird in der arbeitgesellschaftlichen Regulation verbunden mit Rechten. Diese soziale Bürgerschaft beseitigt keineswegs soziale Ungleichheit, aber lässt „an einem Kontinuum von sozialen Positionen teilhaben, das auch ein Kontinuum von Rechten ist“ (17). Diese Konzeption sozialer Bürgerschaft hat durchaus Parallelen zur Marshalls Triade politischer, ziviler und sozialer Rechte und der damit gegebenen „social citizenship“ (vgl. dazu z.B. Wagner 2009). Die individuellen Lohnarbeitenden sind in dieser Phase des Kapitalismus in Kollektive und kollektive Schutzregelungen eingebunden. Arbeitsverhältnisse

wurden in der Geschichte des Kapitalismus zunehmen entindividualisiert und die laufende Transformation „wird von einer durchgängigen Entkollektivierungs- und Reindividualisierungs-Tendenz beherrscht“ (18). Darin sieht Castel „Sinn und Bedeutung der großen Transformation, die das neue Regime des postindustriellen Kapitalismus herbeiführt“ (18). Nun gibt es schon länger die Debatten darum, inwieweit sich gesellschaftliche Entwicklungen eindeutig und präzise in ein vorher und ein „post“ einteilen lassen, und es gibt die Debatten darüber ob solche eindeutigen Definitionen von Phasen oder Regimen nicht konkrete Ungleichzeitigkeiten zugunsten einer vorgestellten Allgemeinheit von Normalität vernachlässigen. Diese Anfragen kann man auch an Castels Analyse stellen, doch sie relativieren sich, führt man sich vor Augen, dass er immer danach fragt, welche sozialen Gruppen Gewinner und Verlierer der neuen Normativitäts-Normen sind. Denn er beschreibt das postindustrielle Regime, das andere vielleicht als postfordistisch oder immateriell kennzeichnen würden ja als ein normatives Programm, das gesellschaftlich und politisch Hegemonie gewinnt. Die Auswirkungen der (Re)-Individualisierung sind für ihn „gegensätzlich. Sie gibt den einen die besten Chancen und nimmt sie den anderen weg. Sie tendiert letztlich zu einer Aufspaltung in zwei Arten von Individuen, von denen die einen mit allem versorgt sind, während den anderen die nötigen Mittel fehlen, um ihre sozialen Bestrebungen verwirklichen zu können“ (22). Letztere bezeichnet er als „bloße Individuen“. In der aktuellen Konstellation sieht Castel nun das eigentliche Kennzeichen nicht darin, dass sich

soziale Ungleichheiten tatsächlich enorm verschärfen, sondern für ihn ist die politische Regierung dieser Situation das entscheidend Neue. „Noch wichtiger als diese Vertiefungen der Ungleichheit ist aber die Tatsache, dass wir einen Umbau des Sozialsystems selbst erleben, der die bloßen Individuen auf schlechtere Absicherungsformen verweist“ (23). Erwerbslose werden eben auch „durch die Einrichtungen abgewertet, die Zeiten der Beschäftigungslosigkeit und fehlende Absicherungen aufgrund von Erwerbstätigkeit abfedern sollen“ (23). Vor diesem Hintergrund kritisiert Castel die Programmatik und Praxis von Aktivierungspolitiken, die mit ihren Hymnen des Förderns und Forderns den „Triumph des Individualisierungsprinzips“ begleiten (23). Im Rahmen der sozialstaatlichen Veränderungen und ihrer Ambivalenzen und Verunsicherungen kommt dem Recht für Castel eine besondere Bedeutung zu. Eine „gewisse (?) Unbedingtheit des Rechts“ wäre für ihn „Garant eines Sozialstaats [...], der diesen Namen verdient“ (36). Nicht umsonst kommt dem „Umbau des Rechts“ in der Umsetzung der Programmatik des aktivierenden Staates eine besondere Bedeutung zu. Andere Autoren – wie z.B. Berthold Vogel sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Exerzierfeld eines tendenziell rechtsauflösenden Gerechtigkeits- und Teilhabemanagements“ (Vogel 2007:74). Die von Castel hervorgehobene Tendenz der Individualisierung werden von ihm auch unter dem Aspekt der damit verbundenen Risiken thematisiert, die steigen, wenn kollektive Sicherungen abgebaut werden. Deswegen gibt es für ihn drei Risiken, um die heutzutage soziale und politische Konflikte entstehen: Erstens

das soziale Risiko mit den Fragen nach der sozialen Absicherung angesichts wachsender Prekarität und nach der Absicherung z.B. der Pflegebedürftigkeit angesichts der Auflösung traditioneller Familienstrukturen (27/28). Zweitens der Wechsel vom Blick auf die Risikogruppen zur Diagnose der Risikofaktoren mit einer Ausweitung präventiver Kontrollen durch Informationssammlung und Profilerstellung. Und drittens die Risiken und Nebenwirkungen der kapitalistischen instrumentellen Naturbeherrschung. Castel plädiert für eine Priorisierung der politischen Relevanz dieser Risiken und landet bei der Aussage, dass für ihn die „sozialen Risiken grundlegend sind“ (30). Er beansprucht, keine Konkurrenz zwischen den Risiken herzustellen, sondern will das „derzeit vorherrschende totalisierende Risikodenken“ dekonstruieren (31) um politische Handlungsfähigkeit herzustellen. Was dabei verloren geht, ist der Versuch, einen inneren Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen und der gesellschaftlichen Verfasstheit herzustellen, eben nicht im Sinne einer Totalisierung ‚alles Risiko‘, sondern ganz ernsthaft als Untersuchung des Zusammenhangs. Dies macht er ganz explizit in der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Tendenz, soziale Fragen zu verwandeln in „städtische Fragen“ und „ethnische Fragen“ (37). Seine Hypothese ist, „dass sich die im Epizentrum der Arbeit entstandene Schockwelle auf die verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens überträgt und dort in einer mehr und mehr zu einer Gesellschaft der Individuen werdenden Gesellschaftsformation differentielle Wirkungen hervorruft“ (38). Solche Diskursverschiebungen sozialer Fragen nach Armut sind ja auch im deut-

schon Sprachraum alles andere als unbekannt, seien es nun wissenschaftliche Diskurse über sozialräumliche Segregation, soziale Stadtentwicklung oder Varianten des Unterschichtsdiskurses mit mehr oder weniger rassistischen Zuspitzungen (vgl. dazu aus dem deutschen Sprachraum Kessler/Reutlinger/Ziegler 2010).

Was hier in der Einleitung an Themen aufgerufen wird, wird von Castel in den einzelnen, zu Kapiteln zusammengefassten Aufsätzen eingehend analysiert. Dabei verbreitet er keineswegs Optimismus, geht jedoch nicht davon aus, „dass diese Verschlechterung irreversibel ist“ (46). Denn er vertraut darauf, dass das von Hannah Arendt formulierte „Recht auf Rechte“ in den westlichen Gesellschaften persönlichkeitsprägende Wirkung entfaltet hat (46). Zweitens hofft er ganz kapitalistisch – immanent auf eine „intelligente Governance“, die sich der kontraproduktiven Effekte der absoluten Flexibilisierung und Individualisierung – quasi zur nachhaltigen Bewahrung des zu verbrauchenden Humankapitals – bewusst wird (47/48). Und drittens rechnet er mit dem „menschlichen Faktor“, auch wenn er „am unberechenbarsten ist“: „Kräfte des Widerstand oder Aufbegehrens oder Neigung zur Resignation, was setzt sich durch? Bei wem und wie lange?“ (48). So lauten seine Fragen an potenzielle Träger von Widerstand.

Im ersten Teil „Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ finden sich überarbeitete Texte von 1996, 1998, 1999, 2001 und 2007. In „Arbeit zwischen Knechtschaft und Freiheit. Die Bedeutung des Rechts“ widerlegt Castel die neoliberale These eines Gegensatzes von „Freiheit der Arbeit“ und „Zwang des Rechts“ über eine kurze

Geschichte von der Armenpolitik von den Zunftgesetzen bis zum modernen Vertragswesen und belegt, wie gerade in Rechtsform gebrachte Schutzansprüche die Arbeitenden von purer persönlicher Knechtschaft befreien – ohne deswegen von Ausbeutung und Fremdbestimmung frei zu werden. Die Unpersönlichkeit der sich verallgemeinernden Lohnarbeit befreit von bestimmten Abhängigkeiten und „die abstrakte Arbeit“ schafft es, die Arbeitenden wegen der gesellschaftlichen Relevanz ihres Tuns zur Figur im öffentlichen Raum zu machen: „Das Arbeitsrecht besiegelt sein Bürgerrecht“ (67) und dennoch beherrscht die Arbeit den Arbeiter „und ist gleichzeitig das, was ihm Anerkennung verschafft“ (68). Ein „starkes Arbeitsrecht“ ist jedenfalls zentral für eine Anerkennung der sozialen Bürgerschaft der Arbeitenden und für die Zivilisierung der sozialen Beziehungen. Dieses „durch und durch reformistische“ Konzept (73) gilt es aus Castels Perspektive zu verteidigen gegen Bestrebungen, „wieder möglichst viel (individuell) verhandelbar“ zu machen innerhalb von Unternehmen (74). Diese positive Würdigung des Prinzips Arbeitsrechts führt Castel auch zu großer Skepsis gegenüber alternativen Formen von Anerkennungsversuchen, wie sie in „bürgernahen Dienstleistungen“, bei uns wohl vergleichbar mit gemeinwohlorientierten, gemeinnützigen Tätigkeiten in öffentlich geförderter Beschäftigung, institutionalisiert werden. Denn diesen Arbeiten fehlt in der Regel die Eingebundenheit in kollektive arbeitsrechtliche Regulationen über den Arbeitnehmerstatus (71). Auf die Rolle von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen angesichts zunehmender Prekarisierung von Arbeit

geht er auch in den Texten „Umgestaltung oder Neubegründung des Arbeitsrechts“ (98-112) und „Jenseits der Lohnarbeit oder diesseits des Arbeitnehmerstatus? Die Institutionalisierung des Prekariats.“ (128-147) ein. In ersterem beteiligt er sich an der Diskussion, ob soziale Sicherheit, die bisher mit einem so genannten Normalarbeitsverhältnis verbunden war angesichts der Erosion desselben, durch eine solche zu ersetzen, „die sich an der Person des Arbeitnehmers festmacht, auch in Zeiten von Nichterwerbstätigkeit“ (100). Auch wenn – noch nicht vollständig ausformulierte – Modelle „personenbezogener Regelungen verführerisch“ klingen, befürchtet Castel angesichts bestehender politischer und sozialer Kräfteverhältnisse eine „Angleichung nach unten“ durch solche Regelungen. Eine Sekspis, die auch gegenüber Konzepten der Flexicurity, wie sie im Rahmen der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion in der EU befördert werden, von verschiedener Seite vorgebracht werden. Im zweiten Text setzt er sich eingehend damit auseinander, was denn heute eigentlich unter Arbeitslosigkeit zu verstehen ist und was eigentlich Prekarität bedeutet. Wenn der aktuelle Kapitalismus keine Vollbeschäftigung im klassischen Sinne sichern kann, dann geht Castel davon aus, „dass es heute Formen von Nichtbeschäftigung geben könnte, die keine wirkliche Arbeitslosigkeit sind, sofern es nämlich Stellensuchende gäbe, die gar keine Anstellung finden können. Sie wären nicht arbeitslos, sondern nicht beschäftigt, weil der vorhandene Stellenmangel nicht zu beseitigen ist“ (133). Angesichts der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse fragt er sich auch, ob man denn noch an der Unterscheidung von

Normalarbeitsverhältnissen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen festhalten könne: „Wenn sich die Tendenz fortsetzt, würde die Beschäftigungsstabilität als normale Organisationsform der Arbeit bald der Beschäftigungsinstabilität weichen“ (133). Die Analyse der Existenz dieser Situation ist ein wesentlicher Unterschied zu seiner Position in der „Metamorphose der sozialen Frage“, wo er im Widerspruch zu den Predigern vom Ende der Arbeit noch von einem Verfall der arbeitgesellschaftlichen Prinzipien ausgegangen ist, die die Grundstruktur nicht in Frage stellen. Heute scheint das für ihn der Fall zu sein, was er mit dem Begriff der „Subproletarisierung der Lohnarbeit“ beschreibt (43). Nun ließe sich hier selbstverständlich mit einem Blick auf die Statistik der Arbeitsverhältnisse z.B. in Deutschland zeigen, dass das so genannte Normalarbeitsverhältnis quantitativ immer noch dominant ist, jedoch bezogen auf bestimmte Gruppen von Arbeitenden lediglich Wunschvorstellung, aber nicht gelebte Realität ist. Darüber hinausgehend lässt sich auch mit guten Gründen argumentieren, dass „das fordistische Normalarbeitsverhältnis weder allgemein gültig noch tatsächlich ‘garantiert’ war“ (Gruppe Blauer Montag 2008: 154) sowohl unter der Perspektive der Geschlechter- und Arbeitshierarchie als auch erst Recht im internationalen Maßstab. Castel beschreibt folgerichtig eine „Prekariersituation [...] im Sinne einer Existenzform der Lohnabhängigkeit. Einer dauerhaften Unsicherheit, die nichts Exzeptionelles oder Vorübergehendes mehr hat“ (136). Zu diesen Formen der Prekarität zählt Castel auch die staatlich induzierten „Formen der Unterbeschäftigung“ wie in

Frankreich das „aktive Mindesteinkommen“ und er weist auf die hegemoniale politische Position hin, „dass ein ungeheurer, um nicht zu sagen erpresserischer Druck ausgeübt wird, der jeden zur Arbeit zwingt“ (137). Das führt zwangsläufig im öffentlichen Bewusstsein zu einer „Kulpaibilisierung der Nichterwerbstätigen“ und zu einer Implementierung von „Zwangsmaßnahmen“, die andernorts in der sozialpolitischen Diskussion auch als Workfare bezeichnet werden (138) (vgl. beispielhaft Grell/Sambale/Eick 2002). Diese Entwicklungen bedrohen und zerstören die in Castels Augen wichtige Vorstellung von einer solidarischen Sicherheit, auf die man sich trotz aller Ungleichheit in der Position einigermaßen verlassen konnte. Mit dieser Entwicklung wird das Bild einer „Gesellschaft der Gleichen“ (140) – oder wie er es in „Die Stärkung des Sozialen“ auch geschrieben hatte einer „Gesellschaft der Ähnlichen“ – zerstört. Dass er dabei den Unterschied zwischen den 545 € Verdienst im Rahmen des aktiven Mindesteinkommens und dem Einkommen von Zinedine Zidane bei Real Madrid als Beispiel anführt, ist sicher diskussionswürdig, wirft aber auch Anfragen an sein Konzept des „differenzierten Positionenkontinuums in der Arbeitsgesellschaft“ auf, bei dem ja letztlich eine realistische Aufwärtsmobilität unterstellt ist. So richtig Castels Beschreibung der Entwicklung als „Rekommodifizierung des Arbeitnehmerverhältnisses“ ist, so stark vernachlässigt sein Verlierer – Gewinner – Bild (140) die darunter liegenden Hierarchien sozialer Ungleichheiten in und außerhalb des Arbeitnehmerstatus.

Auch wenn Castel sich nicht sicher sein will und kann, in wie weit die Pre-

karisierungstendenzen den bisherigen Arbeitnehmerstatus vollständig auflösen, sind für ihn „die Grundlagen der Solidarsysteme zu überdenken“ (144). Er sieht – wie auch schon Aufsätze in der Zeitschrift *Widersprüche* in den 1980er Jahren sowie weitere, gerade auch feministische sozialstaatskritische Analysen – die klassischen Sozialversicherungssysteme aufgrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit (und Veränderungen in Menge und Qualität sozialversicherungspflichtiger Arbeit) finanziell und strukturell „von Grund auf destabilisiert“ (145) und „große gesellschaftliche Gruppen von Mitgliedern einer Solidargemeinschaft in „Abhängige, die Unterstützung beanspruchen“ verwandelt (145). Als sozialpolitischen Ausweg aus dieser Situation diskutiert er wieder die schon angesprochenen Möglichkeiten, einen „Bestand an Rechten“ an die Person zu binden und den flexibilisierten Lohnarbeitenden „einen Status zu geben“ (146). Hier eröffnet sich dann das Feld der Diskussion Solidarität für das 21. Jahrhundert bedeuten könnte“ (147). Castels Anforderungen an diese Solidarität bestehen darin „dass alle über jenes Mindestmaß an Mitteln und gemeinsamen Rechten verfügen, das ihre soziale Bürgerschaft konstituiert“ (147). Diese Konstitution wiederum ist für ihn wohl nur über eine Konsolidierung der Arbeitsverhältnisse denkbar. Ansonsten befürchtet er die gesellschaftliche Aufspaltung in vollwertige Solidarität (abgesichert über Arbeit und Besitz) und eine deprivierte Form der Solidarität der abhängigen Unterstützungsempfänger. Diese Spaltung klingt dann doch eher so, wie wir das klassische soziale Sicherungssystem kennen: aufgespalten in die Sozialversicherungssysteme einerseits

und das Fürsorgesystem andererseits. Eine Verallgemeinerung der Solidarität jenseits ihrer Bindung an Lohnarbeitsverhältnisse scheint für Castel nicht denkbar zu sein. Denn politische Vorschläge, wie sie im Rahmen der Diskussionen um emanzipatorische Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens gemacht werden, würden ja einer Vorstellung entsprechen, einen Bestand an Rechten (z.B. auf eine frei zugängliche Infrastruktur von Kultur, Bildung, Gesundheitsversorgung und Mobilität) an die Person zu binden, unabhängig davon, ob sie gerade Lohnarbeit oder nicht. Auf S. 212 macht Castel Aussagen zum notwendigen Charakter des Sozialstaats der Zukunft als „vorsorgender Staat“, ein Begriff der hierzulande ja auch in der sozialdemokratischen Diskussion zu finden ist. Als zentrale Bestandteile eines solchen Sozialstaats benennt er dort „eine garantierte soziale Grundsicherung“ und ein garantiertes Grundeinkommen für Arbeit. Solche Überlegungen sind durchaus anschlussfähig an die Diskussionen um eine Politik der sozialen Infrastruktur (vgl. z.B. die Texte von Hirsch, Steinert und Brüchert und AG links-netz in *Widersprüche*, Heft 97, 2005). Die Diskussion um universalistische Solidariätsvorstellung muss immer danach fragen, welche Gruppen und Personen bei welchem Universum mitbedacht oder ausgeschlossen sind. Solidariätsvorstellungen im Rahmen von Sozialversicherungen beruhen auf anderen Gründen als Solidariätsvorstellungen, die an den Staat als Garanten sozialer Grundrechte gebunden werden und Solidariätsvorstellungen in der Tradition der Arbeiterbewegung haben ebenfalls ein beschränktes Universum der Zugehörigkeit zur Solidargemein-

schaft. Wahrscheinlich gibt es momentan keine klaren politischen Lösungen, denn wie auch immer Solidarität von wem organisiert wird, richtet sie sich gegen eine soziale Bedrohung durch zerstörerische Bedingungen von Produktion und Reproduktion. Ein gut begründbarer Maßstab für Solidarsysteme aus Sicht des Rezensenten wären jedenfalls u.a. die Offenheit gegenüber einer Vielfalt von individuellen und kollektiven Lebenspraxen, also der Verzicht darauf, Lohnarbeit zum entscheidenden Zugangskriterium für volle soziale Bürgerschaft zu machen (vgl. auch Leses-nich 2007 oder Demirovic 2010).

Diese Diskussion um die Neu- oder Umgestaltung des Zusammenhangs von „Arbeit und sozialer Sicherung“ ist auch Gegenstand von Castels Ausführungen zur Bedeutung der Arbeit (76 ff). Dabei setzt er sich kritisch mit verschiedenen Theorien vom Ende der Arbeit auseinander, wie sie in den 1990er Jahren diskutiert worden sind. Seine politischen Schlussfolgerungen sind dabei ein starkes Plädoyer für kollektive Schutzregelungen und ein Aufruf, gegen die „Degradierung“ der Ordnung und der sozialen Existenz der Arbeit zu kämpfen (90). Auch hier zeigt sich das oben angesprochene Problem: einerseits besteht er zu Recht auf der zentralen Rolle der Entwicklung der Lohnarbeit für die soziale Situation und die damit verbundene (Un-)Sicherheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, andererseits sind seine Utopien und politischen Vorschläge in dieser Form der gesellschaftlichen Arbeit gefangen und in diesem Sinne realistisch. Im aktuellen Postskriptum zu diesem Text von 1998 stellt er fest, dass die „Rede vom Ende der Arbeit (...) aus der öffentlichen Diskussion völlig ver-

schwunden ist“ (91) und stattdessen eine „ungeheure Überbewertung der Arbeit“ um sich greift (91). Seine Darstellung der Diskussion in Frankreich weist zahlreiche Parallelen zu auch hierzulande bekannten Diskursen auf („Freizeitpark“, „das Frankreich, das früh aufsteht“, „mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen“ (92)). Die Überbewertung von Arbeit vor dem Hintergrund struktureller Unterbeschäftigung und die damit verbundene „Stigmatisierung der Nichtarbeit“ führen zu einer Politik unter folgendem Primat: „Alle sollen arbeiten um jeden Preis, ohne deshalb alle sämtliche Rechte des klassischen Beschäftigungsverhältnisses genießen zu können“ (93). Gegenüber diesen Entwicklungen pocht Castel darauf, „dass Arbeit nicht gleich Arbeit ist“ und es geht ihm deshalb nicht um die Verteidigung der (Lohn)Arbeit an sich, sondern um Arbeit, die durch die erarbeiteten „ökonomischen Mittel“ und die mit ihr verbundenen „soziale Rechte zur Grundlage persönlicher Identität werden kann“ (96).

Eine Gruppe, bei der die Verbindung von Identitätsentwicklung und Arbeit gerne besonders hervorgehoben wird, sind Jugendliche. Gleichzeitig gibt es eine Diskussion, dass an der Haltung von Jugendlichen zur Arbeit auch ein kultureller Wandel im gesellschaftlichen Verhältnis zur Arbeit abzulesen sei. Castels Anfrage an diese Diskussion lautet, ob sich aus der Tatsache, dass Jugendliche unter den gegenwärtigen Bedingungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes ein „immer zufälligeres Verhältnis zur Arbeit“ haben, ableiten lässt dass sie auch ein „distanziertes“ oder „gleichgültiges Verhältnis“ zur Arbeit haben (114). In seiner Antwort betont Castel ganz im Sinne einer not-

wendigen klassenmäßigen Spezifizierung des Arguments, dass Prekarisierung und wachsende Unsicherheit nicht für alle Jugendlichen die Zukunftsaussicht ist. Für einen nicht geringen Teil von Jugendlichen sieht er jedoch die Gefahr, in eine Situation „struktureller Abschiebung“ (116) zu geraten, in der sie zu „einer Kategorie [...] gering qualifizierter Jugendlicher“ abgewertet werden, „deren Zukunft schon vor ihrem Eintritt ins Erwerbsleben verbaut scheint“ (116). Wichtig ist in diesem Zusammenhang Castels Argument, dass es nicht eigentlich das jugendliche Alter ist, was diese strukturelle Abschiebung ermöglicht, sondern die Tatsache, dass die Jugendlichen, die im Allgemeinen von Arbeitslosigkeit höher betroffen sind, primär durch „prekäre Jobs“ aus der Arbeitslosigkeit herauskommen. Der Charakter ihres Auftritts auf dem Arbeitsmarkt als „Neuzugang“ ist es, der die Karten ihrer Chancen verteilt: „Weil Jugendliche auf diesem Markt am häufigsten die Neuzugänge sind, bekommen sie die von den Unternehmen betriebene neue Personalpolitik am heftigsten zu spüren“ (116). Die Veränderungen der Arbeitsmärkte und die damit verbundenen Veränderungen der Biografiemuster treffen die Jungen im besonderen Maße und die „soziologischen Grunddeterminanten von Bildung, Erziehung, sozialer Herkunft oder Qualifikation [...] jenem Kapital im Bourdieuschen Sinne“ zeigen ihr Gewicht gegenüber dieser Gruppe (118). Neben diesen Bewertungen stellt Castel auch eine ganze Reihe von Untersuchungen vor, in denen die Bedeutung von (Lohn)Arbeit aus der Perspektive von Jugendlichen betrachtet wird. Leserinnen und Leser erhalten ein sehr differenziertes Bild von der

Relevanz verlängerter Bildungswege im Vergleich zur Elterngeneration oder von Grauzone(n) des sozialen Lebens, in der sich so etwas wie eine Kultur der Prekarität oder des Zufälligen entwickelt“ oder von Jugendlichen die „im Verhältnis zur Arbeit gleichzeitig desorientiert und hochmotiviert“ sind (124). Insgesamt fordert er, „stärker auf die Verschiedenheit jugendlicher Einstellungen“ zur Arbeit zu achten statt einem „kulturalistisch verallgemeinernden Diskurs aufzusitzen“ (125) und zu betrachten, auf welche sozialen Voraussetzungen sich die verschiedenen Jugendlichen jeweils stützen können.

Im zweiten Teil des Bandes sind Texte versammelt, die sich mit dem Umbau der Sozialsysteme befassen. Dabei geht es sowohl um die Veränderungen sozialstaatlicher Regulation über entsprechende Veränderungen in der Sozialpolitik, um die veränderten Weisen der Adressierung sozialer Konflikte, Ungleichheiten und sozialer Gruppierungen durch verschiedene staatliche Ebenen, um das Verhältnis von privater Wohltätigkeit und staatlicher Politik und nicht zuletzt und immer wieder um Veränderungen in der Sozialen Arbeit. Den Sozialstaat begreift Castel als „späte Reaktion auf eine sehr alte Frage [...] wie können den einer Gemeinschaft angehörenden Individuen die Mittel zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse gesichert werden, wenn sie in Not sind und ihre Lage nicht selbst bewältigen können?“ (151). Als Antwort sieht Castel den Sozialstaat in seiner „Funktion eines Garanten sozialer Kohäsion“, der nicht nur reaktiv, sondern „durch allgemeine gesetzliche Regelungen (Sozialrecht und soziale Sicherung) vorbeugend in die Gesellschaft interveniert (151). Er beschreibt die Ent-

wicklung der Sozialstaatlichkeit in einer historisch vergleichenden Betrachtung und gibt dabei einem Thema besonderes Gewicht: dem Verhältnis von öffentlicher und privater Vorsorge und Hilfe und den jeweiligen politischen Protagonisten. Es geht um den Konflikt von sozialer Sicherheit auf Basis allgemeiner und staatlich garantierter Rechtsansprüche einerseits und den Aktivitäten der philanthropischen Wohlfahrtsindustrie andererseits (155). Genauso wesentlich wie die Unterscheidung öffentlicher und privater Fürsorge ist die Vielschichtigkeit sozialstaatlicher Praxis angesichts der Vielfalt von Bevölkerungsgruppen (155). Das zentrale Unterscheidungskriterium ist das Verhältnis der jeweiligen Gruppen zu Arbeit, woraus sich dann auch die fundamentale und systematische Differenz von „Fürsorge und Arbeitnehmerschutz“ (156) – eine Unterscheidung, wie sie im deutschsprachigen Wissenschaftsraum mit der Differenz von Armenpolitik und Arbeiterpolitik von Leibfried/Tennstedt definiert worden ist. Auch wenn in Castels Darstellungen immer die Schutzfunktion sozialstaatlicher Regelungen so formuliert wird, dass sie eindeutig positiv gelesen werden können, beschreibt er den Sozialstaat auch als funktional für die kapitalistische Entwicklung. Der Sozialstaat wird zu „einem wichtigen Akteur für diese Konsolidierung der Lohnarbeit“ indem er dem Marktprinzip Schranken setzt. Der politische Zweck dieser dekommodifizierenden Funktion als Reaktion auf soziale und politische Kämpfe ist ihm sehr wohl bekannt: „die Gefahr des Umsturzes abzuwenden, die ein Proletariat oder eine arbeitende Klasse heraufbeschwört, die nicht zur Ruhe kommt“ (162). Dieser Unruhe aufgrund

von Unsicherheit gegenüber „garantiert“ der Sozialstaat „eine Grundsicherung“ (162). Wichtig in Castels Analyse der Sozialstaatsgeschichte ist der Hinweis, dass Sozialstaat keineswegs nur aus Fürsorge und Versicherung besteht, sondern dass der öffentliche Dienst eine wichtige sozialstaatliche Funktion hat. Nicht nur im Sinne eines Anbieters von öffentlichen Dienstleistungen, die sich auf die Bewältigung ungleicher, benachteiligender Situationen bezieht, sondern schlicht auch als Reservoir von Arbeitsplätzen und sozialen Positionen des Aufstiegs. Mag ein solcher historischer Rückblick ein problematisches, idyllisches Bild provozieren – Castel ist sich dessen bewusst und weist auf die weiter bestehenden immensen Ungleichheiten in der sozialen Hierarchie hin – und bedenkt dabei mit Nachdruck die „Lage der Arbeitsmigranten und eines bedeutenden Teils der unteren Klassen, des Fortbestehens einer nicht in die Dynamik des Fortschritts nicht einbezogenen ‘vierten Welt’,“ (165). Das neue Regime des Kapitalismus, das Castel ja durchgängig befragt, nimmt auch Besitz von der sozialstaatlichen Entwicklung. Ohne das von Joachim Hirsch geprägte Wort vom Wettbewerbsstaat zu nutzen, mit dem man den Wandel der konkurrierenden Nationalstaaten beschreiben kann, gehen Sätze wie „Der Prozess (der neoliberalen Marktbefreiung, WV) zu Ende geführt, wäre er der Triumph des Privateigentums über das Sozialeigentum“ (169). Für den Staat ergeben sich aus diesem Regimewechsel vor allem zwei Herausforderungen: wie kann er die finanzielle Basis der sozialen Sicherheit verändern und wie kann er den universalistischen Anspruch auf soziale Sicherheit seiner BürgerInnen formulieren? Die his-

torisch in Europa weitgehend ähnlich gegebene Antwort ist den Leserinnen und Lesern bekannt: die Politik des aktivierenden (Sozial)Staats. Der nach Castel ambivalente Charakter dieser Politik wird am Beispiel der wachsenden Bedeutung des lokalen Raums als strategischen Ort aktivierender Politiken und am Beispiel der Etablierung von Eigenverantwortung in Leistung – Gegenleistung kritisiert. Die erste Orientierung auf das Lokale verbirgt und verdoppelt die wirtschaftlichen Ungleichheiten (176). Die zweite Orientierung auf Eigenverantwortung schafft eine „Pseudoreziprozität“, die das Scheitern der Menschen in Kauf nimmt (177 f). Castels Alternative zum Aktivierungsregime ist ein „besserer Staat“, der die Individuen mit mehr und verlässlichen Rechten ausstattet (179).

Ein weiterer Text im Abschnitt zum Umbau der Sozialsysteme befasst sich mit der Entwicklung der sozialen Arbeit. Ähnlich wie andere Positionen, die sich auf Basis der Regulationstheorie mit dieser Entwicklung befassen – so etwa Schaar-schuch 1999 oder Bütow/Chasse/Hirt 2008 – beschreibt er die Entwicklung von der professionellen sozialen Arbeit vom durchaus herrschaftlichen Integrationshelfer zum Manager der Unsicherheit. Dabei geht Castel von einer grundlegenden Paradoxie der Sozialarbeit aus. „Ihr wird ganz eindeutig eine allgemeine politische Funktion zuerkannt, sie soll den Einzelnen bei der *sozialen* Integration helfen. Das Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe besteht aber darin, einen *individuellen* Dienst anzubieten“ (185). Dieses Paradox bildet auch die Basis zur Ausdifferenzierung der Spezialisierungen beruflicher Tätigkeiten und der Zielgruppen

sozialer Arbeit. Castel beschreibt hier mit dem Begriff Goffmans ein „Reparaturprogramm“ wie es zu einem letztlich klinischen Verständnis sozialer Arbeit passt (185). Als „regulatives Prinzip“ findet er ein „durkheimianisch“ zu bezeichnendes Verständnis von Integration (185), das die soziale Arbeit mit einem „Kompensationsdispositiv“ (186) aufgreift. Dies ist ein „Ensemble von Institutionen, Fachleuten, Techniken, Vorschriften“, welches das Ziel verfolgt „den Abstand zu verringern, der bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer die Gesellschaft beherrschenden Dynamik sozialen Fortschritts trennt“ (186). In diesem Sinne kann dann auch in der Kritik sozialer Arbeit von einer „Normalisierungsfunktion“ und von „sozialer Kontrolle“ gesprochen werden (186). Castel diskutiert, ob die Transformation des Typus der kapitalistischen Entwicklung (Entkollektivierung/Reindividualisierung) auch das bisherige Integrationsmodell der sozialen Arbeit in Frage stellt. Er macht das beispielhaft anhand so genannter neuer Adressatengruppen der sozialen Arbeit, die im Zuge der Prekarisierung auftauchen. Denn trotz aller diesen Adressaten zugeschriebenen persönlichen Unzulänglichkeiten, sind es Strukturprobleme der Gesellschaft, die diese Gruppen in ihre schwierige Situation bringen. „Ihr Integrationsdefizit hat weniger mit einer Insuffizienz zu tun, die man ihnen selbst zuschreiben könnte, als vielmehr mit einer Reihe von Faktoren, die sie daran hindern, in unserer Gesellschaft einen anerkannten Platz einzunehmen“ (189). Die neuen Adressatengruppen werden von der sich transformierenden sozialen Arbeit auch anders angesprochen. Diese praktischen Interventionen, die im Rahmen des ak-

tivierenden Umbaus etabliert werden, beschreibt Castel an den der „Territorialisierung“ und an der Eingliederungspolitik. Die Eingliederungspolitik sozialer Arbeit steht in der Gefahr am selbst gesetzten Ziel zu scheitern und den Individuen statt Eingliederung in die Arbeit die Eingliederung im „Dauer-Übergang“ zu verschaffen (191). Auch zur Konjunktur der Begriffe „Plan“ und Vertrag“ im Rahmen der aktivierenden Praxis kann Castel gute Einschätzungen vorbringen. Er sieht in den Interventionsformen unter Vorherrschaft der Prinzipien „Aktivierung passiver Leistungen“ und „Leistung – Gegenleistung“ Versuche, „fortan die Entwicklung individueller Wege unter Mitwirkung der Betroffenen“ herzustellen (195). In seiner Kritik daran spricht Castel von einer „grundlegenden Ambivalenz“ dieser Praxis. Seine Kritik hebt vor allem hervor, dass die so adressierten Bürgerinnen und Bürger scheitern müssen, da sie ihre „unerträgliche soziale Lage“ nicht individuell verändern können. Und genau das werde ja von ihnen verlangt: „Soziale Arbeit wird heute von der Übermacht dessen bedroht, was Francois Dubet als die *Internalitätsnorm* bezeichnet: die Tendenz, im Einzelnen selbst sowohl die Ursachen für seine Situation wie auch die nötigen Mittel zu suchen, mit denen er aus ihr herauskommen kann“ (196). Eine noch einen Schritt weitergehende Kritik der Aktivierung hätte nicht nur auf dieses modernisierte Paradox sozialer Arbeit hingewiesen, sondern hätte das Machtverhältnis zwischen den RepräsentantInnen des Aktivierungsregimes und den Adressaten benannt und belegt, dass von der institutionellen Seite her das Ziel vorgegeben ist, auf das hin die Adressaten

sich selbst aktivieren sollen (vgl. z.B. Marquardsen 2011). Das Castel diesen Schritt hier nicht geht, verwundert etwas, spricht er doch an anderer Stelle von der „Pseudoreziprozität“ der Aktivierungsbeziehungen (177). Die „Territorialisierung sozialer Arbeit“ ist nicht nur wieder eine weitere Verschiebung der Handlungsebene weg von Strukturproblemen, sondern ist auch mit einer Neuzusammensetzung der Akteure verbunden. Der (Zentral)Staat gibt „allgemeine Richtlinie“ vor und lässt sich auf der horizontalen Ebenen „mit einer ganzen Reihe lokaler Akteure aus verschiedenen Verwaltungsbehörden, kommunalpolitischen Gremien und der Zivilgesellschaft ein“ (192) über die dann die Programme umgesetzt werden. Diese Beschreibung Castels trifft sich an etlichen Punkten mit Analysen des „manageriellen Staates“ (z.B. Dahme/Wohlfahrt 2009) oder mit solchen des „gewährleistenden Staates“ (z.B. Vogel 2007 oder Dingeldey 2006) oder mit solchen, die vom „Regieren über den Sozialraum“ sprechen (z.B. Kessel/Reutlinger/Maurer/Frey 2005). Zusammenfassend stellt Castel fest: „Statt die soziale Integration aller Bürger mittels allgemeiner Regelungen und gleichförmiger Rechte mit universellem Anspruch auf dem Reißbrett zu konzipieren, würde er (der Sozialstaat, WV) sich mehr und mehr in gezielte lokalisierte Operationen einbinden, in dem er die unterschiedlichen sozialen Partner und die Bürger selbst zu aktiver Beteiligung aufruft“ (193).

Die Territorialisierung von Interventionen ist für Castel aber auch ein Versuch, „die auf eine Person zentrierte Interaktion zu durchbrechen“ (196) und er begreift „Wiedereinbindung in Kollektive“ als „beste Medizin für verunsicherte Men-

schen“, die aus „kollektiven Zugehörigkeits- und Schutzsystemen herausgefallen sind“ (197). Castel sieht Kollektivbezug nun keineswegs so kurz, wie es z.B. auf Putnam zurückgehende Konzepte des sozialen Kapitals machen. An diesen Konzepten würde Castel wohl zu Recht das Allgemeine der Reziprozität fehlen, das er in durch den Staat garantierten kollektiven sozialen Rechten sieht. Um auch auf lokaler Ebene als „vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft (Wieso eigentlich nicht Gesellschaft? WV) anerkannt“ zu werden, spielt das Innehaben von Rechten eine herausragende Rolle (197). Die Adressaten sozialer Arbeit bestehen „aus Rechtssubjekten, die auf Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer sozialen Bürgerschaft Anspruch haben. Auftrag sozialer Arbeit ist es also, bei dieser Wiederherstellung zu helfen, wobei der Staat, auch der lokalisierte, als Garant für den Rechtsanspruch auf diese Dienstleistung fungiert“ (198). Diese Betonung von Rechtsansprüchen des Bürgers Adressat bzw. der Bürgerin Adressatin, macht Castels Position politisch sehr sympathisch, schützt sie doch vor den Fallen privater Wohltätigkeit und „Neophilanthropie“ (198). Ob sie jedoch vor einem „Neopaternalismus“ (198) wirklich schützen kann, darf bezweifelt werden, denn einen „Rechtsanspruch“ auf eine Dienstleistung haben, heißt noch lange nicht, über das Ziel und die Art und Weise ihrer Erbringung auf Basis von Autonomie und Definitionsmacht verfügen zu können. Darauf weist er letztlich selber hin, wenn er in seinen Ausführungen zur Exklusionsdiskussion die Orientierung der sozialen Arbeit an Zielgruppen problematisiert, die ja durch Defizite definiert werden: „Kategorisierung und

Isolierung von Problemgruppen schafft die Möglichkeit einer gesonderten und gezielten Betreuung“ (283).

Die Debatte um Exklusion ist nicht nur für die soziale Arbeit, sondern für die gesamte sozialpolitische Diskussion wichtig, sind doch beide im Alltagsgeschäft häufig geneigt, eine „substanziellistische Auffassung von Armut“ zu vertreten (227), „die auf die Ränder der Gesellschaft fixiert“ nicht in der Lage ist, den Entstehungsprozess der aktuellen sozialen Fragen zu analysieren: „Sich auf die Exklusion zu konzentrieren, heißt, sich damit zu begnügen, bestimmte Löcher im sozialen Gewebe zu flicken, ohne danach zu fragen, wodurch es zerrissen wird“ (228). Die vernünftigerweise hohen Reflexionsansprüche, die Castel an eine Diskussion von Ausgrenzung, Exklusion, Marginalisierung und Armut stellt, werden im dritten Teil des Bandes, „Wege der Entkopplung“ deutlich. Seine Interpretation von Tristan und Isolde als Roman der Entkopplung gibt Interessierten sicher Anregungen, auch modernere Literatur oder Filme unter diesem Blick zu betrachten. Der Text zu den „Marginalisierten in der Geschichte“ liefert eine differenzierte Betrachtung auf das Verhältnis von Marginalität, Armut und Ausgrenzung. Als gesellschaftliche Mechanismen, die Marginalität hervorbringen, sieht er vor allem zwei: „Einerseits wird Marginalität durch konzentrierte Ausgrenzungsverfahren bewirkt, andererseits und vor allem werden von ihr die verwundbarsten Bevölkerungsschichten stigmatisiert, die in dieser Art von Gesellschaftsorganisation keinen anerkannten Platz finden“ (267/268). Es gibt also einen gesellschaftlichen Nährboden für Marginalisierung, die an den

äußeren Rändern in Exklusion umschlagen. Die vielgestaltigen historischen RepräsentantInnen der Marginalität werden von Castel beispielhaft vorgestellt. In der heutigen Gesellschaft bewegt Castel vor allem die Frage, worin die Positionen der sozialen Verwundbarkeit bestehen, die er mit den Begriff der „Kultur der Zufälligkeit“ (273) beschreibt: „Was sind die Voraussetzungen, unter denen Marginalität als instabil-unsichere, oft aber auch dynamisch-mobilisierende Lage in Sackgassen führt (Umschlagen in Exklusion), Formen individuellen Sichdurchwurstelns ermöglicht (wie für Lizarillo de Tormes) oder zum Faktor allgemeinen sozialen Wandels wird (wie die Entstehung der Arbeiterklasse aus den entsozialisierten Randgruppen des Proletariats)“ (274). Dieses Zitat dürfte deutlich machen, dass sich bei Castel die Frage der Marginalität nicht auf ein schlechtes drinnen und draußen reduzieren läßt, sondern, dass „die gesamte Sozialstruktur zur Debatte“ steht (275). Diese Gedanken werden im Text „Fallstricke des Exklusionsbegriffs“ (276 ff) weitergeführt, der schon 1995 in Frankreich erschienen ist und der eindringlich darauf besteht, dass es die (inzwischen schon nicht mehr so) „neuen Regeln des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sind“, die Individuen und soziale Gruppen „ins Abseits“ drängen (283). Deshalb gibt es für Castel auch keine bzw. nur falsche „technische“ Versuche, den gesellschaftlichen Prozess der aktuellen sozialen Spaltungen, zu „beherrschen“ – seiner Meinung nach kann dies nur „politisch“ geschehen. Aktuell wie historisch sind die gesellschaftlichen Hervorbringungen der sozialen Frage im Zentrum der Gesellschaft anzusiedeln. Eine Verkürzung der sozialen Frage auf das, was

als Exklusion erscheinen mag im Sinne einer punktuellen Krise, ist eine „Verschiebung vom Zentrum auf die Peripherie“ (285). Tatsächlich haben wir es „mit einem allgemeinen Destabilisierungsprozess der Arbeitnehmerlage“ zu tun (286). Wer Exklusion und soziale Ausgrenzung bekämpfen will, so Castels Credo, „müsste vor allem an den Regulationen der Arbeit und an den mit ihre verbundenen Sicherungssystemen ansetzen“ (286). Im Text finden sich auch gute weitere Anhaltspunkte für eine differenzierte Diskussion wie z.B. eine Charakterisierung der Prozeduren der Ausgrenzung zwischen Vernichtung, Schaffung abgetrennter Räume und Sonderstatus mit minderen Rechten (288). Bezogen auf die aktuellen sozialen Lagen kommt Castel zum Ergebnis, dass „immer mehr Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur unter einem Integrationsdefizit leiden“ und „von Exklusion bedroht sind“ (290). Die wahrscheinlichste zu erwartende Form ist für Castel, dass diese Gruppen in die Lage eines Sonderstatus mit Beraubung grundlegender Rechte, die zur sozialen Bürgerschaft gehören, gebracht werden (293). Ein wichtiges Thema wurde dabei in den letzten Jahren die Verbindung von Rassismus und sozialen Fragen bzw. die Ethnisierung sozialer Konflikte sowie die populistischen Politiken des Ressentiments gegen „ganz oben“ und „ganz unten“ (306). Ausführlich greift er die damit verbundenen Herausforderungen in einem Text von 2007 auf, in dem er am Beispiel der meist im Zentrum der Debatten stehenden Gruppe, der Jugendlichen mit einer familiären Migrationsgeschichte, fragt, „worauf können sie ihre soziale Identität begründen, wenn ihnen

die Qualität vollwertiger Bürger verweigert wird? Die identitäre Bekräftigung ihrer ethnischen Herkunft, die man oft als 'Kommunitarismus' kritisiert, könnte damit für sie zur Rückzugsposition werden" (310). Er verweigert sich, vorschnell von Ausgrenzung und Ghettoisierung zu sprechen und arbeitet die Vielschichtigkeit der Situation in Frankreich zwischen kolonialem Erbe, formaler Staatsbürgerschaft und grundlegenden Ungleichbehandlung sowie der historischen Konstruktion der französischen Identität heraus. Die Zugehörigkeit als BürgerInnen zu einem Staat („vollwertige Bürger der Nation“) besteht für Castel sowohl in sozialstaatlich gesicherter „soziale(r) Bürgerschaft“ als auch in der „politische(n) Bürgerschaft“ der Gleichen (316). Und beide Bürgerschaften werden für bestimmte Bevölkerungsgruppen prekär und führen zu den paradoxen Situationen, dass Gruppen permanent damit konfrontiert werden „jeder Differenz“ abzuschwören und gleichzeitig „unablässig“ ihre Differenz „durch ihre diskriminierende Behandlung hervorgehoben wird“ (319). Die von Castel vorgeschlagenen Auswege einer „nationalen Pluriidentität“ (320) sind sicher diskussionswürdig, sind aber nicht zuletzt Ergebnis seines Konzepts der vollwertigen Bürgerschaft, die beide für ihn nur im staatlich –nationalen Rahmen denkbar scheinen. Aber auch bei diesem Thema ist Castels Blick interessant, da er die Frage, wie „Alterität“ hergestellt wird, anhand der Verhältnisse von Zentrum und Rand, Mehrheit und Minderheit diskutiert und zur Aussage kommt: „Es sind innere Fremde, deren Alterität aufgrund von Merkmalen der sie stigmatisierenden Gesellschaft konstituiert wird“ (325).

Im letzten Abschnitt des Buches zeigt Castel Ansatzpunkte einer „Genealogie des hypermodernen Individuums“ (327). Er greift dabei auf seine in der Einleitung thematisierte Herangehensweise zurück, nach den „objektiven Bedingungen“ zu fragen, „die über die Möglichkeit, ein Individuum zu sein, bestimmen“ (329). Diese Frage ist ihm deswegen wichtig, weil in der Gesellschaft insgesamt durch die liberalen Reformen eine Überhöhung des Individuums stattfindet und allenthalben gefordert wird, selbiges von den Fesseln kollektiver Regelungen zu befreien und individuelle Verantwortung nicht zuletzt für die Risiken Lohnarbeit zu übernehmen, mit denen man im Lebenslauf konfrontiert wird. Demgegenüber besteht Castel ähnlich wie Bourdieu in seinen Arbeiten zur sozialen Ungleichheit darauf, dass „die Individuen [...] in ungleichem Maße über die nötigen Voraussetzungen (verfügen), um Individuen zu sein“ (329). Im Rückblick auf die geschichtliche Konstruktion des modernen Individuums versucht er sich eine präzisere Vorstellung vom „Begriff der Voraussetzung“ zu verschaffen, die ihm für einen „soziologischen Begriff des Individuums“ bedeutsam ist (331). Man darf also keine kompletten Antworten auf seine Fragen nach dem Beginn, dem Wandel und den aktuellen Formen des modernen Individuums erwarten (330), aber man darf eine „Problematik“ im Sinne einer „Geschichte der Gegenwart“ erwarten (330).

Dabei weist er auf die Rolle der Religionen, in der westlichen Welt vor allem des Christentums hin, dass ein „außerweltliches Individuum“ konzipiert, das im Sinne einer Zwei-Reiche-Lehre Gott gegenüber als gleiches Individuum existiert, „im täg-

lichen Leben“ jedoch den gesellschaftlichen Ungleichheiten unterworfen ist (333). Im 17. und 18. Jahrhundert wird das „religiöse Individuum“, das sich in der „Abwendung von der Welt verwirklichte“ wird abgelöst vom „modernen Individuum“, das seinen Sinn in der „Beherrschung der Welt“ sieht (333). Die entsprechenden sozialen Gestalten wie Heilige und Märtyrer werden abgelöst von Bürgern, Gelehrten, Kaufleuten und Arbeitern (333). Die bürgerliche Gesellschaft befreit das moderne Individuum aus der religiös-feudal geprägten Vorgeschichte der Abhängigkeiten. Das wesentliche Charakteristikum des neuen Individuums ist das Privateigentum. Dieser Interpretation versichert sich Castel im Rückgriff auf John Locke, auf die Revolution von 1789 und auf die historischen Untersuchungen, die zeigen, dass trotz Menschen- und Bürgerrechtserklärungen die „elenden Massen“ nicht als Individuen anerkannt waren (337). Sie waren nicht „begüter“ (338). Mit der Ausweitung der Lohnarbeit und damit verbundenen Kämpfen wurde eine neue und auch funktional passende Form des Eigentums durchgesetzt, das „Sozialeigentum“ mit dem der Arbeitnehmerstatus sozial versichert und gesichert und mit kollektivrechtlichen Regelungen wie Tarifverträgen gestärkt wurde: „Das nicht vom Eigentum geschützte Individuum wird vom Kollektiv geschützt“ (340). Und die Etablierung dieses Schutzes stellt die Erweiterung der politischen Bürgerschaft mit einer „sozialen Bürgerschaft“, welche Voraussetzungen schafft, um Individuen sein zu können. Auch ohne Privateigentum verfügen sie über „einen Grundbestand von Ressourcen und Rechten [...],

die sie aus ihrer Arbeit beziehen“ (342). Diese Entwicklung bis in die Phase, die als Fordismus beschrieben wird, bezeichnet Castel als „heimliche und stille Revolution“ (343) in der das unbestrittene „Unterordnungsverhältnis“ der Lohnarbeit für die individuellen ArbeiterInnen Bedingungen schafft, in der sie etwas mehr zu verlieren haben als ihre Ketten (343), nämlich „eine gewisse soziale Unabhängigkeit“ (344), die ihnen die Möglichkeit gibt „Entscheidungen zu treffen oder zwischen unterschiedlichen Interessen abzuwägen“, die sich sowohl auf private wie öffentliche Angelegenheiten beziehen können – auch wenn seine Möglichkeiten „durch die Zwänge seiner sozialen Umgebung, seines Alters oder Geschlechts noch so stark eingeschränkt sind“ (345). Auch wenn es den Anschein hat, man könnte diese Geschichte der Individuen als Weg der Brüder zur Sonne, zur Freiheit linear verstanden werden, schränkt Castel eine derart positive Interpretation ein. Er sieht die beschriebene Entwicklungstendenz heute durchaus „gebrochen“ oder „zumindest ins Stocken“ geraten (346) weil die soziale Bürgerschaft durch die Politik der Deregulierung und Transformation bedroht ist. Gleichzeitig sieht er neue Profile des Individuums zur gesellschaftlichen Vorherrschaft gelangen, die „Individuen im Übermaß“ und die „bloßen Individuen“ (347). Die forschende Untersuchungsarbeit hätte aus Castels Perspektive in alle drei Richtungen zu gehen: was wird aus dem vorher beschriebenen modernen Individuum und was machen die beiden neuen Typen des Individuums aus? Seine Andeutungen lassen sich so zusammenfassen: Die Individuen im Übermaß drücken für ihn eine übersteigerte Subjektivität

aus, wie er sie in den diversen Psychopraktiken analysiert, in denen das Individuum an seinem Selbst arbeiten muss, weil die Gesellschaft es entfremdet und in seinen Potentialen bremst. Auch wenn es sich bei den gewählten Beispielen nicht gerade anbietet, so gibt es hier in Castels Argumentation durchaus Parallelen zur Diskussion, inwieweit es dem neoliberalen und neosozialen Umbau der Gesellschaft gelungen ist, emanzipatorische Forderungen nach Selbstbestimmung aufzugreifen und funktional umzubauen. Was in den 1970er und 1980er Jahren noch als Phänomen für kleinere gesellschaftliche Gruppen festgehalten werden konnte, sieht Castel heute durchaus als breites Phänomen, dass Individuen sich nicht mehr als Teil der Gesellschaft verstehen, begreifen und fühlen, sondern sich – wie er schon bei Tocqueville findet – in der Einsamkeit ihrer eigenen Herzen einsperren (351). Dass sich Individuen so selbstgenügsam ungesellschaftlich begreifen, kann nach Castel nur mit der Verfügung über Ressourcen erklärt werden wie es Bourdieu mit seinem Kapitalbegriffen tut. Allerdings sieht er sich mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, nicht zu vereinfachen und „die soziale Basis für die Entwicklung des Individuums im Übermaß“ zu analysieren (353). Dazu kommt noch die Schwierigkeit, zu bestimmen, in welchem Ausmaß dieser Typus Individuum gesellschaftlich hegemonial ist. Castel selber bestreitet seine Dominanz und sieht darin eher „eine Form der Entkopplung von oben“, die gesellschaftlich marginal bleibt (354). Als vorherrschend erscheint ihm nach wie vor der Typus des klassischen modernen Individuums, wie es „durch die Expansion der geschützten Ar-

beitnehmerschaft verallgemeinert“ wurde (354). Politisch wichtig ist ihm der Blick auf das „bloße Individuum“ als zweite Variante des hypermodernen Individuums. Mit dem Begriff des bloßen Individuums ersetzt Castel seinen früher verwendeten Begriff des negativen Individuums für die von der gesellschaftlichen Transformation am härtesten Betroffenen: „Ich ziehe diese Formulierung zurück, eben weil sie mir zu negativ ist“ (354). Castel will die Menschen nicht abwerten noch ihnen absprechen, dass sie überhaupt Individuen sind. Denn sie sind „in dem Widerspruch gefangen, nicht die Individuen sein zu können, die sie sein wollen“ (354). Allein solch ein Satz böte die Chance, nun in mehr oder weniger freier Assoziation eine Verbindung zu Theorien und Konzepten des Capability-Approach zu ziehen, der ja auch in seinen Bewertungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit danach fragt, was die Menschen für sich anstreben und wie die Wirklichkeit dies befördert oder behindert (vgl. Otto/Ziegler 2009). Politisch ist diese Perspektive für Castel vor allem auch deshalb bedeutsam, weil er sieht, wie wenig attraktiv eine „Nostalgie der verzauberten Welt von Klassensolidarität“ nicht nur in den jungen Abteilungen der „einfachen Bevölkerung“ ist (355): „Ein unabhängiges Individuum zu sein, ist ein in allen sozialen Schichten sehr weitgehend geteiltes Ideal“ (355). Für die Forschungsarbeit bietet sich Castel hier nicht nur das Verhältnis zur Arbeit als Feld an, sondern auch der „Wandel der Familienordnung“ (355), was für ihn vor allem unter dem Aspekt von Gewinnen und Verlusten an Schutz durch diese Beziehungen soziologisch und sozialpolitisch interessant ist. Die Frage ist, wer mit neu entstandenen

Freiheiten auch etwas anfangen kann. Hier zeigen sich Anknüpfungspunkte und Parallelen zu der kritischen Diskussion um Individualisierung wie sie in den späten 1980er und 1990er Jahren hierzulande in Auseinandersetzung mit Beck stattgefunden hat (vgl. z.B. Honneth 1994 oder Neckel 1989). Diejenigen „denen die nötigen Mittel fehlen, um ihre individuellen Freiheiten tatsächlich zu übernehmen“ sind für ihn die „bloßen Individuen“ (356) – was eine gänzlich andere Analyse darstellt als solche, die individuelle Eigenschaften und persönliche Unzulänglichkeiten abstellen. Die Beispiele, die er anhand der Ergebnisse verschiedener Forschungen beschreibt, sind Arbeitslose und jugendliche JobberInnen. Allerdings besteht er auf der Hervorhebung der „Heterogenität des Prekariats“: „Die Prekarität ist heute ein ganzer Subkontinent, der sein Einzugsgebiet ausdehnt und gleichzeitig zerstückelt bleibt“ – was nicht zuletzt die Frage aufwerfen sollte, wie sich um diesen Konflikt Kämpfe entwickeln können (vgl. z.B. Artus 2008 und Blauer Montag 2008). Zu dieser Frage bietet Castel relativ wenig, aber er regt an, darüber nachzudenken, welche Relevanz für die Entwicklung von sozialen und politischen Kämpfen die Frage hat „wie man unter diesen Bedingungen ein Individuum sein kann“ und welche Möglichkeiten dazu die „Findigkeit“, sich in prekären Verhältnissen durchzuschlagen, bietet (360). Man wird wohl auch über andere Formen politischer Praxis nachdenken müssen als die klassischen Praktiken der „vollen Staatsbürger“, die bei Castel ja immer als Maßstab formuliert werden. Und vielleicht helfen auch Castels zusammenfassende Thesen, eine politische Diskussion anzuregen.

Denn seine „für eine Soziologie des Individuums“ fundamentalen Gedanken lauten, „dass es keine Individuen ohne gesellschaftliche Voraussetzungen gibt und keine Individuen ohne Staat“ (362). Können dem ersten Teil der Aussage sicher alle Leserinnen und Leser zustimmen, gibt es beim zweiten Teil sicher stärkere Einwände. Castels Argumente für seine erste These sind vor allem, dass Individuen über „Stützpunkte“ für soziale Unabhängigkeit verfügen müssen, die in einer „Arbeitsgesellschaft“ eben über das Sozialeigentum und die Einbindung in kollektivrechtliche Regelungen und Sicherungen besteht. Die zweite Argumentation ist, dass es allein der Staat sein kann, der die Voraussetzungen garantieren kann, die es braucht, um ein Individuum sein zu können. Damit sind vor allem Eigentumsrechte und soziale Rechte gemeint. Besonders die Entwicklung der Sozialstaatlichkeit in „Westeuropa“ hat – und damit knüpft er wieder an einen in der Einleitung formulierten Gedanken an – zu einer „Kultur des Sozialen“ geführt, in der „das westliche Individuum (sich) als ein Rechtssubjekt begreift, das über soziale Rechte verfügt“ (365). Nun ist Castel die vielfältige, auch linke Kritik am Sozialstaat als Schutz- und Herrschaftsmechanismus bekannt und er teilt einen Teil der Kritik, besonders in der Frage, wie eine angemessene Universalität von Sicherheiten und Unterstützungen aussehen kann, aber ohne die Existenz von „nationalen und transnationalen Regulationsinstanzen“ sieht Castel wenig Möglichkeiten, „ein wirkliches Individuum (zu) bleiben oder (zu) werden“ (368).

Nach diesem zugegebenermaßen langen und ausführlichen Gang durch den Sammelband lässt sich feststellen, dass

Castel viele, zum Teil auch kontroverse Anknüpfungspunkte und Erweiterungen zu den sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussionen um (Lohn)arbeit, Individualisierung, Deregulierung, Prekarisierung, Exklusion und Neuerfindungen sozialer Sicherheiten finden lassen. Was wenig formuliert wird, sind Fragen nach sozialen Akteuren und Konfliktpotenzialen in den transformierten Produktions- und Reproduktionsverhältnissen. Konflikte um und in der Lohnarbeit, sei es um Arbeitsverdichtung, Arbeitsbelastung oder Arbeitszeitgestaltung und vor allem Arbeitszeitverkürzung kommen in dieser Beschreibung der Krise der Arbeit kaum vor. Castel bewegt sich immer im Kampf um die Regulation der Lohnarbeit und ein suchender Blick auf Konflikte, nach gesellschaftlichen Praxen, die über die Re-Regulierung der Lohnarbeit hinausgehende Perspektiven eines guten Lebens anregen könnten, kommt nicht vor. Vielleicht ist darin auch der Grund für Christian Schlüters Schlussbemerkung in seiner Rezension des Buches in der FR vom 20. Mai 2011 zu suchen, der „Linken wie Castel“ vorwirft, immer nur auf Katastrophen zu reagieren und aus der Defensive nicht heraus zu kommen. Wie dem auch sei. Lohnenswert ist die Auseinandersetzung mit Castel allemal, nicht zuletzt weil sein Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse als Ergebnis von sozialen und politischen Prozessen davor schützt, sich in falschen Dichotomien des „drinnen“ und „draußen“ zu bewegen oder der Internalitätsnorm zu verfallen und gesellschaftliche Konflikte und Ungleichheiten quasi zu persönlichen Eigenschaften von Individuen zu machen.

Abschließend noch die Top-Liste der Texte für eilige Leserinnen und Le-

ser: S. 9-53; S. 128-147; S. 180-238; S. 276-293; S. 309-368. Für ganz eilige reichen die ersten und die letzten Angaben.

*Wolfgang Völker*  
*Basselweg 65 c,*  
*22527 Hamburg*

Literatur, auf die ergänzend verwiesen wird:

- Artus, Ingrid 2008: Prekäre Vergemeinschaftung und verrückte Kämpfe. Repressive Integration als Herrschaftsmodus im prekären Dienstleistungsbereich. In: PROKLA 150, 38. Jahrgang, Nr. 1, Münster
- Aulenbacher, Brigitte 2009: Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalysen der Prekarisierung und Geschlechterforschung. In: Castel Robert/Dörre, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Bütow, Brigitte/Chassé, Karl-August/Hirt, Rainer 2008: Soziale Arbeit nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat. Opladen & Farmington Hills
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2009: Zivilgesellschaft und managerieller Staat. Bürgerschaftliche Sozialpolitik als teil instrumenteller Governance. In: Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Wiesbaden
- Demirović, Alex 2010: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. In: Luxemburg, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Heft 4-2010
- Dingeldey, Irene 2006: Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. In: ApuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2006
- Grell, Britta/Sambale, Jens/Eick, Volker 2002: Workfare zwischen Arbeitsmarkt

- und Lebensstilregulierung. Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik im deutsch-amerikanischen Vergleich. In: PROKLA. Heft 129, 32. Jg., Münster
- Gruppe Blauer Montag (2008): Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat. Berlin/Hamburg
- Honneth, Axel 1994: Desintegration, Frankfurt am Main
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger 2010: Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die neue Unterschicht. Wiesbaden
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susann/Frey, Oliver 2005: Handbuch Sozialraum, Wiesbaden
- Lessenich, Stephan 2007: Thesen zur Diskussion, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Zukunft des Sozialstaats – Sozialpolitik, Tagungsbericht 2007
- Marquardsen, Kai 2011: Eigenverantwortung ohne Selbstbestimmung? Zum Verhältnis von „Autonomie“ und Heteronomie in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. In: PROKLA 163, 41. Jahrgang, Münster

- Neckel, Sighard 1989: Individualisierung. In: PROKLA, 19. Jahrgang, Nr.3, Heft 76
- Hans U. Otto, Holger Ziegler (Hg.) 2009: Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden
- Schaarschuch, Andreas 1999: Integration ohne Ende? Soziale Arbeit in der gespaltenen Gesellschaft. In: Treptow, Rainer/Hörster, Reinhard (Hg.): Sozialpädagogische Integration. Entwicklungsperspektiven und Konfliktlinien. Weinheim und München
- Vogel, Berthold 2007: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg
- Wagner, Thomas 2009: Citizenship, Soziale Arbeit und Soziale Klassen. Von der politischen Produktivität des Bürgers in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche, Heft 112, 30. Jahrgang, München
- Widersprüche, Heft 97: Politik des Sozialen – Alternativen zur Sozialpolitik. Umrisse einer Sozialen Infrastruktur. September 2005, Bielefeld

Foto

## Anrufungen, Ambivalenzen und Antagonismen

*Jan Wulf-Schnabel: Reorganisation und Subjektivierungen von Sozialer Arbeit. VS Verlag, Reihe 'Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit Band 10'. Wiesbaden 2011, 328 Seiten, 34,95 Euro*

Jan Wulf-Schnabel nimmt in seiner Studie die Widersprüche und Antagonismen in den Blick, die für die Mitarbeitenden mit den Reorganisationsprozessen der Träger der freien Wohlfahrtspflege im aktivierenden Staat verbunden sind. Es geht um den Niederschlag der oft mit dem Neoliberalismus verbundenen sozialpolitischen Transformationsprozesse, die sich unter anderem im Umbau der öffentlichen Finanzierung im Zuge der so genannten Neuen Steuerung sowie den zunehmend wettbewerbs- bzw. marktformigen Ausrichtung der Organisationen manifestieren. Vermittelt über den „dauerhafte[n] und chronisch unabgeschlossene[n] Umbau“ (17) – die Reorganisationen – innerhalb der Wohlfahrtspflege werden 'neue' Anrufungen an die handelnden Subjekte konstituiert, die mit den 'alten' Anrufungen in Konflikt treten. Diesen Subjektivierungen und ihren Ambivalenzen geht die Studie mit dem Fokus auf die „Schnittstelle zwischen Organisation und Person“ (ebd.) nach.

Der empirische Zugang ist dabei ebenso aufwändig wie fokussiert: Wulf-Schnabel untersucht zum einen den – für den genannten Umbau fast idealtypischen – Reorganisationsprozess des AWO Landesverbandes Schleswig-Holstein von einem vereinsrechtlich organisierten Lan-

desverband mit Untergliederungen auf der Orts- und Kreisebene (bis 1999) über eine Holding mit vier als gGmbHs organisierten Untergesellschaften (2005) bis hin zur Zusammenführung dieser Untergesellschaften in der AWO Schleswig-HolsteingGmbH (2007). Für einen Vergleich wird der Kreisverband Stormarn der AWO herangezogen, der keinen derart umfassenden Reorganisationsprozess durchlaufen und sich dem landesweiten Fusionsprozess verweigert hat. Das offene Forschungsdesign beinhaltet sowohl qualitative als auch quantitative Anteile und nimmt den Zeitraum von 1999 bis 2007 in den Blick.

Die Studie ist theoretisch wie empirisch differenziert und vielschichtig. Aufgrund der damit verbundenen hohen Komplexität wären für die 'schnellen Leser und Leserinnen' mit spezifischen Interessen und/oder konkreten Fragen an das Buch gelegentliche Zusammenfassungen bzw. 'Objektivwechsel' hilfreich, mit denen die detailliert ausleuchtenden Nahaufnahmen der strukturellen wie personellen Reorganisationen und ihrer Konsequenzen explizit in ihren weiteren Rahmen gestellt werden.

Wulf-Schnabels Daten und Analysen laden zu weiterführenden Fragestellungen und Perspektiven geradezu ein: Neben den auf der Hand liegenden Vergleichen mit Reorganisationsprozessen anderer Träger schließen sich unter anderem Fragen zu folgenden Feldern an: zu Personalstruktur und -politik; zur Anerkennung der Profession in ihren aktuellen Spannungsfeldern; sowie zu den Ambivalenzen des Autonomiegewinns der Professionellen und (Unter-)Einrichtungen bei gleichzeitiger Verstärkung ihrer Abhängigkeit, die mit der

Zentralisierung der Steuerung bei gleichzeitiger Dezentralisierung der wirtschaftlichen Verantwortung begründet werden.

Nach dieser bloß benennenden Aufzählung geht es im Folgenden um drei zentrale Aspekte, um Fragen der bzw. Anfragen an die Studie.

Zuerst zu den Geschlechterverhältnissen: deren Verschärfung in den Reorganisationsprozessen ist ein wesentlicher Aspekt der Analyse. Es gelingt, diese – im sozialen Bereich hoch relevante – Dimension kontinuierlich und quasi selbstverständlich mit zu diskutieren. Eine solche Bearbeitung erscheint – nicht nur für diese Fragestellung – mehr als notwendig, da Geschlechterfragen „die Geschichte der Sozialen Arbeit wie ein Schatten“ (43) begleiten und in der Regel weder ausreichend noch ohne weiteres ins Licht gestellt werden. Die aktuelle Relevanz der vergeschlechtlichten Dimension der Konflikte in der Sozialen Arbeit als traditionell ‚weiblicher Arbeitsmarkt‘ mit den zugehörigen benachteiligenden Strukturen und Faktoren zeigt Wulf-Schnabel auf der Ebene der Organisation wie der Subjekte: etwa in der Ambivalenz zwischen den sich in und durch die Reorganisation eröffnenden Chancen für Frauen, sich auch in den Leitungsebenen zu etablieren (wenn auch nicht ‚ganz oben‘), auf der einen Seite sowie dem in den qualitativen Befragungen herausgearbeitetem immensen Druck, dem gerade Frauen angesichts der quasi-marktlichen Bedingungen unterworfen sind, auf der anderen Seite. Im Ergebnis gelingt mehr Frauen der Aufstieg, jedoch wird deren Leitung entwertet, sodass sich Leitung (für Männer) nicht (mehr) lohnt.

Zweitens zu den Subjektivierungen an der Schnittstelle zwischen Organisa-

tion und Person – im Bewusstsein, dass hier nur ein Ausschnitt des zentralen Gegenstands diskutiert werden kann. Der Analyse der Subjektivierungen liegt ein industriesoziologisches Konzept zu Grunde: Arbeit fordert demnach zunehmend Subjektivität ein, also persönliche Auffassung und Handlung der Arbeitenden. Gleichzeitig bringen die so geforderten Individuen „verstärkt ihre Subjektivität in die Arbeit ein“ (25) – damit sind gleichsam die Möglichkeit der subjektiven Gestaltung der Arbeit wie der Zwang, „die eigene Arbeit selbst zu verwerten verbunden“ (ebd.).

Für die Soziale Arbeit, die als interaktive Arbeit doppelt subjektiviert wird – einmal durch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und einmal durch die Adressaten bzw. Koproduzentinnen –, werden zwei Subjektivierungen gegenüber gestellt: a) die ‚originär sozialarbeiterische‘ „gefangene Subjektivierung“, die in die spezifische, mehrwertferne, ko-produktive (Soziale) Arbeit und deren uno-actu-Erbringung eingelassen ist; und b) die ‚neue‘ mit der Vermarktlichung der Sozialen Arbeit verbundene „wettbewerbliche Subjektivierung(sanforderung)“, die ‚Unternehmerin ihrer selbst‘. Für die Analyse werden diese neben und gegeneinander existierenden Subjektivierungen antagonistisch gegenüber gestellt. Im Zentrum stehen dabei folgende Dimensionen bzw. Thesenpaare: „Selbst-Kontrolle vs. Kontext-Kontrolle“, „Selbst-Ökonomisierung vs. Lebensweltökonomie“ sowie „Selbstrationalisierung vs. Fürsorgerationalität“.

Bei der Lektüre fällt zunächst auf, dass der spontan negativ besetzte Begriff ‚gefangen‘ (also nicht frei bzw. befreit sein) positiv konnotiert wird, womit sich die

Anfrage verbindet, weshalb nicht ein anderer Begriff verwendet wird, der den offenkundigen Wertebezug deutlicher werden lässt. Die Antwort, dass die doppelte Subjektivierung in der Sozialen Arbeit schlicht nicht freigesetzt werden könne, provoziert weitere Anfragen. Denn „gefangen“ bedeutet nach dieser Lesart ‚lebenslanglich‘ – m.a.W: die Soziale Arbeit kann sich aus dieser Subjektivierung nicht befreien und damit auch nicht (gänzlich) befreit werden. Damit wird in der theoretisch-analytischen Grundlegung die „gefangene Subjektivierung“, einer der Pole der Analyse, zu einer in der ‚Sache Soziale Arbeit‘ selbst liegenden Gesetzmäßigkeit, die nicht aufzuheben ist. Diese Lesart steht einerseits im Gegensatz zu dem in der Studie sichtbaren Wertebezug – „gefangene Subjektivierung von Sozialer Arbeit findet statt, weil die Adressat\_innen dies verlangen“ (30). Dieses Argument trägt nur innerhalb eines spezifischen Selbstverständnisses, das anhand der Gegenüberstellung von Settlementbewegung und Sozialdisziplinierung bzw. Charity Work auch angerissen wird. Letztere setzen keineswegs immanent voraus, dass die Bedürfnisse und das Verlangen der Adressatinnen und Adressaten relevant oder gar konstitutiv für die Interaktionen in der Sozialen Arbeit sind. Zum anderen mag die apodiktische Setzung der zwingend ‚gefangen subjektivierten‘ Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die in den Fachdiskursen der letzten dreißig Jahre Sozialisierten möglicherweise empirisch zutreffen. Inwieweit dies für die kommende, im aktivierenden Staat groß gewordene Generation gelten muss, kann begründet bezweifelt werden. Darauf deuten beispielsweise eine Studierendenbefra-

gung von Holger Ziegler (2010 in: *Forum Erziehungshilfen* 5/2010, S. 277-281) ebenso hin wie die zunehmende Relegitimation von Zwang und Sanktionen als geeignete Arbeitsmittel in der Sozialen Arbeit (vgl. dazu exemplarisch WIDERSPRÜCHE Heft 106 und Heft 113).

Diese Anfrage ist deshalb zentral, weil die fundierte empirische Analyse an Schärfe und Tragweite verlieren würde, wenn die „gefangene Subjektivierung“ und die damit verbundene Wertorientierung der Sozialen Arbeit immanent wären. Die in der vorliegenden Studie deutlich herausgearbeitete Durchsetzung und Dominanz der „wettbewerblichen Subjektivierung“ mit ihrer Markt- und Konkurrenzorientierung wären angesichts einer tatsächlich „gefangenen“ – also unaufhebbaren und Prinzipien wie Partizipation, Ko-Produktion und Anwaltschaft verpflichteten – Subjektivierung weniger bedrohlich für eine sich kritisch und herrschaftskritisch verstehenden Soziale Arbeit, für die das ‚Verlangen‘ der Adressatinnen und Adressaten eine zentrale Rolle spielt.

Die neuen Diskurse und Leitlinien (etwa Ergebnis- und Wirkungsorientierung), denen die „wettbewerbliche Subjektivierung“ entspricht bzw. entspringt, gelten ebenfalls doppelt: für die Professionellen selbst wie für die Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit. Diese Subjektivierung unterscheidet sich von der so genannten „gefangenen“ dadurch, dass „sie auf Wettbewerbsfähigkeit abzielt“ (32): es geht zentral um „ökonomische Verwertung der eigenen Arbeitskraft durch die Arbeitenden selbst“ (ebd.), die zu Selbstunternehmerinnen bzw. Arbeitskraftunternehmern werden. Die Durch-

schlagskraft der zugehörigen Mittel und Wege – Verlagerung von Kontrolle und Steuerung auf die Zielebene, individuelle und einrichtungsbezogene Zielvereinbarungen, kontrakt- und auftragsförmige Arbeitsbeziehungen, Kennzahlen usw. (32) – spiegelt sich eindrucksvoll in den Interviews: es geht um Selbstrationalisierung, um ein auf den Erwerbsszweck ausgerichtet Leben bzw. den aktiven Widerstand gegen diese Anrufung und das Austragen der damit verbundenen Konflikte.

Die Studie zeigt empirisch differenziert und eindrucksvoll die Übernahme der so genannten „Wirtschaftlichkeitsanforderungen“ (239) durch die Professionellen, die sich auch in deren Wortwahl niederschlagen: Soziale Arbeit als „knallhartes Geschäft“ (240), in dem es um „Alleinstellungsmerkmale“ (241) geht usw. Diese Subjektivierung wird dem Sozialen Sektor nicht nur politisch-administrativ durch die Kreation eines Quasi-Marktes aufgeherrscht, sondern in den Reorganisationsprozessen der Träger aktiv (re-)produziert: „Die Internalisierung findet durch einrichtungsferne (externe) und einrichtungsnahe (interne) wettbewerbliche Anrufungen statt“ (240). Die notwendig mit diesen Anrufungen verbundenen Widersprüche und Missverständnisse bei den Professionellen analysiert Jan Wulf-Schnabel differenziert und konfliktsensibel. So arbeitet er beispielsweise die „Einsicht gegenüber den Abhängigkeiten [...] im Außenverhältnis“ (253), also von den Wirkmechanismen des Quasi-Marktes heraus, die bei den Arbeitenden dominiert. Dem entgegen steht die Kritik der Professionellen an der „Übersetzungsleistung von [diesen, TL] Außenverhältnis-

sen auf die Innenstrukturen der Organisation“ (ebd.).

In den Konflikten auf dieser Ebene liegt einerseits Potenzial für Widerstand und andererseits die Gefahr der Verlagerung von gesellschaftlich-politischen Konflikten in die Organisationen – Reorganisation als (auch) eine Form der Befriedung?! Dies wird im Klappentext sehr deutlich formuliert: „An der analytischen Schnittstelle von Organisation und arbeitender Person [...] zeigen sich erhebliche Konfliktlagen, die zumeist in der innerbetrieblichen Arena eskalieren, obwohl der Auseinandersetzungsrahmen maßgeblich durch das Politische Bestimmt ist.“

Hier stellt sich aus der Perspektive kritischer Sozialer Arbeit die Frage, wie das Konfliktpotenzial und der Widerstand gegen die „wettbewerbliche Subjektivierung“ entindividualisiert und repolitisiert werden können – und wer dabei welche Rolle spielen kann. Sprich: wie kann der – nachvollziehbare und berechnete – Fokus auf Entlastung in der eigenen Arbeit und auf Forderungen nach höherer Entlohnung erweitert werden auf erstens sozialpolitische Forderungen im Interesse der und vor allem mit den Adressatinnen und Adressaten, und zweitens auf eine Abkehr von der Normativität des oktroyierten künstlichen Wettbewerbs und der betriebswirtschaftlichen Zwänge, die „in der Einrichtung über Unsicherheiten und Diskontinuitäten konkret vermittelt [werden] und [...] die Arbeitenden inmitten ihrer Beziehungen zu den Adressat\_innen“ (267) treffen.

In diesem Zusammenhang steht – als dritter Aspekt – das „Plädoyer für ein partizipatorisches Sozialmanagement“ (286). In den die Studie abschließenden „Aus-

sichten“ (280) wird eine mögliche (Teil-) Antwort für die Organisationen mit einem subjektorientierten wie politischen und herrschaftskritischen Impetus formuliert. Jan Wulf-Schnabels ‚partizipatorisches Sozialmanagement‘ wird mit den ‚eigenen Interessen‘ der Sozialen Arbeit begründet und „ist [daher TL] zwingend auf eine politische Dimension angewiesen, solange Soziale Arbeit die Gesellschaft be-

wegen und gestalten soll“ (300). Dass sie das soll – oder besser muss (!) – kann nicht deutlich genug unterstrichen werden. Und so ist zu hoffen, dass dieser Entwurf weiter entwickelt und vertieft wird.

*Dr. Tilman Lutz  
Meyerstrasse 17  
21075 Hamburg*

Werbung